blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Produktionsverlagerung in die Dritte Welt

– Internationale Zulieferung

– Führt ‹intern. Arbeitsteilung› zu struktureller Arbeitslosigkeit ?

Nr. 52

März 76

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

AUS DEM INHALT:

Der Arbeitskreis Südliches Afrika Tübingen hat eine Broschüre „Volksrepublik Mosambik" (83 S., DIN A 4) herausgegeben, die einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Situation des unabhängigen Mosambik leistet.

Nach einem kurzen geografischen und geschichtlichen Überblick werden ausführlich die Wirtschaftspolitik der portugiesischen Kolonialherren und ihre Folgen für die Bevölkerung dargestellt, Entwicklung und Praxis der FRELIMO in den befreiten Gebieten geschildert. Besondere Beachtung finden dabei das Erziehungswesen, die Entwicklung der revolutionären Lyrik und die Rolle der Frau.

Ergänzt werden diese Beiträge durch einen umfangreichen Dokumententeil, in denen sich neben der Verfassung Mosambiks vor allem Reden des Präsidenten Samora Machel zu verschiedenen Aspekten des Aufbaus des unabhängigen Mosambik finden.

Die Broschüre kann allen empfohlen werden, die sich in die Probleme Mosambiks einarbeiten wollen, oder die am Beispiel Mosambiks die Notwendigkeit wahrer Befreiung der Völker der Dritten Welt aufzeigen wollen.

Die Broschüre „Volksrepublik Mosambik" ist für DM 2,50 + Porto (ab 10 Exemplaren portofrei) erhältlich beim

Arbeitskreis Südliches Afrika
c/o Wolfgang Kaiser

Metzgergasse 11

7400 Tübingen

IN EIGENER SACHE

Seit Anfang des Jahres erscheinen die „blätter des iz3w" nicht mehr in „zehn Nummern pro Jahr, davon zwei Doppelnummern" sondern in acht Nummern pro Jahr. Die Zahl der Hefte ändert sich also nicht, wir haben nur das Konzept der Doppelnummern aufgegeben, da auch die Einfachnummern den Umfang von Doppelnummern erreichten. Gleichzeitig werden wir versuchsweise ohne Rücksicht auf die jeweilige Stärke und Belastung der Redaktion in jedem Quartal zwei Nummern herausbringen.

Red.

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/7 40 03.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, W. Fink, M. Glatthaar, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, G. Spieß, B. Stein, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin
Druck: Druckladen Gmbh, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/705772

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 – 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40–35899.

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–). Österreich: S 200,– bzw. 140,–. Schweiz: Fr. 28,80 bzw. 20,40.

Einzelpreis: DM/Fr. 2,50 / S 17,–.

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

Nachrichten und Kurzberichte

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

Fortdauer der Krise
(vgl. die Berichte in den Heften 50 und 51)

Verhaftungen von Mitgliedern des äthiopischen Militärrats (NZZ vom 30.1.1976) und ein fehlgeschlagener Putsch (FR vom 16.2.76) zeugen von der großen Isoltaiton des Militärregimes. Es mußte sich etwas liberaler geben und hob den seit Herbst letzten Jahres geltenden Ausnahmezustand wieder auf, amnestierte Studenten, die vom zwangsweisen Einsatz auf dem Land zurückgekehrt waren und forcierte den Plan zur Schaffung eines Ein-Parteien-Regimes nicht weiter.

Auch aus den verbreiteten Widerständen gegen die Agrarreform und den damit verbundenen katastrophalen Produktionsausfällen scheint man gelernt zu haben und beschränkt sich vor allem auf die Mobilisierung des Landproletariats in Provinzen mit besonders viel Großgrundbesitz. So konnten bereits zehntausende Bauerngenossenschaften gegründet werden. Diese Genossenschaften sollen sich später zu Dorfkommunen entwickeln, die neben der landwirtschaftlichen Produktion auch alle anfallenden Dienstleistungen übernehmen sollen (NZZ vom 11.2.). Besonders gut scheint die Mobilisierung der traditionell unterdrückten Frauen zu gelingen.

Der faktisch bereits seit längerem machtlose höchste Würdenträger der koptischen Kirche, Erzbischof Theophlos, wurde Mitte Februar wegen Mißwirtschaft mit Hilfsgütern während der Dürrekatastrophen und der Ansammlung von ca. fünf Millionen DM auf Privatkonten abgesetzt. Die Kirchenangelegenheiten werden in Zukunft von einem Interimsbischof und einer Regierungskommission verwaltet. Dies scheint vor allem durch den Unmut der Militärregierung über die Kirche motiviert zu sein, die sich nicht zu den revolutionären Zielen der Regierung bekennt. Durch die Zerschlagung der mittelalterlichen Wirtschaftsstruktur des Landes ist die Kirche in eine schwere Krise geraten, da ihre materielle Basis, ihr Landbesitz, weggefallen ist.

Der Zusammenhalt des Staates wird weiterhin durch Kleinkriege an der somalischen Grenze, durch reaktionäre Aufstände in einigen Provinzen und vor allem durch den Sezessionskrieg in Eritrea bedroht. Die recht vorsichtige „Neue Züricher Zeitung" formulierte am 30.1.1976: „Angesichts der systematischen Brutalität der äthiopischen Armee läßt sich die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß die Militärregierung in Addis Abeba die aufständische Provinz mit Methoden niederhalten will, die an Völkermord grenzen.
Die Armee beherrscht nur noch etwa zwanzig Orte, darunter die zu einer Festung ausgebaute eritreische Hauptstadt Asmara. Sie hat etwa fünfzig größere Dörfer entlang den Hauptstraßen und rund um die größeren Städte systematisch niedergebrannt und machte damit 400 000 Menschen zu Flüchtlingen. Die Gesamtzahl der Vertriebenen liegt schon bei 600 000. Die Luftwaffe beschießt nicht nur die für den Transport wichtigen Kamele, sondern auch Kuh- und Ziegenherden.

Aus dem Gebiet der PLF berichtet die NZZ von einem recht gut funktionierenden medizinischen Versorgungssystem, das auch mit europäischen Hilfsorganisationen zusammenarbeitet. Die Bewegung wird unter dem Eindruck der brutalen Unterdrückung durch die Äthiopier zu einer Volksbewegung. Die PLF-Kämpfer helfen bei der Ernte, geben unentgeltliche medizinische Hilfe und versorgen mindestens 4 000 Flüchtlinge mit Nahrung und Kleidung.

Die PLF hat einen guten Ausbildungsstandard und sorgt für eine gründliche Ausbildung der Kämpfer im Lesen, Schreiben und Rechnen sowie für politische Schulung. Alle Korrespondenten berichten übereinstimmend, daß die Bevölkerung voll hinter den Befreiungsbewegungen steht.

GUINEA – BISSAU

Eigene Währung geschaffen
3.3., Le Monde

Guinea Bissau wird in Zukunft eine eigene Währung, den guineischen Peso, schaffen und damit der Portugiesischen Nationalen Überseebank und der portugiesischen Regierung die Möglichkeit nehmen, für Guinea-Bissau Geld herauszugeben und mit währungspolitischen Maßnahmen auf die Wirtschaft Guinea-Bissaus einzuwirken.

Viele ehemalige Kolonien in Afrika sind noch heute währungspolitisch eng mit der früheren Kolonialmacht verbunden; das gilt besonders für den französischen Einflußbereich. Dem Vorteil der afrikanischen Länder, relativ stabile Währungen zu haben, steht die Möglichkeit der alten Kolonialmächte gegenüber, in den Wirtschaftsprozeß der abhängigen Länder einzugreifen und deren Devisenreserven als ständigen Kredit für die eigene Währung zu benutzen.

NIGERIA

Putschversuch fehlgeschlagen
(vgl. Heft Nr. 51)

Am 13. Februar schlug ein dilettantischer Militärputsch einer kleinen Offiziersgruppe fehl. Zwar wurde der bisherige Staatschef General Murtala Rufai Mohammed getötet, doch stellt sich die Armee geschlossen hinter die Militärregierung (15.2., NZZ). Der Nachfolger Murtalas, General Olusegun Obasanjo, hatte bisher schon eine wichtige Funktion in der Regierung inne. Nach dem Sturz erklärte er, daß die Ziele der nigerianischen Politik weiter bestünden und daß er den Militärrat auf demselben Weg weiterführen werde, auf dem ihn schon sein Vorgänger geführt habe (16.2., Fraternite Matin, Abidjan). Feinde hatte sich Murtala genug gemacht, doch ist nicht auszumachen, ob andere Gruppen hinter den Putschisten standen. Eine radikale Kampagne gegen die Korruption im Öffentlichen Dienst und die geplante Halbierung der Armeestärke schafften genug Unruhe in den eigenen Reihen. Die geplante Verlegung der Hauptstadt in den Bundesstaat Kwara (Westnigeria) konnte Nationalitätenkonflikte aufheizen (Daily Times, Lagos, 6.2.). Umstritten sind auch die Aufteilung Nigerias in 19 (statt bisher 12) Gliedstaaten (4.2., Daily Times) und die geplante Rückkehr zur Zivilregierung in vier Jahren.

Außenpolitisch war Murtalas Regime durch eine frühe Anerkennung der MPLA vorgeprescht, hierfür war offensichtlich die Sorge maßgebend, ein Sieg der FNLA und UNITA könnte einen zu großen Machtzuwachs für Zaire darstellen. Vermutungen, der Putsch sei von Großbritannien (wo der frühere Staatschef Gowon lebt) und den USA angezettelt, führten zu Studentendemonstrationen in Lagos. Unter den Parolen „Weg mit dem CIA" und „Nieder mit dem britischen Imperialismus" wurden die Botschaften der USA und Großbritanniens gestürmt. (8.3., afrique-asie/ 1.3., Newsweek).

SCHWIERIGKEITEN MIT DER CHRONIK

Berufliche Überlastung, Krankheit und auch der wohlverdiente Erholungsurlaub einiger Autoren machten uns bei der Erstellung dieser „Nachrichten und Kurzberichte" schwer zu schaffen. Die Redaktion konnte, geschwächt durch die Semesterferien, nicht alle Ausfälle auffangen. Wir können deshalb diesmal nicht über alle wichtigen Entwicklungen berichten.

Red.

OBERVOLTA

Gewerkschaften erzwingen Regierungsumbildung

31.1. (Le Monde/Le Soleil, Dakar)/ 10.11., 2. (Fraternite Matin, Abidjan/Le Soleil)

Auf Druck der Gewerkschaften, die einen Generalstreik im letzten Dezember durchgeführt hatten (s. Heft 51) löste der Staatschef Laminzana sein Kabinett auf und bildete eine neue Regierung, die nur noch zu einem Drittel aus Militärs besteht. Gleichzeitig erreichten die Gewerkschaften die Rückzahlung einer Sondersteuer, die wegen eines Grenzkonfliktes mit Mali erhoben worden war und allgemeine Lohnerhöhungen besonders für die niedrigen Einkommensgruppen. So wurde der Mindestlohn um über 50 % von umgerechnet DM 0,55 auf DM 0,89/Std. erhöht.

SAHARA

Demokratische arabische Republik Sahara gegründet

Nach dem Abzug einer letzten symbolischen Repräsentation der früheren spanischen Kolonialherren, am 28. Februar um 00.00 Uhr rief die Führung der Befreiungsfront Polisario und der provisorischen saharischen Nationalrats auf saharischem Territorium in der Nähe der algerischen Grenze die demokratische arabische Republik Sahara aus (29.2., Le Monde). Während die dreitausend Menschen, die Unabhängigkeitserklärung mit Begeisterung feierten, erklärte der Generalsekretär der Polisario, El Ouali, die Entscheidung, die man getroffen habe, drücke den Willen seines Volkes aus. Die Abstimmung sei durch den Krieg getroffen worden.

In der Tat sind zur Zeit nach Zählungen des Roten Kreuzes 65 000 Menschen aus dem marokkanischen Herrschaftsbereich geflohen. Das sind 87 % der 1974 festgestellten Bevölkerung der Sahara; eine überzeugende Abstimmung mit den Füßen. Der von der UNO geforderte Volksentscheid wird nach marokkanischem Willen nicht mehr stattfinden. Hassans Versuch, durch die Hilfe der Notablenversammlung Jemaa seine Annexion abgesegnet zu bekommen, geriet ins Lächerliche. Nur 61 Abgeordnete erschienen, um für Marokko zu stimmen, die restlichen 41 sind in die Wüste verschwunden oder arbeiten für die Polisario.

Zahlreiche Berichte schildern die Folgen der marokkanischen Kriegsführung, die alles vernichtet, was sich in der Sahara außerhalb des marokkanischen Einflußbereiches bewegt. Eine Untersuchungskommission des Internationalen Menschenrechtsbundes bestätigte in Algier, daß das saharische Volk Opfer eines Versuchs eines wirklichen Völkermords sei (21.2., Le Monde). Ihr Generalsekretär erklärte, es gebe unwiderlegliche und erdrückende Beweise für feige Übergriffe der mauretanischen und marokkanischen Behörden gegen die Zivilbevölkerung: „Wir haben während unserer Mission Unbeschreibliches gesehen: Kinder die von Gasbomben blind gemacht worden sind, ein kleines Mädchen von neun Jahren, das von Napalm verbrannt worden ist, zweijährige Kinder, die zwischen drei und fünf Kilogramm wogen; man berichtet uns daß Kinder und Frauen erwürgt worden sind und daß einer schwangeren Frau der Bauch aufgeschlitzt worden ist.

Flüchtlinge berichten immer wieder, daß ihre Lager mit Bomben, Napalm und Maschinengewehren angegriffen wurden. Wegen der schwierigen Geländeverhältnisse müssen die

IM SAHARA-KONFLIKT SETZEN DIE USA AUF MAROKKO

Der amerikanische Senat hat Henry Kissinger bekanntlich ungeachtet der wiederholten Bitten weitere Geldmittel für geheime Operationen der CIA in Angola abgelehnt. Kissinger und Präsident Ford wollen sich deshalb jetzt für die Bereitstellung öffentlicher Mittel für offene Operationen einsetzen. Ähnliche Schwierigkeiten brauchen Ford und Kissinger im zweiten kriegerischen Konflikt auf afrikanischem Boden nicht zu befürchten. Während die USA nach langjähriger tatkräftiger Einmischung in Angola, heute dort eine „Nichteinmischung aller Seiten" fordern, läuft die amerikanische Einmischung im Sahara Konflikt auf Seiten Marokkos auf vollen Touren. Gerade hat Henry Kissinger dem Sonderbotschafter des marokkanischen Königs Hassan gegenüber versichert, daß die USA „ihr Programm wirtschaftlicher und militärischer Hilfe für Marokko fortsetzen werden". Beabsichtigt ist nicht eine Fortsetzung sondern eine Verdoppelung dieser Hilfe, wenn sie denn die Zustimmung des Senats findet.

Im amerikanischen Budget war die Militärhilfe für das nordafrikanische Königreich im Jahre 1975 mit 14 Millionen Dollar US ausgewiesen. Für dieses Jahr ist sie auf 30 Millionen Dollar, also auf mehr als das Doppelte, angesetzt. Es waren nicht die beiden ersten Jahre, in denen die USA das konservative Regime im äußersten Westen Nordafrikas unterstützten. Jahrelang unterhielten die USA einen großen Luftwaffenstützpunkt in Kenitra. Zwar haben die USA vor einigen Jahren ihre operationellen Einheiten von dort abgezogen, unterhalten dort jedoch weiter eine Kommunikationseinheit. Ferner besitzen sie auf marokkanischen Luftwaffenstützpunkten großzügige Landerechte, unterhalten sie bei diesem modernsten Teil des königlichen Heeres eine Reihe von Beratern. Im Kommunique anläßlich des Besuches des Sonderbotschafters wurden diese Beziehungen zwischen den beiden Ländern umschrieben.

Aufgefrischt und aktualisiert wurden die besonderen militärischen Beziehungen erst vor wenigen Wochen durch den Besuch des Oberkommandierenden der ansonsten im Mittelmeer operierenden 6. Flotte der USA.

Der Sprecher des State Department wollte sich nicht dazu äußern, ob die USA im Sahara-Konflikt eindeutig für Marokko und gegen Algerien Partei ergreifen; es sei Sache der beiden unmittelbar betroffenen Staaten, diese Angelegenheit zwischen sich zu regeln. Der Sprecher wollte sich auch nicht – noch nicht – zu Berichten äußern, nach denen 300 Kubaner und Nord-Vietnamesen auf Seiten der Befreiungsbewegung der Sahara POLISARIO kämpfen. Das Gewicht liegt hier ohne Zweifel auf „noch nicht". Denn, sollten die Kämpfe zwischen den beiden Staaten wieder aufflammen und an Umfang gewinnen, werden Kubaner und Nord-Vietnamesen natürlich einen hervorragenden Vorwand für eine Ausweitung der Militärhilfe an Marokko abgeben. Wenn dann der Ruf „haltet die kubanischen Diebe" erschallt, dürfte unterschlagen werden, daß es Marokko war, daß die ehemals spanische Sahara gegen einen Beschluß der Vereinten Nationen kalt annektierte.

Und im schlimmsten Falle wird dann auch aus Washington wie im angolanischen Falle der Ruf nach Nichteinmischung zu vernehmen sein. Sind die Waffen erst einmal geliefert, wird der Ruf nach Neutralität erschallen. Vorexerziert hat es in diesem Falle bereits Frankreich: nachdem die Pariser Regierung zur Förderung der Waffenproduktion erst einmal den Export von Mirage - Düsenbombern erlaubt und gefördert hatte, erklärte sie dieser Tage durch den Mund des Präsidenten Giscard d'Estaing, daß sie im Sahara-Konflikt eine neutrale Haltung einnehme. Die Vorbereitungen für den nächsten Stellvertreterkrieg sind bestens getroffen.

Gerd Meuer

Marokkaner (die mauretanischen Truppen sind wegen ihrer militärischen Schwäche ohne Bedeutung für diesen Krieg) vor allem aus der Luft vorgehen. In Bodenkämpfen gelingt es der Polisario immer wieder, einzelne marokkanische und mauretanische Außenposten in der Sahara und im nördlichen Mauretanien zu überrennen. Die militärisch schwache Polisario kann sich ohne algerische Unterstützung jedoch nicht halten und so droht nach dem Ausbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Algier und Rabat ein offener Krieg zwischen den beiden Nachbarstaaten. Die OAU und die Arabische Liga sind in der Frage der Anerkennung der unabhängigen Sahara hoffnungslos gespalten.

SOMALIA

UdSSR rüstet weiter auf
9.2. (Newsweek)

Die Sowjetunion baut eine zweite Militärbasis in Somalia. Ihr Stützpunkt in Berbera am Golf von Aden machte im letzten Jahr Schlagzeilen, da er an strategisch sehr wichtiger Stelle liegt. Der neue Stützpunkt liegt jedoch in Kismayu, 100 km nördlich der kenianischen Grenze und wird der Somalischen Regierung übergeben, die dort ihre eigenen Kampfflugzeuge und Raketenschiffe russischer Herkunft unterbringen wird. Somalia, durch russische Waffenlieferungen allen Armeen der Nachbarstaaten deutlich überlegen, erhebt Gebietsansprüche gegenüber Kenia. Im kenianischen Norden lebt ein großer Teil des somalischen Volkes.

—as—

Hilfe für Franz Lee

Deutsche Behörden verweigern dem Apartheidsgegner Lee die Einbürgerung

Um die Einbürgerung von Studenten aus Entwicklungsländern, die in der BRD studiert haben und sich hier niederlassen wollen, zu verhindern, werden ihnen gewisse gesetzliche Erschwernisse in den Weg gelegt. Sie sollen dazu dienen, einheimische Fachkräfte den Entwicklungsländern zurückzuführen. Eine gute Sache, sollte man meinen.

Daß diese Einbürgerungsrichtlinien eine wohl nicht zufällige Kehrseite haben, zeigt der Fall J. T. Lee. Als Sohn eines weißen Vaters und einer afrikanischen Mutter wurde Lee 1938 in Ficksburg, Südafrika, geboren. Der Apartheidsgesetzgebung entsprechend wurde er als Mischling als „Non-European" klassifiziert. Dem damaligen Minister für Eingeborenenangelegenheiten Verwoerd zufolge, gab es für ihn „keinen Platz in der europäischen Gemeinschaft oberhalb gewisser Formen der Handarbeit". Unter unsäglichen Schwierigkeiten bestand er das südafrikanische Abitur, hatte aber nicht die Möglichkeit zu studieren. Wegen Teilnahme an einer Demonstration von 70 000 afrikanischen Männern gegen die Paßgesetze und für Lohnerhöhungen fand er zwei Jahre lang keine Arbeit. Einige Freunde bemühten sich für ihn um ein Stipendium im Ausland.

Schließlich wurde ihm am 14.9.1962 vom „Afrika-Stipendienfonds Tübingen e.V." ein Stipendium angeboten, das ohne Bedingung gewährt werden sollte. Gemäß der Satzung dieses Vereins wurden Stipendien „nur an Studenten vergeben, die aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen in ihrer Heimat nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten studieren können." Voller Hoffnung kam Franz Lee in Deutschland an. 1970 promovierte er in Frankfurt am Main in den Fächern Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Von 1966 bis 1970 übernahm die Otto-Bennecke-Stiftung das Lee vom Afrika-Stipendienfonds-Tübingen erteilte Stipendium. Heute vertritt Lee eine Professorenstelle an der Fachhochschule Darmstadt. Um sie zu behalten, braucht er die Einbürgerung – doch mit einem Mal soll sie izm nur unter der Bedingung gewährt werden, daß er die Summe des Stipendiats an die Otto-Bennecke-Stiftung zurückzahlt. Diese beläuft sich auf etwa 30 000 DM – und das bedeutet für Lee, der obendrein in Schulden wegen ständiger Gerichtskosten um frühere Ausweisungsdrohungen steckt (insgesamt 10 000 DM), schlicht eine finanzielle Unmöglichkeit.

Eine Ausweisung nach Südafrika heißt für Lee, der sich unaufhörlich auf internationaler Ebene gegen das Apartheid-System in Südafrika einsetzte, die Auslieferung an die Strafbehörden. Südafrika hatte schon 1968 seinen Paß nicht mehr verlängert. Lee hatte sich an anderen afrikanischen Universitäten um eine Dozentur beworben – ohne Erfolg. Außerdem ist er mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet.

Der Hintergrund dieser rigorosen Gesetzeshandhabe ist eindeutig politisch: Lee ist Chefredakteur der PAN AFRICAN INTERNATIONAL, einer studentischen Organisation zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung Afrikas. Eine Ausweisung Lees von Seiten der bundesrepublikanischen Behörden kann wohl nicht in der Absicht geschehen, „damit er seine Fähigkeiten zum Nutzen seines Volkes einsetzt"(briefliche Begründung der Behörden). Südafrika als Entwicklungsland einzustufen, widerspricht ohnehin jeder offiziellen Erklärung. „Entwicklungshilfe" wäre Lees Ausweisung sicherlich nicht – sie liefe vielmehr auf Asylverweigerung hinaus.

Der Fall Lee ist ohne Zweifel kein Einzelfall. Man denke nur an die indonesischen, brasilianischen, persischen, südkoreanischen etc. Studenten, die sich in der BRD gegen die Unterdrückung in ihrem Heimatland politisch einsetzen. Freilich: Für die BRD, die neuerdings zum Handelspartner Nr. 1 von Südafrika avanciert ist, ist Lee gewissermaßen eine entwicklungspolitische Fehlinvestition. Und für Lee sind es die 10 000 DM Gerichtskosten, die er einsetzen mußte, um weiter kämpfen zu können, zur Rettung seiner eigenen „Haut".

Franz Lee braucht vor allem finanzielle Hilfe, um seine Gerichtsklage zu besteiten. Er ist bereit, als Gegenleistung Vorträge über Südafrika, Namibia, Angola oder Zimbabwe zu halten. Alle Beiträge, wie klein sie auch sein mögen, können auf das Konto Nr. 128207 der Stadtsparkasse Frankfurt am Main (Vermerk: Südafrika-Hilfe, Dr. Franz Lee) überwiesen werden. Seine Anschrift: Dr. phil. Franz J. T. Lee, 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 3551.

Asien

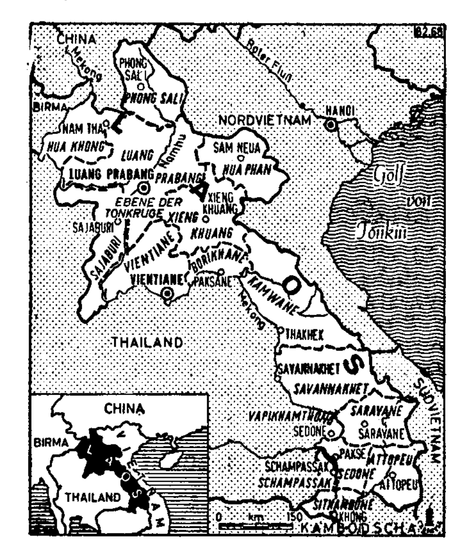
LAOS

Chronik der Ereignisse seit Juli 75

Wirtschaftsmisere in Laos
16.7.1975 (NZZ)

Der Provisorischen Koalitionsregierung Laos (fünf Minister des Pathet Lao, fünf der Rechten, zwei Neutralisten) ist es in ihrer, seit Januar 1973 andauernden Amtsphase nicht gelungen, die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren und die Kriegsschäden zu beheben. Das Hauptproblem der Regierung bleibt die Finanzierung des Staatshaushaltes, der für das Fiskaljahr 1974 nur zu 48 % aus eigenen Einnahmen gedeckt werden konnte. Dem im Regierungsbudget vorgesehenen Ausgabenanteil in Höhe von 37,6 Mrd. Kip standen nur 19,6 Mrd. Kip an Einnahmen gegenüber. 39 % der Ausgaben entfielen auf die Verteidigung.

Die grundlegenden Differenzen, die zwischen der Regierungsseite von Vientiane (Ultra-Rechte) und der Seite des Pathet Lao (Patriotisch-Laotische-Volksfront) bestanden, – jedem Minister war ein Staatssekretär der Gegenseite beigeordnet – führten zur völligen Lähmung wichtiger Entscheidungsprozesse, was den Wiederaufbau des Landes stark behinderte. Große Teile der ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebiete sind auch heute noch nicht wieder urbar gemacht.



Obwohl Laos reich an Bodenschätzen, Hölzern und Energiepotentialen (Wasserkraft) ist, konnte wegen der mangelnden Infrastruktur und der Kriegsschäden bisher nicht in ausreichendem Maße mit dem Abbau der Ressourcen begonnen werden. Der laotische Außenhandel blieb defizitär. 1974 standen Gesamteinfuhren von 62 Mio. Dollar Ausfuhren von nur rund 10 Mio. Dollar gegenüber. Erschwerend für die Wirtschaftslage kommt das Ausbleiben

von Investitionen der Privatwirtschaft hinzu: wegen der „unsicheren" politischen Lage haben vor allem chinesische und vietnamesische Geschäftsleute ihr Kapital illegal ins Ausland transferiert, das Land verlassen oder ihre Unternehmen geschlossen; die wenigen ausländischen Firmen sind zum Teil aus Laos ausgewandert.

Die zu Beginn des Jahres 1975 gegen die Stimmen der Pathet-Lao-Minister durchgesetzte Abwertung des Kip von 840 auf 1.200 Kip pro US-Dollar (auf dem Schwarzmarkt 3.000 Kip), traf besonders die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten des Landes. Die Preise für wichtige Grundnahrungsmittel wie Fisch und Reis, der zu 80 % importiert werden muß, stiegen gegenüber dem Vorjahr um 40 % (HaBla 14.5./GUARDIAN 9.7.) Die galoppierende Inflation (erstes Halbjahr 1975: ca. 35 %) hat die Unzufriedenheit der Bevölkerung geschürt. In Vientiane kommt es wegen nichterfüllter Lohnforderungen zu Arbeiterstreiks. (FR 13.5./NZZ 16.7).
Für das Jahr 1975 wurde Laos von westlichen und sozialistischen Ländern Wirtschaftshilfe, vornehmlich in Form von Warenlieferungen, in einer Gesamthöhe von 53 Mio. Dollar zugesagt, die dem Land über die größten Schwierigkeiten hinweghelfen soll. Um Gelder für den Wiederaufbau des Landes flüssig zu machen, reiste der Wirtschaftsminister der Koalitionsregierung im April 1975 in die Volksrepublik China, die Sowjetunion, die DDR, nach Polen, Algerien und Schweden. Die VR-China sagte die weitaus größte Hilfe zu; sie gewährt einen zinslosen Kredit in Höhe von 50 Mio. Yuan, mit dem vornehmlich die Infrastruktur des Landes verbessert werden soll. Ende August erhält Laos 10.000 Tonnen Reis, 10.000 Tonnen Heizöl, 10.000 Fahrräder, Traktoren und landwirtschaftliche Pumpen aus der VR-China. (HaBla 28.8.75).

Die laotische Rechte verliert ihre einflußreichen Positionen

Nur wenige Wochen nach dem Zusammenbruch der Marionettenregierungen in den Nachbarstaaten Kambodscha und Südvietnam ist auch in Laos der Zusammenbruch der extremen Rechten offensichtlich. Dies geschieht zum Zeitpunkt einer starken ökonomischen Krise und einer damit einhergehenden umfangreichen politischen Massenbewegung. In einem Land, wo bisher die reichen Familien und ihre Günstlinge als Ausführende us-amerikanischer Direktiven die Politik des Landes bestimmten, treten neue Kräfte auf den Plan; Der Studentenverband, der hinter allen Massendemonstrationen steht und ausgezeichnet organisiert ist, der Arbeiterverband und in Luang Prabang auch eine Frauenbewegung. (Le Monde 17.5.).

Mehrere wichtige Ereignisse lösen bei der durch interne Streitereien gespaltenen und von der Bevölkerung politisch isolierten Oberschicht Panik und Massenflucht ins Ausland aus: Truppen des Pathet Lao verdrängen unter Führung des General Vang Pao stehende Söldner-Einheiten aus dem strategisch und ökonomisch wichtigen Distrikt um das Dorf Sala Phou Khoune, 160 km nördlich der Hauptstadt, um einen, von Verteidigungsminister Sisouk Na Champassak geplanten Putsch zu verhindern. Diese Söldner-Einheiten hatten seit März die Funktionen der königlichen Truppen übernommen und vielfach das Waffenstillstandsabkommen von Vientiane gebrochen und Nachschubwege und Vorposten in Gebieten des Pathet Lao angegriffen. (NZZ 7.5./Le Monde 17.5.).
Zur gleichen Zeit besetzen und zerstörten Demonstranten in mehreren Städten sämtliche Büros der amerikanischen Agentur für Internationale Entwicklung (US-AID). 30.000 Menschen in Vitentiane fordern die völlige Einstellung der US-AID-Tätigkeit und den Abbau des diplomatischen Personals in Laos; des weiteren verlangen sie den Rücktritt der fünf konservativen Minister der Koalitionsregierung. Die letzte Forderung wird sofort er-

ÖKONOMISCHER FORTSCHRITT IN DEN BEFREITEN GEBIETEN DES PATHET LAO

(Auszüge aus dem Agenturbericht: „Liberated Zone Revolutionary Base of Lao Revolution")

Dem laotischen Volk ist es gelungen, in dem befreiten Gebiet, vier Fünftel des nationalen Territoriums, auf dem die Hälfte der laotischen Bevölkerung lebt, eine unabhängige und selbständige Wirtschaft aufzubauen. Das Zentralkomitee der Revolutionären Partei des Laotischen Volkes und die Laotische Patriotische Front (LPF) haben das Volk angeleitet, die Wirtschaft unter dem Drei-Jahresplan (1968-70) aufzubauen und zu entwickeln. Neben der Vergrößerung der bebaubaren Ackerfläche und der Verbesserung der Arbeitsproduktivität, hat die Bevölkerung seit einigen Jahren auf 200.000 ha Land ausgezeichnete Arbeit geleistet und ein Netz mittlerer und kleiner Bewässerungsprojekte geschaffen bzw. repariert, um so 22.000 ha mit Wasser zu versorgen. Außerdem haben sie 5.000 ha Ödland zurückgewonnen und so die Reisanbaufläche 1974 auf 55.000 ha vergrößert. Den Bauern wurde empfohlen, jährlich zwei Reisernten einzubringen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Nebenanbauprodukten gewidmet. Millionen Cassava-Wurzeln sind jährlich angepflanzt worden. Neue landwirtschaftliche Techniken werden allgemein angewandt. (Die Bedrohung durch den Hungerhat in vielen Gegenden ein Ende.) Darüber hinaus hat die Bevölkerung auch Pfalnzen wie Baumwolle, Kaffee, Tabak und Obstbäume angebaut, deren Früchte industriell weiterverarbeitet werden. Was die Viehzucht betrifft, so waren die meisten Tiere besonders in Xieng Khouang und den südlichen Provinzen vom Feind abgeschlachtet worden, jedoch vergrößerte sich der Viehbestand dank der beschleunigten Produktion schnell wieder. 1974 hatte sich im Vergleich zu 1972, die Anzahl des Geflügels um 1.000.000 Stück, der Schweine um 400 %, der Büffel um 42 % und der Ochsen um 25 % erhöht.

1964 hatte Laos noch keine industrielle Basis. Heute erstreckt sich ein Netz von Industrieanlagen über das Land, zu dem Textilfabriken, Schneiderwerkstätten, Reisschälwerke, Werkstätten für Wiederaufbau usw. gehören. Im Kerngebiet des LPF und in einigen anderen Provinzen hat die Bevölkerung auch eine Sperrholzfabrik und lebensmittelverarbeitende Werkstätten aufgebaut. Viele Unternehmen, wie z.B. die Textilfabrik „12. Oktober" und die Werkstätte für Wiederaufbau in Vieng Say sind mit modernen Maschinen ausgestattet. Das Handwerk ist wieder entwickelt worden und umfaßt tausende von Unternehmungen in Dörfern und kleinen Städten, die landwirtschaftliche Werkzeuge, Salz, Steingutartikel usw. herstellen. Unter größten Schwierigkeiten wurden im befreiten Gebiet Verkehrsverbindungen aufgebaut (90 % des Landes besteht aus Gebirge und Wäldern). Während des Krieges hat das laotische Volk neben der Ausbesserung und Verbreiterung von 2.000 km kleiner Straßen auch 2.000 km neue Autostraße und 2.000 km Verbindungswege zwischen Dörfern gebaut. Auch die Wasserwege wurden wieder instand gesetzt bzw. für Motorboote und größere Schiffe erweitert. Die 1973 gegründete Luftfahrabteilung der LPF unterhält eine Flugverbindung von Vieng Say nach Vientiane, Luang Prabang und Hanoi.

Rasch hat sich im befreiten Gebiet ein Handelsnetz, vom Zentrum zu den Dörfern ausgebildet. In den 77 zuvor befreiten Bezirken bestehen heute 116 staatseigene Geschäfte und 40 kooperative Marktläden. Das Gesamtvolumen des Warenverkehrs war 1974 fast fünfmal so groß wie 1967. Der Kip (laotische Währung), der 1968 in Umlauf gebracht wurde und für dessen Stabilität die demokratische Volkswirtschaft garantiert, hat im befreiten Gebiet seinen Wert gehalten. . .

Das öffentliche Gesundheitswesen ist heute vom Zentrum bis in die Dörfer hinein entwickelt, mit 20 Krankenhäusern, 76 Kliniken, 175 Apotheken und 16 medizinischen Camps zur Behandlung von Leprakranken. Im befreiten Gebiet gibt es nun 63 mobile Ärzteteams, 44 Ärzte und ausgebildete Apotheker, 212 Assistenzärzte und Apotheker, 2336 Krankenschwestern und tausende Arbeiter im Gesundheitsdienst. Daher hat sich der Gesundheitsgrad der Kader, Kämpfer und des Volkes verbessert... Im befreiten Gebiet erhalten die Kranken kostenlose Behandlung.
12. Oktober 1975/ BBC ECONOMIC WEEKLY 5.11.1975.

füllt, die fünf genannten Minister scheiden am 13.5. aus der Regierung aus und verlassen das Land (NZZ 22.5.).
Unter dem Druck von 1.000 Piloten wird der Chef der laotischen Luftwaffe wegen feindlicher Haltung gegenüber den Kräften des Pathet Lao in früheren Jahren zum Rücktritt gezwungen. Desgleichen wird der königliche Generalinspekteur und nomineller Chef der Rechten Regierungsfraktion, Prinz Boun Oum, der an dritter Stelle in der Rangfolge des laotischen Königshauses steht, seines Postens enthoben (eine Woche später kommt er bei einem Attentat ums Leben).
Mit diesen Ämterenthebungen verliert die laotische Rechte ihre letzten einflußreichen positionen (NZZ/FR 2./13./23.5.). Bereits am 13. April hatte König Sovang Vatthane die laotische *Nationalversammlung,* in der die Rechte mehrheitlich vertreten war, aufgelöst. (Vgl. Nachrichten und Kurzberichte Nr. 45/75).

Pathet Lao besetzt drei Städte

Angesichts eines erneut drohenden Putsches durch die laotische Rechte, die mittlerweile in Thailand, unweit der Grenze Quartier bezogen hat, besetzen Einheiten des Pathet Lao die in Süd-Laos gelegenen Städte Savannakhet Pakse und Thakhek – die letzten strategisch wichtigen Stützpunkte der Rechten und des CIA. Über diese Städte führen die kürzesten Nachschubachsen von Nordost-Thailand über den Mekong nach Nord-Vietnam.

Der frühere Präsident der aufgelösten Nationalversammlung Phoui Sananikone hat in Nong Khai – jenseits der Grenze zu Thailand – zusammen mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Sisouk Na Champassak und anderen eine Exilregierung gegründet. Gleichzeitig hielt General Vang Pao im US-Luftstützpunkt UDORN (Thailand), nur 38 km von Vientiane entfernt, 8.000 seiner Meo-Truppen stationiert, die im Geheimen den Mekong überquert hatten.
Die Präsenz der 50.000 Meo-Flüchtlinge in Nordost-Thailand ist eine ideale Rekrutierungsbasis für die laotische Rechte.
Es ist kein Geheimnis, daß die CIA versucht, Meo-Truppen auszubilden, um sie in Laos zu infiltrieren (Vgl. auch Nachrichten und Kurzberichte 50/75; Stichwort: Thailand/NZZ 21.5./FEER 30.5.).

Laos bleibt neutraler Staat – Weiterbestehen der Koalitionsregierung

Nach der gelungenen Ausschaltung der ultrarechten Politiker findet im Juni eine Kabinettsumbildung statt; freigewordene Ministersitze werden mit neutralistischen und Pathet-Lao-Ministern besetzt. Der neue Verteidigungsminister Kham Quan Boupha gibt die „baldige Vereinigung" der königlichen Armee mit den Streitkräften des Pathet Lao bekannt. An alle Offiziere und Mannschaften ergeht der Befehl, sich für die vorgesehene Schaffung vereinigter Streitkräfte miteinander zu solidarisieren (NZZ 23.5.). An alle reaktionären Kräfte richtet sich die Drohung, jeglicher Widerstand gegen die neue Entwicklung werde durch die Armee und die Truppen des Pathet Lao zerschlagen. Der Pathet Lao ist nun die größte Kraft in den beiden wichtigsten Organisationen des Landes – Regierungskabinett und *Nationaler Politischer Konsultivrat.* Mit ca. 2.000 Personen (Minister, Staatssekretäre, hohe Beamte) besitzt der Organisationsapparat des Pathet Lao einen Kader, der es ermöglicht, nach und nach in Vientiane wichtige Positionen einzunehmen. Der Pathet Lao hat wohlbemerkt niemals versucht, eine illegale Gegenregierung zu bilden; sein erstes Dekret nach dem Waffenstillstand vom 12. Mai galt der Treue zum König und der Aufrechterhaltung der Koalitionsregierung und enthielt einen Appell an die Ausländer, im Lande zu bleiben und beim Wiederaufbau zu helfen. In diesem Sinne erklärt auch Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma, ein Mann der von der westlichen Presse als „Neutralist" bezeichnet wird: Nur eine „Gruppe von Profiteuren" streue Staatsstreichgerüchte aus. „Die Lage ist nicht ernst, da die Koalitionsregierung ihre Politik der nationalen Versöhnung und des Ausgleichs fortsetzt". (FR 13.5./Le Monde 17.5.).
Wie aus dem am 27.8. veröffentlichten 10-Punkte-Programm der Regierung hervorgeht, bleibt Laos ein neutraler Staat. Die neuen Behörden respektieren das Recht auf Privateigentum und garantieren die Freiheit privater Institutionen. Das Eigentum geflohener Rechter werde verstaatlicht. Im Exil lebende Laoten, die in ihre Heimat zurückkehren, erhalten ihren gesamten früheren Besitz zurückerstattet. Ein Sprecher des Pathet Lao erklärt gegenüber dem Far Eastern Economic Review (30.5.), er nehme nicht an, in den nächsten Jahren ein sozialistisches Laos zu sehen. Nicht einmal in den Befreiten Gebieten (ca. 80 % des Landes) gebe es eine allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft (SZ 28.8.).

USA muß Aktivitäten in Laos einschränken

Nach weiteren Großkundgebungen gegen die Anwesenheit us-amerikanischer Organisationen in Laos, an denen auch der stellvertretende Ministerpräsident Phami Vong Vichit und andere Mitglieder der Regierung teilnehmen (SZ 24.5.) und der Besetzung aller Büros und Verbindungsstellen der US-AID in Vientiane und anderen Städten, wird das laotische Außenministerium angewiesen, mit dem US-Botschafter über eine Revision des vor 20 Jahren in Kraft getretenen US-Hilfe-Abkommens für Laos Verhandlungen aufzunehmen (NZZ 22./23.5.) Ziel dieser Verhandlungen ist die Auflösung der gesamten amerikanischen „Hilfsorganisation" in Laos. Ein Regierungssprecher unterstreicht jedoch, daß die Regierung die amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe weiterhin wünsche (jährlich ca. 32 Mio Dollar); diese solle aber künftig direkt von der Regierung verwaltet werden. Weitere Bedingung sei, daß die USA keine politischen Forderungen an die Fortsetzung der Unterstützung knüpfe (SZ 23.5.).

Angesichts des kompromißlosen Einschreitens der nunmehr von Konservativen gesäuberten Vientianer Regierung sieht sich die Ford-Regierung gezwungen, ihre Hilfsmissionen in Vientiane und den übrigen Provinzstädten zu schließen und ihr Personal von ehedem 1274 Personen um 90 % zu reduzieren (Guardian 17.12.). Die US-Botschaft vermindert ihren Bestand an Militär von 200 auf 30 (Guardian 28.5.). Bevor die US-Agentur für Internationale Entwicklung Laos verließ, verfügte sie über eine Organisation, die einer Parallelregierung zur offiziellen Verwaltung gleichkam (Phami Vong Vichit: „Staat im Staate") (FEER 20.6.). Die Aufgabe dieser Quasi-Regierung bestand nicht darin, wie es offiziell hieß, Entwicklungshilfe zu leisten, sondern die „antikommunistischen Kräfte" im Lande zu organisieren. Der Ausbau der Infrastruktur (gute Straßen, Schulen, Krankenhäuser, landwirtschaftliche Projekte) war nur ein Nebenprodukt der Aktivitäten der US-AID. Mit ihrem ausgedehnten Netz von Lao-sprechenden Agenten war AID eine sehr effizient arbeitende Tarnorganisation des CIA (International Herald Tribune 17.6.). Darüber hinaus verfügten die USA in Laos über eine geheime Söldner-Armee von 12.000 Mann und über eine noch höhere Zahl an bewaffneten Milizen (Guardian 23.7.), die vornehmlich aus Mitgliedern des Stamms der Meo zwangsrekrutiert waren. Ihr Anführer war der meotische Regionalfürst General Vang Pao. Schon 1973 hatte die CIA mit der geheimen Eingliederung dieser Spezialtruppen in die Königliche Armee begonnen.

Der Nachschub-Bedarf der Meo-Armee wurde direkt über das logistische Netz der USA von Thailand aus gedeckt. Als die USA ihre Versorgung abbracht, war die Armee zur Kampfunfähigkeit verurteilt. Sie zerfiel in einzelne kleine Banden, die seither das Land unsicher machen (International Herald Tribune 23.6./GUARDIAN 2.7.).

Laos hat nun, im Rahmen der politischen Umwälzungen in Indochina seine strategische Bedeutung für die USA verloren. Ohne sich an die gemachte Versprechung zu halten, stellt di US-Regierung ihre Militär- und Wirtschaftshilfe an Laos zu Beginn des neuen Fiskaljahres am 1. Juli 1975 ein und boykottiert damit das internationale Wiederaufbauprogramm für Laos (GUARDIAN 9.7.).

Säuberungsprozesse in der laotischen Verwaltung

Der schon zu Beginn des Jahres eingeleitete Säuberungs- und Anti-Korruptionsprozeß in der laotischen Verwaltung hält unvermindert an. Auf Wandzeitungen an öffentlichen Gebäuden werden leitende Funktionäre der Korruption, der Unfähigkeit, der Ausbeutung des Volkes und der Zusammenarbeit mit den Amerikanern beschuldigt. Hohe laotische Offiziere müssen sich einer Umschulung unterziehen, die ihnen die Anpassung an die neuen politischen Realitäten erleichtern, und das Mißtrauen zwischen den Streitkräften beider Seiten zerstreuen soll (NZZ 29.5.).

Mit einer Massenkundgebung Mitte August, an der mehr als 200.000 Menschen teilnehmen, feiert die Bevölkerung von Vientiane die Befreiung ihrer Stadt durch den Einsatz einer, von der Koalitionsregierung beschlossenen „Revolutionären Volksverwaltung". Eine ähnliche Umstrukturierung kurz zuvor war in Luang Prabang erfolgt.

Auf der Demonstration kündigt der Vorsicztende der Volksverwaltung an, daß die Korruption beseitigt, den einstigen Gegnern des Pathet Lao vergeben und die „legitimen

Rechte" von Ausländern geschützt werden sollen (FR 25.8./GUARDIAN 3.9./17.12.), was dem Wunsch der Regierung nach ausländischen Privatinvestitionen deutlich Ausdruck verleiht.

Laos wird Volksrepublik
10. – 19.12. (GUARDIAN/FEER/NZZ)

Der neu gewählte *Nationale Volkskongreß* erklärt am 2. Dezember die Monarchie nach mehr als 600-jährigem Bestehen, einen Tag nach dem Rücktritt Königs Savang Vatthane offiziell für abgeschafft und ruft die Volksrepublik Laos aus.
Der Erklärung war eine zweiwöchige Massenkampagne „Kampf gegen die alten Machenschaften", begleitet von Massenkundgebungen in Vientiane, Luang Prabang und Viengsay (Hauptstadt der Befreiten Gebiete) vorausgegangen, die die seit dem 4. November im gesamten Laos auf Dorf- und Kreisebene stattfindenden Wahlen abschlossen. In den Kreisen, die 5 bis 10 Dörfer umfassen, wurden *Volkskomitees*, bestehend aus 15 bis 20 Mitgliedern, in den Städten solche aus 20 bis 30 Mitgliedern gewählt, welche schließlich den 270 Mitglieder starken *Volkskongreß* bestimmten.
Die ehedem von Prinz Souvanna Phouma angeführte Koalitionsregierung wird durch ein neues Kabinett ersetzt; der *Nationale Politische Konsultivrat* wird aufgelöst. Neuer Ministerpräsident ist Kaysone Phomivihan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Laos'. Nach eigenen Angaben fühlt sich die neue Regierung nicht mehr an das Genfer Laos-Abkommen von 1962 und die Vientianer Friedensvereinbarungen von 1973 gebunden; sie seien als überholt zu betrachten.

Prinz Souphanouvong, Vorsitzender des Pathet Lao, wird als Präsident der Volksrepublik Laos vereidigt – er konnte bei den Wahlen die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Gleichzeitig wird er zum Vorsitzenden des 45-sitzigen *Obersten Volksrats* ernannt, dessen Nominierung in geheimer Sitzung vom *Nationalen Volkskongreß* bestätigt wurde. Der *Oberste Volksrat*, die neue Legislative, wird auch den Zeitpunkt für die seit langem erwarteten Wahlen einer neuen *Nationalversammlung* festsetzen (seit 1958 fanden in Laos keine unmanipulierten Wahlen mehr statt).

Regierung legt ihr Aktionsprogramm vor

Die Probleme, mit denen die Regierung zu kämpfen hat sind vielfältig. Eine seit Anfang November unvermindert von Thailand aufrechterhaltene Grenzblockade, die erst Anfang Januar aufgehoben wird, hat das importbedürftige Land in eine Wirtschafts- und Finanzkrise gestürzt. Eine strikte Kontrolle der Zirkulation ausländischer Währungen ist dringend erforderlich (US-Dollars werden auf dem Schwarzmarkt mittlerweile zum fünffachen Preis gehandelt). Die Preise für Grundnahrungsmittel sind noch nicht von der Regierung unter Kontrolle gebracht.

Etwa einen Monat nach der Konsolidierung Laos' zur Volksrepublik veröffentlicht die Regierung ihr neues Aktionsprogramm, das eine Normalisierung der Verhältnisse im Landes herbeiführen soll. Die Hauptpunkte des Programms, das sich nur mit innenpolitischen Fragen beschäftigt, lauten:

- Alle sozialen Klassen, ethnischen Gruppen und Bürger zu vereinigen;
- Das Volk zu fördern und zu unterstützen, revolutionäre Organisationen zu bilden und zu entwickeln und das Recht des Volkes „über sich selbst zu bestimmen" zu entwickeln;
- Das administrative System auf allen Ebenen wirksamer zu gestalten und allgemeine Wahlen zur Nationalversammlung zu organisieren;
- Die Sicherheitskräfte zu stärken und allen „Sabotage"-Versuchen zu widerstehen, nationale Unabhängigkeit und die Sicherheit des Volkes zu verteidigen, die soziale Ordnung zu wahren und zu versuchen, „diejenigen, die dem Feind auf schlechten Wegen gefolgt sind, dahingehend zu überzeugen, gute Bürger zu werden";
- Die Land- und Forstwirtschaft als Basis zukünftiger industrieller Entwicklung aufzubauen und im besonderen die Selbstversorgung und einen exportierbaren Überschuß an Nahrungsmitteln zu erreichen.

FURCHT VOR VERSTAATLICHUNG VON BETRIEBEN UND MONOPOLISIERUNG DES HANDELS UNBEGRÜNDET

10.1.1976 (Vientiane home service/laotischer Regierungssender)

„Die Laotisch Patriotische Front und unsere Regierung haben klar herausgestellt, daß eine gerechte und vernünftige Politik zur Entwicklung von Handel und Industrie mit dem Ziel einer auf die eigene Kraft vertrauenden nationalen Wirtschaft, betrieben werden muß; eine Politik, die die Konflikte zwischen Händlern und ihren Kunden beseitigt, die Gerechtigkeit auf beiden Seiten schafft und Schritt für Schritt, auf dem Weg zur Selbständigkeit und zum Vertrauen auf die eigene Kraft, die Bedingungen für das Leben des Volkes normalisiert und verbessert.

Die neue Handels- und Wirtschaftspolitik erfreut sich der Unterstützung derjenigen Händler, Unternehmer, Industrieller und Menschen aller Nationalitäten, die zur Verwirklichung dieser Politik mit der Verwaltung zusammenarbeiten.
Dennoch haben einige Händler, Unternehmer und Industrielle die neue Politik nicht verstanden und befürchten, daß der Staat ihre Fabriken nationalisieren und den Handel monopolisieren werde. Solch falsche Vorstellungen müssen korrigiert werden. Für alle patriotischen Unternehmer, Industriellen und Händler ist es an der Zeit, diese Politik zu verwirklichen. Sie müssen jetzt mit dem Staat kooperieren, die Fabrikstillegungen aufheben und in ihren Fabriken wie gewohnt produzieren. Händler müssen versuchen, im Betreiben ihrer Geschäfte ehrlich zu bleiben, Betrug, Steuerhinterziehung, Schwarzhandel und Hortung zu vermeiden und mit dem Staat zusammenzuarbeiten, indem sie ihre Geschäfte in Übereinstimmung mit dem Prinzip des beiderseitigen Nutzens und im Interesse des Landes betreiben."
(BGB Monitoring-Service 14.1.1976).

Das Programm umfaßt auch Förderungsmaßnahmen für die Privatindustrie, die Förderung des Abbaus von mineralien, die Entwicklung der Wasserelektrizität, den Aufbau von staatlichen Handelsnetzen, die Verbesserung und Erweiterung des nationalen Verkehrssystems (wie auch der Bau einer Straße zum Meer, in Zusammenarbeit mit Vietnam), eine Modifizierung des Steuersystems, Lohnregelungen und eine Konsolidierung des Banksystems.

Im Rahmen dieses Programms ist der *Oberste Volksrat* angewiesen, Gesetze zu erlassen, die die Nationalisierung von Privat-Besitz und Rohstoffen „Zum Zweck der Liquidierung der ökonomischen Basis der Komparadoren, Bürokraten und reaktionären Militärs" ermöglichen sollen. Der „nationalen Bourgeoisie" soll geholfen werden, wenn bei ihren Unternehmungen nationale Interessen gewahrt bleiben (siehe Kasten).

Schließlich will die Regierung, daß die „sklavische und verrottete Kultur des Imperialismus" durch eine „fortschrittliche, demokratische und nationale Kultur" verdrängt wird; inländische Nachrichtenverbindungen sollen verbessert werden. Ausländische Besucher sollen „Schönheit und Reichtum ... (des) Landes sehen können".
(FEER 2.1.1976).

In jüngster Zeit werden Aufstände in mehreren Regionen des Landes bekannt; es mehren sich aus Gebieten, die bislang nicht befreit waren, Anzeichen einer akuten ökonomischen Notlage. Unterstützt vom CIA haben die ca. 80.000 Angehörigen meotischer Stämme im Norden des Landes einen Guerillakrieg begonnen. Berichten zur Folge haben bewaffnete Banden Stellungen besetzt, die allen bisherigen Angriffen der Gegenseite standhielten. In zwei Gefechten während des Januars wurden etwa 100 Soldaten des Pathet Lao getötet oder verwundet. Auf den wichtigsten Nationalstraßen zwischen Vientiane und Luang Prabang nach Nordvietnam sollen drei Brücken zerstört worden sein (NZZ 27.1.). Im Süden des Landes sind ca. 3.000 „reaktionäre" Rebellen in Kämpfe mit Soldaten des Pathet Lao eingetreten.

Lot

Lateinamerika

Kissingers Lateinamerika-Reise: Neue US-Strategie in Lateinamerika

Die oft verschobene Reise Kissingers durch sechs Staaten Lateinamerikas, die ein „neues Klima inneramerikanischer Solidarität" schaffen sollte, kommentierte der Generalsekretär der venezulanischen Regierungspartei: „Besuche wie der Henry Kissingers sind überlicherweise voll Rhetorik und Theorie, ohne praktische und konkrete Ergebnisse" (SZ, 23.2.76).
In den vielen Reden und Proklamationen dieser Reise fehlen dann auch greifbare Vorschläge, wie die aktuellen Probleme gelöst werden können:

Panama wartet weiterhin vergeblich auf den Abschluß der Verhandlungen zur Rückgabe der Kanalzone (siehe Nachrichten und Kurzberichte in blätter des iz3w Nr. 52). Die 1974 verkündete Trade Act, welche für alle OPEC-Staaten (z.B. Venezuela u. Ecuador) Handelsverträge mit den USA verhindert, ist weiterhin in Kraft. Kein Wort verlor der US-Außenminister zur Neuorientierung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), die bisher als Instrument der amerikanischen Hegemonie galt (NZZ 20.2.76).

Venezuela – die erste Station der Reise – diente Kissinger als Bühne für Grundsatzerklärungen; er verlas seine „große Botschaft an Lateinamerika". (Das US-Außenministerium hatte allen Fernsehstationen des Kontinents die kostenlose Übertragung über Satellit angeboten.) (SZ, 23.2.76).

In dieser Rede, in welcher die Lände Lateinamerikas gleichberechtigte Partner der USA genannt werden, versprach Kissinger, zukünftig mit Venezuela in Energiefragen (Atom- und Erdölwirtschaft) enger zusammenzuarbeiten, desgleichen erweiterte Kooperation auf dem Gebiet des Erziehungswesens. Kissinger warb weiterhin für „kollektive Sicherheitsanstrengungen" in der „westlichen Hemisphäre" (NZZ, 20.2.76).

Gleichzeitig warnte Kissinger davor, das neugegründete Wirtschaftssystem (Sistema Economico Lationo-Americano) „SELA" zu einer Konfrontation mit den Industrienationen zu benutzen „denn das könnte unsere Beziehungen sehr belasten und die Lösung anstehender Probleme unmöglich machen."

In Peru überraschte Kissinger den weniger Anti-US steuernden neuen Staatschef General Francisco Morales Bermudes mit der Erklärung, daß „die USA völlige Sympathie mit Perus Kampf zur Errichtung einer Sozialdemokratie" hätten (The Arizona Daily Star, 4.3.76). Bisher waren aus Washington nach den ersatzlosen Enteignungen nur Ablehnung und Drohungen zu hören; Und nach wie vor ist das berüchtigte Hickenlooper Amendment in Kraft, das den Staat (Washington) auf den Plan ruft, wenn private US-Interessen gefährdet sind (FR, 23.2.76). Kissinger fand dann auch zum alten Ton zurück, als er die peruanische Regierung „vor einem Verlust ihrer außenpolitischen Flexibilität durch Anschluß an die blockfreien Staaten" warnte (NZZ, 21.2.76).
Kolumbien: Hilflosigkeit demonstrierte Kissinger als er hier wie auf jeder Station seiner Reise heftige Drohungen gegen Cuba wegen dessen militärischem Engagement in Angola ausstieß. Die meisten Staaten Lateinamerikas haben sich jedoch längst mit Castro arrangiert; Und Kissinger trug das Seine dazu bei, daß Cuba ein bewundertes Vorbild auch bei konservativen Regierungen in Südamerika wird (FR, 23.2.76).

Der Kolumbianische Präsident Lopez Michelsen hat es so auch im Beisein von Kissinger abgelehnt, „die kubanische Intervention in Angola " zu verurteilen (NZZ, 26.2.76).

Mittelamerika: Das vorgesehene Treffen zwischen Kissinger und dem Präsidenten von sechs mittelamerikanischen Staaten (...) wurde annulliert, da die drei Staatschefs von Guatemala, Costa Rica und El Salvador ihre Teilnahme absagten. Kissinger traf sich daraufhin mit den sechs Außenministern (Le Monde, 19.2.76).

Brasilien: In Kissingers Doktrin von den „privilegierten Nationen" sollten die USA in jeder Weltregion nur *ein* zur Führungsrolle geeignetes Land mit besonderer Aufmerksamkeit bedenken. Für Lateinamerika spielt jetzt zweifellos Brasilien diese Rolle (SZ, 23.2.76).
Es zeigte sich in Brasilien, daß Kissinger auf reine Machtpolitik setzt, um Lateinamerika in seinem Sinne stabil zu halten.

Brasilien, das größte Land Lateinamerikas, mit seinen für die USA wichtigen Bodenschätzen wird von einer nach Washington orientierten Militärdiktatur regiert. Seine Wirtschaft ist am stärksten mit der US-Wirtschaft verflochten (FR, 23.2.76). Unter allen Umständen mußte Kissinger verhindern, daß Brasilien zu sehr in die Nähe der Position der Dritte-Welt-Staaten gerät (Le Monde, 22.2., 23.2.76).

Mit einem *Abkommen* zwischen Brasilien und den USA baute Kissinger daher Brasiliens Vormachtstellung in Lateinamerika aus, erklärte es zur „kommenden Weltmacht und wichtigsten Nation in Lateinamerika". In dem Abkommen ist festgehalten:
- Halbjährliche Beratungen zwischen beiden Ländern
- Konsultationen vor weltpolitischen Entscheidungen
- Verfahren für gerechten Handel und verstärkte Entwicklungshilfe

(FR,22.2.76).

Die USA hoffen so, sich einen stabilen Alliierten und Vertreter ihrer strategischen Interessen in Lateinamerika zu sichern (Newsweek, 1.3.76).
Die cubanische Presseagentur Prensa Latina bemerkt in diesem Zusammenhang, daß die USA aus Brasilien „den Polizisten des [lateinamerikanischen] Kontintents" machen wollen und daß Brasilien damit in Lateinamerika „die Rolle spielen soll, die im Vorderen Orient Israel und im südlichen Afrika Südafrika zugefallen ist".
(Le Monde, 2.3.76).

Erster Kongreß der Zentralamerikanischen und Karibik-Staaten; Elf Länder Lateinamerikas erheben Anklage gegen den Weiterbestand des Kolonialismus.

Der 1. Kongreß Zentralamerikas und der Länder der Karibik hat sich in seiner Schlußerklärung vom 8.2.76 für die Einrichtung einer Organisation der Lateinamerikanischen Staaten ausgesprochen (OELA) und die „Rückgabe aller Gebiete, die noch von Kolonial- und Neokolonialmächten besetzt sind" gefordert. (Panamakanal, Belize, Surinam, Guantanamo, Malouines).
Diese vorbereitende Versammlung zum 2. Kontinental-Kongreß der Lateinamerikanischen Einheit, der dieses Jahr in Panama oder Venezuela stattfinden wird, zeigte erfreuliche Fortschritte der Lateinamerikanischen Solidarität, die mit dazu beigetragen haben, daß die Blockade gegen Kuba aufgehoben wurde. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten . . . verurteilten „das faschistische Chile" und for-



„Fare Eastern Economic Review" (Hongkong)

„Kannst du mir erklären, Henry, warum unsere Politik unglaubwürdig sein soll?"

derten, daß die Staaten Lateinamerikas die Beziehungen zur „Chilenischen Diktatur" abbrechen.

Der Kongreß hat gleichzeitig die Politik der USA gegenüber Puerto-Rico verurteilt und beschlossen, die Unabhängigkeitsbewegung der Insel zu unterstützen und deren Forderungen vor die internationale Tribüne zu tragen. Der Kongreß hat schließlich seine Unterstützung „dem Volk und der Regierung Panamas im Kampf um die Wiedererlangung der Souveränität über die Kanalzone" ausgesprochen. (Le Monde 12.2.76)

CHILE

Uno-Dokument bestätigt: Folter ist in Chile eine Institution und integrierender Faktor des Herrschaftssystems
(Le Monde, 12.2.76)

Weltbank unterstützt die Militärjunta mit 33 Mio DM
(NZZ, 6.2.76)

Eine Arbeitsgruppe der Menschenrechts-Kommission der UNO legte am 10.2.76 einen detaillierten Bericht vor, der erneut bestätigt, daß in Chile Folter und Repression weiterhin in unvorstellbarem Ausmaß angewandt werden.
Selbst Kinder werden vor ihren Eltern gefoltert, um Aussagen zu erpressen. Die UNO-Arbeitsgruppe, die nicht nach Chile einreisen durfte, beruft sich auf Aussagen von 150 Zeugen und nennt namentlich 77 Hauptverantwortliche für die systematische Anwendung der Folter.
Neben einer ausführlichen Schilderung der perfektionierten Foltermethoden zeigt der UNO-Bericht, daß die Staatspolizei in Chile über uneingeschränkte Macht verfügt und der Geheimdienst selbst im Ausland lebende Exilchilenen verfolgt (Le Monde, 12.2.76).

Auch das unter Druck der Chilenischen Junta aufgelöste ökumenische Friedenskomitee (inzwischen durch das katholische „Solidaritätsvikariat" ersetzt) veröffentlichte im Februar 1976 eine Dokumentation zur Folter und Unterdrückung in Chile. Hiernach sind seit dem Putsch 1973 mehr als 130 000 Menschen verhaftet und 15- bis 20 000 getötet worden. Die genaue Zahl der Verschollenen ist nicht bekannt; das Internationale Rote Kreuz verfügt jedoch über eine Liste mit Namen von 18 000 Chilenen, die nach ihrer Verhaftung verschollen sind (FR, 11.2.76).

Scheindekret Pinochets als Alibi für ausländische Geldgeber

Am 28.1.1976 erließ Junta-Chef Pinochet ein Dekret über „den körperlichen Schutz für die im Rahmen des Belagerungszustandes inhaftierten Personen." Nach diesem Dekret sollen Gefangene vor und nach der Haft von Ärzten des Gesundheitsministeriums untersucht werden und die Verantwortlichen für „schlechte Behandlung" in der Haft vom Justizministerium belangt werden (NZZ, 31.1.76).

Dieses Dekret, mit dem Pinochet gleichzeitig zugibt, daß es bisher keinen Schutz vor Polizeiterror gab, wird, wie vorausgegangene Dekrete ähnlicher Art immer wieder gezeigt haben, keine Verminderung des Juntaterrors bringen. Es soll vermutlich nur ausländischen Geldgebern als Alibi zur finanziellen Unterstützung der Militärjunta dienen: Nach zweimaliger Verschiebung gewährte die Weltbank


Justice in Chile.

(deren Präsident der ehemalige US-Verteidigungsminister und Vietnam-Stratege Robert McNamara ist) Chile ein Darlehen von 33 Mio Dollar. Gegen die starken Proteste, die u.a. von Amnesty International gegen dieses Darlehen erhoben wurden, erklärten McNamara und der Exekutivrat der Weltbank, daß das „Entwicklungsinstitut" Weltbank Darlehen nicht auf der Basis politischer, sondern ausschließlich wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu treffen habe. (siehe Weltbank-Artikel in diesem Heft).
Die USA, die Chile nach einer Untersuchung der Library of Congress 1975 91 Mio Dollar Wirtschaftshilfe und 90 Mio Dollar Militärhilfe gaben, stimmten dem Kredit der Weltbank zu. (NZZ, 6.2.76).

Frage nach Chile-Krediten

Weltbankpräsdient McNamara muß vor dem Repräsentantenhaus begründen, warum er der chilenischen Militärjunta trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage einen Kredit von 33 Millionen Dollar bewilligt hat, während die Weltbank seinerzeit der Regierung Allende aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten jeden Kredit verweigerte. (ddp) 25.3.76

CUBA

Neue Verfassung angenommen

Nach monatelanger Diskussion wurde Mitte Dezember 1975 von den rund 3000 Delegierten des 1. Kongresses der Kommunistischen Partei in Havanna dem neuen Grundgesetz zugestimmt. Die endgültige Ratifizierung der Verfassung fand am 16.2.1976 bei einer Volksabstimmung statt. 97,7 Prozent der Cubaner haben für die Annahme gestimmt – der erste Wahl-Urnengang der Cubaner seit dem Sieg der Cubanischen Revolution. Die neue Verfassung verankert rechtlich die sozialistischen Gesellschaftsform Cubas sowie die Führung der Kommunistischen Partei in der Politik des Landes.

US-Präsident nennt Fidel Castro „internationalen Bandit"

In einer Rede vor US-Exilcubanern in Florida betitelte Gerald Ford am 28.2.76 Fidel Castro einen „internationalen Bandit". Als Begründung nannte Ford die Entsendung von cubanischen Truppen nach Angola (siehe Nachrichten und Kurzberichte zu Angola in blätter des iz3w Nr. 50 u. 51). Die Unterstützung Cubas galt der angolanischen Volksbewegung MPLA (FR, 29.2.76). Auf die Entsendung von US-Söldnern und von in Florida lebenden Exilcubanern zur Unterstützung der FNLA und der UNITA in Angola kam Gerald Ford freilich nicht zu sprechen. Ford warf Cuba eine „offene Aggression mit seiner militärischen Intervention in Angola" vor und betonte entrüstet daß die US-Regierung keine Beziehung mit einem so „aggressiven" Land wie Cuba unterhalten möchte.
Auf die schon seit Jahrzehnte anhaltenden Aggressionen der USA gegenüber Cuba – Invasionspläne sowie fehlgeschlagene Invasionsversuche und unzählige gescheiterte CIA-Pläne zur Ermordung Castros – kam Ford gleichfalls nicht zu sprechen. Ford warnte Castro feierlich-dramatisch vor allen eventuellen Interventionsversuchen in der „westlichen Hemisphäre". Um Castro daran zu hindern, würden die USA „geeignete Maßnahmen" ergreifen. In solidarischer Verbundenheit mit den USA erklärte die Bonner Regierung die Absicht, alle Länder von westdeutscher Hilfe auszuschließen, die sich in die „Geschäfte anderer Staaten" einmischen. (Das kann natürlich nur für Dritte Welt Länder gelten.) Minister Egon Bahr (Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) präzisierte in diesem Zusammenhang, daß von der BRD-Regierung damit vor allem Cuba gemeint sei. (Le Monde, 2.3.76).

jols/mr

CHILE: Hilfe aus der BRD gegen Staatsbankrott

Chile hat derzeit riesige Schulden gegenüber dem Ausland. Allein an Zinsen und Tilgungsbeiträgen muß Chile daher 1976 etwa 1,8 Mrd. DM aufbringen. Da die Wirtschaft des Landes jedoch nicht sehr leistungskräftig ist (z.B.: Arbeitslosenquote von 50 % in den Arbeitervierteln Santiagos (BZ, 31.1.76)), wird Chile diesen Verpflichtungen nicht nachkommen können. (Blick d.d.Wirtsch, 30.12.75).
In einer solchen Situation stehen einem Land zwei Wege offen: Erstens: Das Land erklärt den Bankrott. Das hat jedoch zur Folge, daß dies Land sowohl von internationalen Organisationen als auch von anderen Staaten keine weiteren Kredite mehr erhält. Zweitens: Das Land verhandelt mit den Gläubigern über günstigere Rückzahlungsbedingungen (Umschuldungsverhandlungen).

Es ist verständlich, daß die Militärjunta in Chile nicht den Bankrott des Landes erklären will, sondern versucht, mit Hilfe von Umschuldungsverhandlungen die katastrophale wirtschaftliche Situation des Landes zu überbrücken und damit auch die eigene Position zu festigen. Schwer verständlich ist es jedoch, wie die Bundesregierung die Junta hierbei untersüitzt.

Bei den letzten Umschuldungsverhandlungen im Oktober vergangenen Jahres kam die Bundesregierung der Junta entgegen. Chile verpflichtete sich, 30 % der aufgelaufenen Schulden gegenüber der BRD in Höhe von 65,3 Mio DM, die bis Ende 75 hätten bezahlt sein sollen, nun bis Ende 1977 zurückzuzahlen. Die restlichen 70 % sollen sogar erst ab 1.1.1978 in 13 Halbjahresraten abgetragen werden (FR, 16. 10.75).
Hierbei verblüfft nicht allein der Glaube an eine langlebige Junta-Regierung, sondern insbesondere die Bereitschaft der Bundesregierung, bei der Festigung dieser Terrorherrschaft mitzuhelfen. Der gestundete Kredit der BRD kommt einem neugewährten Kredit an Chile's Junta gleich!
Während also die BRD Regierung neben den USA und Frankreich, auf die zusammen 80 % der Schulden Chiles enfallen, die Umschuldungstradition fortsetzte (das erste Umschuldungsabkommen wurde im März 1974 für die Junta erfolgreich abgeschlossen), gewährten 1975 einige Länder des Pariser Clubs – darunter Großbritannien, Belgien, Holland, Italien und die skandinavischen Länder – dem Militärregime keine wirtschaftlichen Erleichterungen mehr. Dennoch erhielt die Junta günstigere Konditionen als die Volksfrontregierung Präsident Allendes 1972 (FR, 7.6.75). Die Beweggründe der Bundesregierung für ihre Schützenhilfe (im blutigsten Sinne des Wortes) liegen auf der Hand: Die BRD belegt nach den USA den zweiten Platz der ausländischen Kapitalmächte in Chile. Neben den Chemiegiganten Hoechst, BASF, Bayer und Merk investierten in Chile noch viele andere bundesdeutsche Unternehmen, darunter Bosch, Hoesch AG, Rosenthal etc. Ebenso sind die Dresdner Bank, die zu 98 % an der Deutsch-Südamerikanischen Bank beteiligt ist, und die Deutsche Bank in diesem Land engagiert.
Der Handel BRD – Chile erlebte in den letzten Jahren einen kräftigen Aufschwung: Von 1973-1974 erhöhten sich die Einfuhren aus Chile in die BRD um 65,4 %, die Ausfuhren nach Chile im selben Zeitraum um 41,8 %. (Chile-Nachrichten Nr. 32, 8.12.1975).

Die finanzielle Unterstützung der Junta kommt dem Chilenischen Volk nicht zu gute. Das beweist nicht nur die allgemeine Armut des Landes und der damit verbundene Hunger der Menschen (Jedes zweite Kind ist bereits unterernährt, jedes fünfte Kind wird durch den Hunger Gehirnschäden erleiden (Stern 4.12.1975); das beweisen vor allem die beträchtlichen Entschädigungssummen, die die Junta an die unter der Unidad Popular enteigneten Großkonzerne zahlte. Ende 1974 entschädigte die Junta allein die beiden US-Konzerne Anaconda und ITT mit 375 Mio US-Dollar (Chile-Nachrichten Nr. 24, 24.2.75). Das ausländische Geld brauchen die Militärs aber auch für ihre Waffenkäufe: Im Spetember 1975 kaufte die chilenische Junta in Thailand 4 000 Sturmgewehre vom Typ HK 33 der bundesdeutschen Firma Heckler & Koch, die in Thailand unter Lizenz hergestellt werden. (Chile-Nachrichten, Nr. 32, 8.12.75).

Da schmutzige Geschäfte gern unter Ausschluß der Öffentlichkeit getätigt werden, bleibt abzuwarten, ob es 1976 ein drittes Mal zu Umschuldungsverhandlungen zwischen der BRD und Chile kommen wird.

Andere Möglichkeiten zur Unterstützung der Junta bieten sich der Bundesregierung durch die Beteiligung der BRD an internationalen Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF).
Die Hauptaufgabe des IWF besteht darin, zahlungsbilanzschwachen Entwicklungsländern internationale Kredite zu gewähren. Diese Kredite werden allerdings nicht ohne weiteres vergeben. Der Weltwährungsfond verlangt von einem Land zum Nachweis von dessen Kreditwürdigkeit die Durchsetzung eines wirtschaftlichen Programms, das folgende wesentliche Elemente enthalten muß:
a) die Reduzierung der Staatsausgaben und der überlaufenden Geldmenge,
b) die Beseitigung aller Devisenkontrollen und Abwertung der Währung gegenüber dem US-Dollar,
c) die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen sowie Steuervergünstigungen für letztere und
d) die Garantie für freie Ausfuhr von Profiten.

Chile erhielt 1974 vom IWF einen Beistandskredit von 79 Mio. US-Dollar, der das Wirtschaftsprogramm der chilenischen Regierung unterstützen sollte (NZZ 4.2.74). Es folgten ein 20 Mio US-Dollarkredit der Weltbank, ein 21 Mio DM-Kredit der Bundesregierung, sowie ein nochmaliger Beistandskredit des IWF von 95 Mio US-Dollar. (Chile-Nachrichten Nr. 32, 8.12.1975).

Wie abhängig Chile von den internationalen Finanzorganisationen bereits ist, beweist die Tatsache, daß 1976 von der 730 Mio US-Dollar-Auslandsschuld Chiles 500 Mio US-Dollar allein an diese internationalen Geldinstitute zurückgezahlt werden muß. Nur über die restlichen Schulden (180 Mio US-Dollar) hätte Chile mit den Ländern im Pariser Club verhandeln müssen (Chile-Nachrichten Nr. 34, 20.2. 76).

Wir müssen von der Bundesregierung in Bonn eine eindeutige Erklärung fordern, daß sie
a) in keine bilateralen Umschuldungsverhandlungen mit der Junta eintreten wird, und
b) daß sie in allen internationalen Finanzgremien mit einem entschiedenen NEIN gegen weitere Kredite an die Militärjunta stimmt.

Jedes andere Verhalten würde gegen die Beschlüsse des SPD-Parteitages in Mannheim verstoßen, auf dem gesagt wurde: „Nichts darf geschehen, was als politische , wirtschaftliche, militärische oder moralische Unterstützung oder Billigung des Militärregimes verstanden werden kann."

bsm

Produktionsverlagerung

Vorbemerkung der Redaktion zu den folgenden zwei Artikeln

In Heft Nr. 50 haben wir zwei Beiträge über multinationale Konzerne gebracht: eine allgemeine Betrachtung und einen Beispielfall (Siemens in Argentinien).
In diesem Heft nun werden zwei Aspekte der Weltmarktbeziehungen erörtert, die ebenfalls unmittelbar im Zusammenhang mit den multinationalen Konzernen stehen.
Der Artikel von Plaschke behandelt die „Internationalen Zulieferungen" (International Subcontractin"): industrielle Erzeugnisse, deren Absatzmarkt in den Industrieländern liegt, werden in einzelnen Produktionsstufen in der Dritten Welt hergestellt. „Internationale Zulieferung" hat die Ausnutzung der Lohnunterschiede zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zum Ziel und beinhaltet folglich vor allem arbeitsintensive Bereiche. „Internationale Zulieferung" wird insbesondere von den multinationalen Konzernen betrieben (über eigene Tochtergesellschaften oder über Vertragsfirmen). Der Autor untersucht die Frage, welche Entwicklungschancen in dieser, heute immer stärker verbreiteten Art der exportorientierten Industrialisierung der Dritten Welt liegen.

Während Plaschke also einen speziellen Gesichtspunkt des internationalen Kapitalverkehrs aus der Sicht der Dritten Welt behandelt, erörtert Breidenstein die Produktionsverlagerungen im allgemeinen und zwar in erster Linie unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in den Industrieländern, besonders in der BRD. Breidenstein sieht für einzelne Branchen die Gefahr struktureller Arbeitslosigkeit in der Folge von Produktionsverlagerungen; er kommt zu der Ansicht, daß die Länder der Dritten Welt zwar einige Industrialisierungseffekte aus den Produktionsverlagerungen erzielen, daß aber ihre katastrophale Arbeitsmarktsituation nicht positiv beeinflußt wird.

Wir meinen, daß diese zwei Aufsätze – zusammen mit den zwei Beiträgen über multinationale Konzerne in Heft Nr. 50 – gute Einblicke in die heutigen internationalen Kapitalverkehrsbeziehungen und damit vor allem in die Politik der multinationalen Konzerne vermitteln können.

Internationale Zulieferung – Das Geschäft mit den billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt

Von Henrik Plaschke, Kopenhagen
Übersetzung aus dem Englischen: iz3w

In den letzten Jahren ist in mehreren Entwicklungsländern (EL), vor allem in Ostasien, der Warenexport in die Industrieländer (IL) sprunghaft angewachsen. Die Industrialisierung hat in großem Maße die Form einer „zuliefernden Industrialisierung" (im Englischen spricht man von „International Subcontracting") angenommen, indem Firmen in den EL – sowohl nationale als auch ausländische – als Zulieferer verschiedener Bauteile für Firmen der Industrieländer fungieren.

Das Ziel dieses Artikels ist es, *erstens* diese spezifische Form der Industrialisierung als Ergebnis der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung zu beschreiben, *zweitens* die Ursachen der zuliefernden Industrialisierung aus der Sicht der IL, d.h. ihren Bedarf an billiger Arbeitskraft zu diskutieren und *drittens* die zuliefernde Industrialisierung als mögliche Strategie der Industrialisierung der EL einzuschätzen.

I. Die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung

Der klassische Kolonialismus beruhte auf einer internationalen Arbeitsteilung, in der die westlichen Industriemächte vor allem Fertigwaren herstellten, während die Kolonien gezwungen waren, Rohstoffe zu produzieren und zu exportieren. Für diese Spezialisierung auf Rohstoffe waren sogenannte Monokulturen charakteristisch, wobei sich jedes Land auf einige wenige Produkte spezialisierte; typische Beispiele für Produkte solcher Monokulturen sind die zentralamerikanischen Bananen (Bananenrepubliken), brasilianischer Kaffee, bolivianisches Zinn, chilenisches Kupfer, senegalesische Erdnüsse, ceylonesischer Tee, indonesisches Gummi und so weiter.

Eine Folge des Kolonialismus war, daß jede Form industrieller Entwicklung in den Kolonien verhindert wurde, und daß die in vielen Kolonien vorhandene vorkoloniale Industrie von den Kolonialmächten zugunsten ihrer eigenen Produktion zerstört wurde (das klassische Beispiel hierfür ist die indische Textilproduktion, die durch die sich rapide ausweitende britische Textilindustrie im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert verdrängt wurde.)

So entstand eine ökonomische Struktur, deren Charakteristikum die Bildung von Exportenklaven war, die keine Beziehungen zur übrigen Volkswirtschaft hatten, deren Wachstum und Entwicklung blockiert blieb. Oberflächlich war der Rest der Wirtschaft „traditionell" und unterentwickelt, in Wirklichkeit jedoch fand ein Prozeß der Unterentwicklung statt, wobei die übrigen Wirtschaftsbereiche in ein Reservoir billiger Arbeitskraft verwandelt wurden.

Am Anfang dieses Jahrhunderts begann eine gewisse Industrialisierung in einigen der größeren lateinamerikanischen Staaten, besonders in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexico. Sie stützte sich vor allem auf den Bedarf an Konsumwaren der lokalen Oberschicht und bildete den Beginn der sogenannten „Importsubstitutionsphase" (Importsubstitution: bisherige Importe werden durch Produktion im Inland ersetzt), die während der Depression der 30er Jahre eine große Bedeutung gewann. Lateinamerika war zu dieser Zeit von den IL relativ isoliert und eben *wegen* der Isolation konnte die Basis zu einer gewissen Industrialisierung gelegt werden. Da sie sich in einem hohen Ausmaß auf lokale Ressourcen und Technologie stützte, war sie relativ arbeitsintensiv.

Mit dem 2. Weltkrieg nahm 1945 auch die Periode der Isolation ein Ende und ausländisches Kapital übernahm bald den Hauptanteil der Importsubstitution; dies hatte den Übergang zu einer kapitalintensiveren Technologie zur Folge, die sich im Sinken des Arbeitskräftebedarfs bemerkbar machte.

Tatsächlich sollte man nicht von *Substitution* des Importes sprechen, sondern von Veränderung des Imports; was nämlich in Wirklichkeit stattfand, war der relative Rückgang des Imports an Konsumwaren zugunsten des Imports von Produktionsmitteln zur lokalen Produktion von Konsumwaren.

Eine eigentliche Industrialisierung auf der Basis von Importsubstitution, jedoch mit gleichzeitiger Schaffung einer *integrierten* lokalen Industrie, fand aber nicht statt; darüber hinaus war das Ausmaß der kontinuierlichen Importsubstitution durch die Größe des internen Marktes sehr begrenzt, der wegen der sehr ungleichen Einkommensverteilung sehr klein war.[1]

Die Importsubstitutionspolitik wurde zwar in einigen lateinamerikanischen Ländern zuerst eingeführt, ähnliche Strategien wurden jedoch später auch in anderen Ländern angewandt. Z.B. wurde in Südkorea und Taiwan nach dem 2. Weltkrieg die Importsubstitution eingeführt. Ihre Möglichkeiten waren jedoch in den späten 50er Jahren erschöpft, da der Markt für Konsumgüter in diesen Ländern klein war.[2] Somit konnte sich ein stetiges industrielles Wachstum nicht mehr auf den Binnenmarkt stützen. Es wurde daher notwendig, zur Sicherung des industriellen Wachstums auswärtige Märkte hinzuzuziehen.

II. Die Exportindustrialisierung der EL

Die meisten EL exportierten weiterhin vor allem Rohstoffe, jedoch ist in einigen von ihnen wie Brasilien, Mexico, Iran, Indien, Singapore, Hong Kong, Südkorea, Taiwan und anderen ein beträchtlicher Export an Manufakturwaren aufgebaut worden. Der Markt für diese Exportwaren findet sich vor allem in den IL; aus Brasilien, Iran und Indien werden jedoch gewisse Fertigprodukte auch in die Nachbarländer exportiert, die umgekehrt Grundnahrungsmittel exportieren. Die „Mittelstellung" solcher Länder, mit deren vermittelnder Rolle oft eine Form von politischer Dominanz verbunden ist, veranlaßte Autoren wie Marini von Subimperialismus zu reden.[3]

Dieser Export besteht vor allem aus verschiedenen arbeitsintensiven Produkten, deren Herstellung in den IL heute des hohen Lohnniveaus wegen „unökonomisch" geworden ist.[4]
Die besondere Form der Exportindustrialisierung, die wir in diesem Artikel behandeln werden, ist die der sogenannten zuliefernden Industrien, die diverse Halbfertigwaren und Bestandteile von Fertigwaren liefern, wobei der Markt normalerweise in den IL liegt.

„Zuliefern"[5] (ZL) definiere ich als jede Art von Austausch fertiger Waren zwischen zwei Firmen, bei dem die Lieferung im voraus in Form einer vertraglichen Verpflichtung o.Ä. vereinbart wird. ZL kann sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene stattfinden (in diesem Artikel geht es jedoch nur um internationales ZL), sowie zwischen unabhängigen Firmen oder zwischen einer Mutter- und einer Tochtergesellschaft. Prinzipiell unterscheidet sich das ZL vom gewöhnlichen Warenaustausch darin, daß der Verkäufer keine Absatzschwierigkeiten hat (der Absatz der Waren ist schon vor Beginn der Produktion durch Vertrag gesichert).

III. Die Mechanismen der internationalen Zulieferungen

In den letzten zehn Jahren ist das Ausmaß internationaler Zulieferungen rapide angewachsen, insbesondere aus 4 ostasiatischen Ländern, Hong Kong, Taiwan, Südkorea und Singapore, und außerdem – vor allem an die USA – aus Mexico und den Karibischen Inseln. Gewisse europäische Randländer und nordafrikanische Staaten, besonders Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei, Irland, Osteuropa, (vor allem Jugoslavien, Polen und Ungarn), Tunesien und Marokko sind ebenfalls Zulieferer für westeuropäische Firmen.[6] Gemeinsam haben diese Länder unter anderem das niedrige Lohnniveau, die relative Nähe zu IL und (vermutlich) die politische Stabilität; wir werden diese drei Punkte behandeln; zuvor aber werden wir versuchen, einen Überblick über das gegenwärtige Ausmaß internationaler ZL zu geben.

Das gegenwärtige Ausmaß internationaler ZL:

Wie zuvor erwähnt, werden vor allem die Teile verschiedener Waren zugeliefert, deren Herstellung arbeitsintensiv ist. Dies kann das bloße Montieren von Bauteilen oder aber eine eigentliche Produktion von Halbfertigwaren beinhalten. Halleiner[7] hat folgenden Überblick über Waren geboten, bei denen ZL eine Rolle spielt: „Halbleiter, Röhren, Verstärker und andere Komponenten werden für eine große Anzahl japanischer und amerikanischer Elektrofirmen in Hong Kong, Singapore, Südkorea, Taiwan und Mexico hergestellt und zusammengebaut. (Die elektronische Industrie spielt in diesem Bereich bei weitem die wichtigste Rolle.) Kleidung, Handschuhe, Ledekoffer und Lederbälle werden in Westindien, Südostasien und Mexiko für amerikanische und japanische Firmen genäht (bei den Bällen werden die Lederhüllen, Baumwollgarn, Faden, Klebemittel und Füllung aus den USA importiert). Automobilteile werden für britische, amerikanische und japanische Firmen in vielen Ländern hergestellt, wie z.B. Radioantennen in Taiwan, Kolbenringe und Zylinderbeläge in Südkorea und Taiwan, Autolampen in Mexico, Bremsausstattung in Indien, Batterien und Federn in Thailand. Nach Südostasien und Westindien werden Daten eingeflogen, um sie von niedrig bezahlten Lochern auf Band lochen zu lassen; danach werden die Magnetbänder zurückgeflogen. Schweizer Uhrmacher schicken Juwelen nach Mauritius zum Präzisionsbohren. Die US-Armee schickt lose Munition nach Mexiko, um sie von lokalen Arbeitskräften in Magazine einfüllen zu lassen.
Unter den übrigen Industrien, die schon in diesen Aktivitäten in noch wenig entwickelten Ländern engagiert sind, gibt es Hersteller elektrischer Geräte (einschließlich Fernsehgeräte, Radios, Nähmaschinen, Rechengeräte und anderer Bürogeräte), elektrische Maschinen, Elektrowerkzeuge, Motor- und Fahrradteile, Schreibmaschinen, Kameras, optische Geräte, Uhren, Messingventile, Flugzeugteile, Telekommunikationsausstattung, Chemikalien, synthetische Stoffe und Musikinstrumente."
Es ist ziemlich schwierig, statistische Angaben über das Ausmaß von ZL zu bekommen, jedoch gibt es gewisse Indikatoren. In den USA ist ein wichtiger Indikator die Einfuhr zollpflichtiger Waren im Bereich der Zolltarifnummern 806.30 und 807.00.
Für die unter diesen Zolltarifnummern in die USA eingeführten Waren(gruppen) ist nur der im Ausland hinzufügte Wert zollpflichtig (also nicht der Gesamtwert der importierten Waren, wie das ansonsten üblich ist.)[8]
US-Importe solcher Waren sind zwischen 1966 und 1972 von 953 Mill. US-Dollar auf 3.407 Mill. US-Dollar angestiegen. Aus diesen Werten folgert Sharpston, daß die Zulieferungen der USA aus EL 1972 17 mal so groß waren wie 1966, was einer jährlichen Zuwachsrate von 60 % über sechs Jahre entspricht.[9]

Spezielle Zollbestimmungen für ZL gibt es in den europäischen Ländern nicht, so daß es wesentlich schwieriger ist.

über europäische ZL statistische Information zu erhalten. Es ist jedoch offensichtlich, daß ZL in Europa zwar nicht so üblich wie in den USA ist, sich jedoch rasch entwickelt. Im Augenblick sind vor allem Westdeutschland und Schweden in diesem Gebiet aktiv, während z.B. britische Investitionen in EL meistens nicht auf Wiederausfuhr nach Großbritannien abzielen. In Skandinavien fungieren eine Anzahl dänischer, norwegischer und vor allem finnischer Firmen als ZL an schwedische Firmen.[10]

Ein anderer wichtiger Indikator für das Ausmaß an ZL ist die Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren aus bestimmten EL, da ein beträchtlicher Teil davon aus ZL besteht. Bei Hong Kong, Taiwan, Südkorea, Singapore und Mexico entfiel das gesamte Exportwachstum zwischen 1962 und 1971 auf das Wachstum im Export von Halb- und Fertigwaren.[11] Vom gesamten Export von Halb- und Fertigwaren aus den EL in die IL entfielen 1971 fast 30 % auf diese Länder (wobei Taiwan sogar nicht einberechnet ist).[12]

Ursachen des ZL

Wie oben erwähnt, halte ich die Ausbeutung reichlicher und billiger Arbeitskraft in den EL für die wichtigste Ursache des „Exports von Industrien" in EL mit dem Ziel der Wiederausfuhr von Waren. Bei der Wahl, welche Produkte und Länder sich für ZL eignen, spielen aber (neben dem Lohnunterschied) noch andere Faktoren, wie z.B. Transportkosten und politische Lage, eine Rolle. Diese drei Punkte werden wir jetzt behandeln und zunächst die Frage der Arbeitskräfte und Löhne untersuchen.

Arbeitskraft und Lohnunterschiede

Die Kostenersparnis, die durch ZL aus den EL erzielt werden kann, beruht vor allem auf der Tatsache, daß eine Arbeitskraft, die in den EL mit der gleichen Produktivität wie in Westeuropa oder den USA arbeitet, mit einem weitaus niedrigeren Lohn als in diesen Ländern bezahlt werden kann. Die für ZL geeigneten Industrien sind also arbeitsintensive Industrien, die Waren mit ungelernten oder angelernten Arbeitskräften mit etwa der gleichen Produktivität wie in Westeuropa oder den USA produzieren. Die Arbeit wird meistens mit den gleichen Maschinen wie in den IL ausgeführt, die Arbeitskräfte sind unter Umständen „disziplinierter" (höhere Arbeitsintensivität, seltenere Abwesenheit wegen Krankheit usw.) als Arbeitskräfte in den IL, so daß die Produktivität sogar höher als in den IL sein kann. Und die westlichen Firmen sind meist mit den dortigen Arbeitskräften sehr zufrieden.[13]

Trotz der vergleichbaren Produktivität in den EL und IL gibt es ungeheure Unterschiede in der Höhe der Löhne, oft sogar im Verhältnis 1 : 15 oder 1 : 25 je nach Land und Branche; folgende Tabelle gibt die durchschnittlichen Stundenlöhne von Arbeitern in der Industrieproduktion in verschiedenen Ländern an (1972):[14]

Land	US-Dollar pro Stunde
USA	2,50
Puerto Rico	2,00
Japan	0,90
Dominican. Republik	0,60
Mexico (Küstengebiet)	0,51
Mexico (Landesinnere)	0,37
Hong Kong	0,40
Singapur	0,35
Südkorea	0,31
Columbien	0,30
Taiwan	0,16
Indonesien	0,10

In einigen dieser Länder mit niedrigem Lohnniveau ist zwar auch das Preisniveau niedriger als in den USA und in Westeuropa, die Lohnunterschiede sind jedoch so groß, daß auch die realen Lohnunterschiede sehr groß sind. Wir müssen daher folgern, daß die Nutzung billiger Arbeitskräfte der EL den betroffenen Firmen eine beträchtliche Kostenreduzierung einbrigt.
Ein weiteres charakteristisches Merkmal der Arbeitskraft der EL ist ihr Ausbildungsniveau: die Arbeitskräfte sind größtenteils ungelernt, während gelernte Kräfte recht selten sind. Die ZL-Industrialisierung ändert diese Verhältnisse kaum, da ZL-Firmen vor allem ungelernte Arbeitskräfte brauchen, die in kurzer Zeit (1-2 Monaten) angelernt werden können; eine eigentliche Ausbildung lokaler Arbeitskräfte findet meistens nicht statt.



ROLLEI-WERK IN SINGAPUR

Transportkosten

Eine weitere wichtige Frage in Bezug auf internationales ZL sind die Transportkosten, da diese die Vorteile der billigen Arbeitskräfte vermindern. Jedoch zeigt sich die Bedeutung der Transportkosten im Wesentlichen bei der Auswahl der Waren, die sich für ZL eignen (Abhängigkeit von Gewicht und Volumen im Verhältnis zum Wert) und in der Auswahl der für ZL geeigneten Länder.
Wenn man nur die Transportkosten berücksichtigt, ist es offensichtlich, daß je höher der Wert einer Ware pro Einheit (Volumen oder Gewicht) ist, desto geeigneter ist es für ZL; wenn wir diese Tatsache mit den oben genannten Forderungen an ZL-Industrien (arbeitsintensive und nicht zu komplizierte Technologie) vergleichen, läßt sich ein Eindruck für ZL geeigneter Waren/Industrien gewinnen.
Ein gutes Beispiel sind, wie schon erwähnt, elektronische Bauteile; diese werden in USA oder Westeuropa in Flugzeuge verladen, nach Ostasien geflogen, montiert und schließlich zur Weiterverarbeitung oder zum Verbrauch nach den USA oder Westeuropa zurückgeflogen. Jedes dieser kleinen Bauteile hat einen recht hohen Wert, so daß die Transportkosten pro Einheit relativ gering sind und es noch lohnend ist, die billige Arbeitskraft auszunutzen.

Da mit wachsender Entfernung die Transportkosten steigen, spielt dieses eine Rolle bei der Wahl der ZL-Länder. Bei sonst gleichen Bedingungen werden natürlich näherliegende Länder bevorzugt. Daß Mexico trotz seiner relativ hohen Löhne (s. Tabelle) anstelle Ostasiens von amerikanischen Firmen so oft bevorzugt wird, liegt an den niedrigeren Transportkosten. Entsprechend gebrauchen japanische Firmen Südasien als ZL-Gebiet, und westeuropäische Fir-

men gebrauchen südeuropäische und nordafrikanische Länder mit niedrigem Lohnniveau ihrer Nähe wegen. Jedoch sollte die Bedeutung der Transportkosten bei der Auswahl der Länder nicht überschätzt werden, da der Kostenanstieg durch den längeren Transportweg oft gering ist im Verhältnis zu den übrigen Kosten.

Politische Bedingungen

Die politischen Zustände in verschiedenen Ländern sind von entscheidender Bedeutung bei der Auswahl der ZL-Länder. Potentielle „Kandidaten" müssen „stabile" politische Bedingungen haben und müssen eine Politik betreiben, welche die Privatwirtschaft begünstigt. Praktisch bedeutet dies, daß Länder mit stabilen rechtsgerichteten Regierungen als ZL-Länder bevorzugt werden, da diese zumeist eine solche Politik betreiben.
In diesem Abschnitt sollen einige Aspekte der Politik behandelt werden, welche die Privatwirtschaft begünstigt. Eine solche Politik kann beinhalten: besondere Vergünstigungen für exportorientierte Industrien, besondere Vergünstigungen für ausländisches Kapital, das in exportorientierter Produktion angelegt wird, repressive Taktiken gegenüber Gewerkschaften usw.; eine besondere Verbindung der ersten beiden Punkte findet sich in den sogenannten „Exportfördernden Zonen" (EPZ), die in mehreren ostasiatischen Ländern geschaffen worden sind, unter anderem in Südkorea, den Philippinen, Taiwan, Malaysia. Darüber hinaus entstehen solche Zonen in Cypern, Haiti, Indonesien, Panama, Senegal, Sri Lanka, Thailand, Trinidad-Tobago und anderen Ländern.[15] Auch das mexikanische „Industrie-Grenz-Programm" ist ein Beispiel einer EPZ, die vor allem amerikanisches Kapital anlocken soll. Die EPZs werden meistens für ausländisches Kapital eingerichtet, welches durch materielle Vorteile angelockt werden soll, wie etwa durch leichten Zugang zu Wasser, Elektrizität, Energie usw.. Bereitstellung billiger standardisierter Fabrikationsgebäude, leichten Zugang zu Transportmöglichkeiten (Nähe zum Flughafen und/oder Hafen) usw., sowie auch durch finanzielle Vorteile wie Befreiung von Importzöllen auf Waren, die für Exportindustrien bestimmt sind, Steuerbefreiungen, kostenlose Überweisung der durch Export verdienten Profite, Aufhebung der Kontrolle über Warenein- und Ausfuhr und Devisen, keine bürokratischen Behinderungen usw.

Bisher ist der Beitrag der EPZs zur ZL-Industrialisierung recht gering gewesen. Jedoch werden mit der Weiterentwicklung des ZL die EPZs wahrscheinlich an Bedeutung gewinnen. Das scheint auch die Hoffnung vieler EL zu sein, wie aus der großen Anzahl der Länder, die EPZs planen ersichtlich ist. Der Erfolg wird für diese Länder wahrscheinlich nicht allzu groß sein, da eine harte internationale Konkurrenz besteht; z.B. wird ein Land wie Senegal mit einem relativ hohen Lohn- und Preisniveau nur schwer ausländisches Kapital anziehen können, da andere Länder weitaus attraktiver sein werden.

Ein weiteres wichtiges Element der Wirtschaftspolitik in Bezug auf Warenausfuhr sind verschiedene Formen der Exportunterstützung, wie z.B. direkte Hilfen, um die Exportpreise zu reduzieren,[17] Exportkredite, günstige Besteuerung und Zölle und andere Sonderbedingungen für exportorientierte Aktivitäten. Solche exportfördernden Abmachungen werden in mehreren ostasiatischen Ländern zum Vorteil sowohl des ausländischen als auch des nationalen Kapitals eingesetzt.

Ein gutes Beispiel exportfördernder Aktivität findet sich in Südkorea[18] in den „Befreiungen von Zöllen auf importiertes Material und Kapital, das in der Produktion von Exportwaren gebraucht wird; Befreiung von der Besteuerung wirtschaftlicher Aktivitäten und Waren; Ermäßigung der Einkommenssteuer auf Profite aus Exporten um 50 %; Kredite für den Einkauf von Rohstoffen und Produktionsanlagen für Exporte zu Sonderkonditionen; ein Verbindungssystem von Exporten und Importen, wodurch Exporteure einfuhrbeschränkte Waren zum eigenen Gebrauch oder zum Wiederkauf einführen dürfen; Subventionen beim Kauf von Rohwaren, die zum Gebrauch in der Exportgüterproduktion importiert werden und vergünstigte Elektrizitäts- und Transportpreise. Ebenfalls von Bedeutung ist die Unterstützung von Exporten durch die Regierung mittels KOTRA, einer offiziellen Handelsorganisation und durch Koreanische Botschaften. Schließlich sollte noch der inoffizielle Druck erwähnt werden, den der Präsident auf Firmenleiter ausübt, damit diese die Exporte ausweiten."

Diese Abmachungen haben die Rentabilität der Exportaktivitäten erheblich gesteigert und sind beim raschen Wachstum der Exporte ein wichtiger Faktor gewesen. Allerdings ist diese Methode, ausländische Industrien anzuziehen, eine sehr kostpielige Art der Industrialisierung bei all den direkten und indirekten öffentlichen Subventionen (die auch anders hätten verwendet werden können), die schließlich doch von der Bevölkerung des Landes aufgebracht werden müssen.

Ein dritter weiterer Aspekt der Bedeutung politischer Bedingungen für die Möglichkeit einer ZL-Industrialisierung hängt mit der Arbeiterpolitik zusammen; insbesondere die Politik gegenüber Gewerkschaften, Löhnen, Arbeitszeiten usw. sind für die Rentabilität der ZL von Bedeutung. Ein Land, welches sich scheinbar einen guten Ruf als „solides" ZL-Land mit Hilfe einer kapitalfreundlichen Politik aufgebaut hat, ist die englische Kolonie Hong Kong, die darin leider nicht untypisch zu sein scheint.[19] Es gibt keine politischen Parteien und die Aktivitäten der Gewerkschaften sind sehr beschränkt: sie dürfen keine politischen Fonds gründen, sie dürfen sich keiner internationalen Organisation (oder Gewerkschaften anderer Länder) anschließen. Und nur die regelmäßig Vollbeschäftigten (das sind weniger als 60 % der arbeitenden Bevölkerung) dürfen einer Gewerkschaft angehören. Weniger als ein Drittel der I.L.O. (Internationale Arbeits-Organisation der UNO) Abmachungen, die von England ratifiziert wurden, sind in Hong Kong in Kraft, so daß es keinen Minimallohn, keinen bezahlten Schwangerschaftsurlaub, kein Krankengeld, keine kostenlose Krankenversorgung für alle, keine Arbeitslosenversicherungs, keine Pension, keine Versicherungsvorsorge für Witwen mit kleinen Kindern, und keine Arbeitszeitbegrenzung gibt (1971 arbeiteten ca. 175.000 Arbeiter mindestens 75 Stunden in der Woche; daneben arbeiteten 36.000 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren legal und wahrscheinlich darüber hinaus viele illegal).

Weiterhin besteht ein regressives Steuersystem: die prozentuale Steuerbelastung wird mit steigendem Einkommen niedriger. Daher darf es nicht verwundern, daß zwischen 1960 und 1967 die Warenproduktion um 275 %, die Produktivität der Arbeitskraft um 207 %, die Reallöhne aber nur um 71,5 Prozent anstiegen. Der Anteil der Arbeiter am Volkseinkommen sank also, während die Profitrate von 20 % auf 35 % anstieg. Die Arbeitsbedingungen sind, mit anderen Worten, für ausländisches Kapital günstig; aber sie sind es auf Kosten der Bevölkerung.

Das Beispiel Hong Kong ist nicht vereinzelt: ähnliche Zustände finden sich in den meisten übrigen ZL-Ländern (und nicht nur dort). Einer auf billiger Arbeitskraft beruhenden exportorientierten Industrialisierung entspricht notwendigerweise eine repressive Politik gegenüber der Arbeiterklasse.

IV. ZL-Industrialisierung als Entwicklungsstrategie?

In den meisten bisherigen Publikationen wurde ZL als recht positiv betrachtet, da es angeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der EL beiträgt sowie zur Bildung einer rationaleren internationalen Arbeitsteilung, in der sich die einzelnen Länder auf die Produktion derjenigen Waren spezialisieren, für die sie die günstigsten Bedingungen aufweisen (die aus der reinen Theorie des internationalen Handels bekannte Theorie der komparativen Kostenvorteile).

ZL wird auch von internationalen Organisationen wie IBRD (die Weltbank), UNCTAD und anderen UN-Organisationen unterstützt, und der Präsident der IBRD McNamara spricht von dem „bemerkenswerten Fortschritt" Südkoreas und Taiwans.[20]

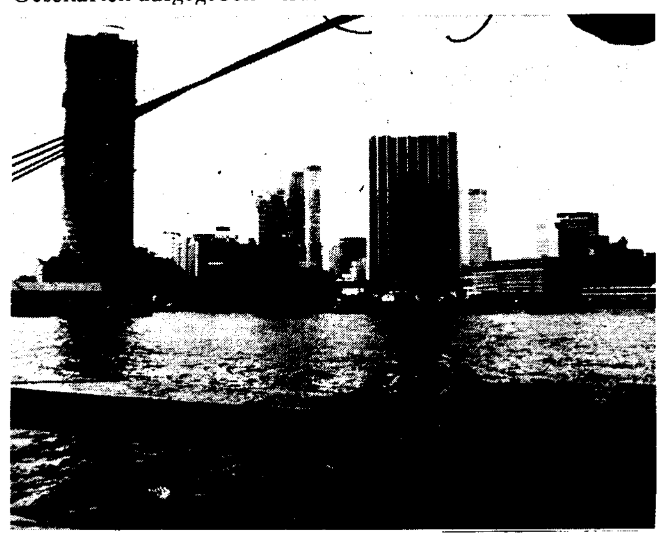
Um Entwicklungsstrategien zu behandeln, muß zunächst präziser aufgezeigt werden, was wir genau unter Entwicklung verstehen; ich werde diese Frage hier jedoch nicht ausführlich diskutieren, sondern mich auf einige wesentliche Punkte beschränken, die für die folgende Diskussion notwendig sind.[21] Wir unterscheiden zwischen den sogenannten „autozentrischen Wirtschaften" (IL) und den „extern orientierten Wirtschaften" (EL). Erstere sind gekennzeichnet durch die Dominanz zweier sich wechselseitig bedingender Sektoren, nämlich der Produktion von Massenkonsumgütern einerseits und von Produktionsmitteln andererseits, wobei der Markt vor allem innerhalb des Wirtschaftssystems liegt; letzere sind durch die Existenz eines Exportsektors und eines Sektors für Luxusgüter charakterisiert, wobei der Markt im Ausland (in den IL) und bei der lokalen Bourgeoisie liegt. Die für die autozentrische Wirtschaft charakteristische gegenseitige Ergänzung fehlt in den extern orientierten Wirtschaften; es bestehen keine Zwischenbeziehungen zwischen den einzelnen Sektoren der Wirtschaft. In Bezug auf den Arbeitsmarkt ist die extern orientierte Wirtschaft durch die Unfähigkeit gekennzeichnet, einen großen Teil der Bevölkerung zu beschäftigen; diese sind „an den Rand geschobene" Massen – ein Reservoir an billiger Arbeitskraft.

Der eigentliche Entwicklungsprozeß besteht im Übergang von einer extern orientierten zur autozentrischen Wirtschaft – der Formation eines Sektors für Massenkonsumgüter und eines Sektors für Produktionsmittel, dessen Dynamik auf der nationalen Wirtschaft (den „Massen") und nicht auf Exporten in die IL beruht.

Eine Diskussion der ZL-Industrialisierung muß auf die hier skizzierte Entwicklungskonzeption Bezug nehmen: Kann ZL zur Entwicklung einer autozentrischen Wirtschaft beitragen, oder wird es eher die EL als extern orientierte und von den IL abhängige Wirtschaften aufrechterhalten? Hat ZL-Industrialisierung irgendwelche Entwicklungsschritte in den EL zur Folge, oder handelt es sich nur um eine neue Form von Industrieenklaven, die zur einheimischen Wirtschaft keinerlei Beziehung haben und die nur mit den IL in Beziehung stehen?

Wie oben erwähnt, ist die ZL-Industrialisierung eng mit den Märkten der IL verknüpft; erstens müssen sowohl Rohstoffe und Zwischenprodukte als auch die Produktionsmittel importiert werden, und zweitens werden die Endprodukte exportiert. Diese bestehen oft nur aus einem „Bündel" importierter Zufuhren, die ohne Beteiligung lokaler Zufuhren zusammengesetzt werden. Die enge Verbindung zu den Märkten der IL hat den Nachteil, daß sehr wenige lokale Verbindungen entstehen (Exportenklaven); damit ist eine externe Abhängigkeit verbunden.

Ich habe bereits die Entstehung extern orientierter Enklaven-Wirtschaften ohne Verbindungseffekte auf die übrige Wirtschaft beschrieben und werde diesen Punkt hier nicht näher ausführen. Es ist leicht festzustellen, daß ZL-Industrialisierung dieses Muster in keiner Weise durchbricht, da ihre Dynamik ausschließlich von externen Faktoren abhängt, während eine integrierte Wirtschaft nicht entsteht. Das Wachstum im ZL-Bereich überträgt sich nicht auf die anderen Wirtschaftszweige, da die Nachfrage durch Importe gedeckt wird. Zwar wird eine gewisse lokale Nachfrage durch die Löhne erzeugt, die aber dadurch sehr begrenzt ist, daß einerseits die Löhne so niedrig sind, andererseits ein Großteil der Löhne für importierte Waren ausgegeben wird. Das mexikanische „Industrie-Grenz-Programm" ist dafür ein extremes Beispiel, da ein beträchtlicher Anteil der Löhne auf der amerikanischen Seite der Grenze in amerikanischen Geschäften ausgegeben wird.[22]



Für viele ausländische Firmen ist Singapur das Sprungbrett nach Südostasien

Die aus der extern orientierten Wirtschaft und der ZL-Industrialisierung folgende externe Abhängigkeit zeigt sich im Außenhandel sowohl bei Exporten wie auch bei Importen. In Bezug auf die Exportabhängigkeit liegt das Problem darin, daß das Wachstum des ZL-Sektors weitgehend von den Konjunkturzyklen der IL abhängig ist.[23] Die Exportabhängigkeit wird weiter verstärkt durch die Tatsache, daß die Industrialisierung ganz auf den Export und nicht auf den internen Markt orientiert ist; der Binnenmarkt kann aber bei sinkender externer Nachfrage die Exportgüter natürlich nicht aufkaufen; wenn dann die interne Nachfrage nach Waren (von denen ein großer Teil importiert wird) nicht abnimmt, entstehen notwendigerweise Schwierigkeiten in der Handelsbilanz.

Die Importabhängigkeit der ZL-Länder wurde schon angedeutet: ZL-Industrialisierung ist mit sehr bedeutenden Importen verbunden. Dies bedeutet wiederum, daß ihr Beitrag zur Zahlungsbilanz sehr bescheiden ist; es wäre anzumerken, daß alle 5 oben genannten, sehr typischen Länder trotz eines rapide ansteigenden Exports eine negative Handelsbilanz haben. Die beinahe ausschließliche Betonung der Produktion für den Export kann auch die negative Konsequenz haben, daß andere nicht exportorientierte Sektoren vernachlässigt werden, was oft zur Folge hat, daß Importe nötig werden. Ein Beispiel ist die südkoreanische Agrarwirtschaft, der bei der Export-Industrialisierung wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde; dies hat große Einfuhren von teuren Nahrungsmitteln zur Folge gehabt.

Der letzte Aspekt der externen Abhängigkeit hängt auch mit dem Außenhandel zusammen und ist unter anderem

auch für die Zahlungsbilanz von Bedeutung; er betrifft die Möglichkeiten versteckter Überweisung von Profiten, indem Export- und Importwaren von und nach ZL-Ländern jeweils zu unechten Preisen in Rechnung gestellt werden.[24] Diese Möglichkeiten haben besonders die multinationalen Konzerne mit ihren internen Preisen, die so manipuliert werden können, daß der Profit an der günstigsten Stelle anfällt; wo diese ist, hängt von Steuern, politischen Bedingungen usw. ab. (Z.B. ist ein „gutes Argument", Lohnerhöhungen zu verweigern, natürlich die Behauptung der Firma, sie erziele keinen Profit – was mit Hilfe von Berechnungen auf der Grundlage von Transferpreisen leicht „bewiesen" werden kann). Es ist schwierig, genaue Informationen zu geben, doch deuten Untersuchungen über Lateinamerika (insbesondere Kolumbien) an, daß sie sehr wesentlich sein kann.[25]

In Bezug auf den Arbeitsmarkt besteht kein Zweifel daran, daß ZL-Industrialisierung relativ starke Auswirkungen hat. Diese sind jedoch wesentlich durch den Bedarf der IL bestimmt; kurzfristig durch die Konjunkturzyklen und langfristig allgemeiner: ZL kann nicht von allen EL angewendet werden, sondern wird sich im Gegenteil auf einige wenige ausgesuchte EL beschränken, mit den Folgen relativ hoher Beschäftigungsraten, niedriger Löhne und politischer Repression.

V. Abschließende Bemerkungen

Eine kurze Darstellung wie die vorliegende leidet oft darunter, daß viele Fragen auf engem Raum behandelt werden müssen. Einige werden sehr kurz behandelt, einige überhaupt nicht.

Mit letzterem meine ich die Auswirkungen der ZL-Industrialisierung in den EL auf Löhne und Beschäftigungsrate usw. in den IL. Mehrere Gewerkschaften (besonders in den USA) haben angefangen, sich mit dem Problem zu beschäftigen, da der Export von Industrien oft die Beschäftigungslage in IL verschlechtert. Häufig liegt nicht der Aufbau einer völlig neuen Industrie, sondern die Auslagerung einer bereits existierenden (arbeitsintensiven) Industrie vor. Dies hat auch wichtige Folgen für Lohnverhandlungen; es ist immer ein gutes Argument der Unternehmerseite, daß man die Fabrik in ein „günstigeres Klima" verlegen könne.[26]

Ein anderes interessantes Problem in Verbindung mit dem Export von Industrien ist der Export umweltverschmutzender Industrien in die EL; vor allem Japan hat die „Notwendigkeit" hierfür erkannt, andere werden wahrscheinlich folgen.[27]

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen:

Dieser Artikel bespricht einige der jüngsten Tendenzen in der internationalen Arbeitsteilung, nämlich die Abwanderung arbeitsintensiver Produktionsaktivitäten aus entwickelten nach bestimmten unterentwickelten Ländern in Form internationaler Zulieferung.

Die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung wird kurz beschrieben. Die exportorientierte Industrialisierung

1) Siehe Maria Tavares: „The growth and Decline of Import Substitution in Brazil" in Economic Bulletin for Latin America, Vol. IX, No. 1, March 1964.
2) Siehe Bala Balassa: „Industrial Policies in Taiwan and Korea", in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 106, 1971, S. 55 - 56.
3) Siehe Ruy Mauro Marini: „Brazilian Subimperialism", in: Monthly Review, vol. 23, No 9, February 1972; Sousdeveloppement et Revolution en Amerique Latine", Maspero, Paris 1972; „Dialectica de la Dependencia", Editiorial Era Mexico 1973.
4) Eine gründlichere Analyse der exportorientierten Industrialisierung bietet Rolf Gustavsson & jan Annestadt „Mot en ny internationell ekonomisk arbetsfördelning? Beroende mönster och frigörelsen vilkor i kapitalismens periferi" (Towards a new international economic division of labour? Patterns of dependence and the preconditions of Liberation in the periphery of capitalism), Lund/Roskilde, mimeo 1974; forthcoming in Kent Lindqvist „Om kapitalets internationalisering", GMT 1975.
5) Wir gebrauchen die Abkürzung ZL sowohl für Zuliefern als auch für Zulieferer. Die genaue Bedeutung geht aus dem Zusammenhang hervor.
6) Siehe Gy. Adam: „New Trends in International Business; Worldwide Sourcing and Dedomiciling", in Acta Oeconomica vol. 7 (3-4), 1971, pp. 349 - 67.
7) G. K. Halleiner: „Manufactured Exports from less-developed Countries and multinational Firms", in: The Economic Journal March 1973, p. 29.
8) Siehe „Traiff Schedules of the United States annotated (1969)", Schedule 8, part I, pp. 502 - 503; hier zitiert nach Donald W. Baerreson: „The Border Industrialization Programm of Mexico", Levigton Books, Massachusetts 1971, p. 129.
9) See Michel Sharpston: „International Subcontracting" I.B.R. D., Washington 1974 (mimeo) p. 3; forthcoming in Oxford Economic Papers.
10) Einige Informationen über ZL an Europa bietet Adam, op. cit. S. 356-59.
11) Die niedrige Zahl für Singapur erklärt sich z.T. durch die Tatsache, daß ein großer Teil der Ausfuhren über Malaysia geführt werden.
12) Quellen: UNCTAD: „Trade in Manufactures of Developing Countries: 1972 „Review", Geneva 1973, pp. 35 und 38; United Nations „Montuly Bulletin of Statistics", Dec. 1969 and Sept. 1974, pp. 111 and 115, and 111 and 117. John H. Power & Mo-Huan-Hsing: The Philippines & Taiwan – Industrialization and Trade Policies", Oxford U.P., Oxford 1971, pp. 164 and 278: Several of the figures have been calculated by the author on the basis of figures in these works. (Der Autor hat mehrere Zahlen auf der Grundlage der in diesen Werken angegebenen Zahlen berechnet.)
13) Baerresen (op. cit., S. 33-4; dieses Buch ist eine Anleitung für Firmen, die aus Mexiko zuliefern lassen) gibt Beispiele von Produktivität von 20 % unter bis 40 % über den Werten in ähnlichen amerikanischen Zweigen und empfiehlt die mexikanische Arbeitskraft ihrer hohen Produktivität wegen. Vergleiche auch Sharpton, op. cit. S. 8-11 und Gy, Adam: „Einige Folgen und Begleitumstände weltweiter Quellennutzung", in Acta Aeconomica, Bd. 8 (2-3), 1972, S. 314-15.
14) Quelle: The Business Outlook for South East Asia", in: Harward Business Review, May – June 1973; zitiert nacht Gustavsson & Annerstedt, op. cit. p. 18.
15) Siehe UNCTAD: „The Use of Free Zones as a Means of Expanding and Diversifying Exports from the Developing Countries, Geneva 1973; Adam, „New Trends...", op cit. pp. 354-56.
16) Siehe Raul A. Fernandez: „The Border Industrial Program on United States Mexian Border", in: The Review of Radical Political Economies, vol. V, No 1, 1973.
17) z.B. betragen die subventionierten Exportpreise brasilianischer Waren im Durchschnitt 50 % der Inlandpreise. Siehe Jose Serra: „The Brazilian Economic Miracle", in James Petras (ed.): „Latinamerica: from Dependence to Revolution" Wiley, New York 1973, p.132.
18) Balassa, op. cit. p. 63.
19) Das Folgende ist dem Hong Kong Forschungsprojekt entnommen: „Hong Kong – A Case to Answer", Spokesman Books, London 1974, S. 24-7.
20) Gustavsson & Annerstedt, op. cit., p. 17.
21) Dies basiert auf den Werken von Samir Amin; siehe sein „Accumulation and Development: A Theoretical Model", in: Review of African Political Economy, No 1, 1974; Accumulation on a World Scale", Monthly Review Press New York 1974: „Le Developpement Inegal", Mimuit, Paris 1973.
22) Siehe Fernandez, op. cit. p. 48.
23) Vgl. Far Eastern Economic Review (e.g. 71-1-75 pp. 48-50; 7-2-75, pp. 46 and 52-3; 28-2-75, pp. 33 und 47).
24) Siehe Sanjaya Hall: „Transfer Pricing by Multinational Manufacturing Firms", in Oxford Bulletin of Economics and Statistics, vol 35, No 3, August 1973; abbreviated version in Monthly Review, vol 27 No 7, Dezember 1974. Siehe auch C.V. Vaitsos: „Intercountry Income Distribution and Transnational Enterprises", Oxford, U.P., Oxford 1974.
25) Vatisos, op. cit.
26) Adams beschreibt einige dieser Probleme; op. cit. und: Steve Babson: „The Multinational Corporation and Labor", in The Review of Radical Political Economies, vol. V, No 1, Spring 1973.
27) Dies wird kurz von Jon Holliday & Gavan McCormark beschrieben: „Japanese Imperialism Today", Penguin, London 1973.

wird in Beziehung zu anderen Wachstumsstrategien unterentwickelter Länder gesehen. Zwei verschiedene Muster exportorientierter Indutrialisierung werden unterschieden: (1) das Muster des Subimperialismus, wie es Länder wie Südafrika und Brasilien aufweisen, und (2) das Muster der zuliefernden Industrialisierung, welches vor allem von Hong Kong, Taiwan, Südkorea, Singapur und Mexiko repräsentiert wird.

Das heutige Ausmaß internationalen Zulieferns wird auf der Grundlage von Daten vor allem aus den USA und den „typischen" Zulieferländern behandelt. Ursachen internationalen ZL werden diskutiert und Kriterien für die Auswahl von Produkten und Ländern, die sich für ZL eignen, werden analysiert. Verschiedene Methoden, ausländische Industrien zur exportorientierten Produktion anzulocken, werden beschrieben.

Schließlich wird die Frage behandelt, ob die Zulieferungsstrategie als mögliche Entwicklungsstrategie für die EL angesehen werden sollte. Es wird gezeigt, daß diese Form der Industrialisierung nicht eine sogenannte autozentrische Entwicklung erzeugt, sondern eher das System der Abhängigkeit von den IL verfestigt.

Die Strategie der ZL kann daher nicht als Strategie der Entwicklung, sondern muß als Strategie fortdauernder Abhängigkeit betrachtet werden.

Führt 'internationale Arbeitsteilung' zu struktureller Arbeitslosigkeit?

Zur Problematik von Produktionsverlagerungen aus Industrieländern in Entwicklungsländer

Gerhard Breidenstein

Die Problemlage

Immer häufiger wird die Befürchtung geäußert, daß die gegenwärtige hohe Arbeitslosigkeit nicht nur vorübergehende konjunkturelle, sondern auch langfristige strukturelle Ursachen habe, daß also auch bei Eintreten des lange erwarteten Aufschwungs eine relativ hohe Arbeitslosigkeit bestehenbleiben könnte. „Strukturschwächen" bestimmter Branchen können verschiedene Gründe haben; sie entstehen u.a. auch durch Verlagerungen von Produktionen und damit Arbeitsplätzen ins Ausland.

In den vergangenen Jahren war dies kein besonderes Problem in der Bundesrepublik. Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen spielten bisher eine relativ geringe Rolle. Das macht der Vergleich mit anderen Industrienationen deutlich. Ende 1973 lagen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland (Summe der Netto-Transaktionswerte seit 1952) mit 32 Mrd. DM zwar weltweit an dritter Stelle, aber weit hinter den englischen mit 85 Mrd. DM und den amerikanischen mit 315 Mrd. DM. Und während die US-Unternehmen viermal mehr im Ausland produzieren als exportieren, verhielt sich bisher die Auslandsproduktion deutscher Unternehmen zum deutschen Export wie 0,4 : 1. Auf diesen Sachverhalt bezieht sich die gelegentlich zu hörende Bemerkung, die Bundesrepublik sei ein Welthandelsriese, aber ein Weltwirtschaftszwerg.

Eine Reihe von Anzeichen und Gründen sprechen jedoch dafür, daß dies nicht immer so bleiben wird, ja daß sich in jüngster Zeit womöglich schon mehr geändert hat, als allgemin wahrgenommen wurde.[1] Vor allem hat die mehrfache Aufwertung der D-Mark sich ungünstig auf die Exportmöglichkeiten, aber günstig auf das Investieren im Ausland ausgewirkt. Ferner hat der Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt zugenommen, da insgesamt die Unternehmen der Industriestaaten und besonders die deutschen und japanischen Konzerne Ersatz für ihre gesättigten Heimatmärkte suchen und da außerdem mehr und mehr Waren auch aus Entwicklungsländern auf den Weltmarkt drängen; selbst die Staatshandelsländer exportieren heute stärker auf den nicht-sozialistischen Weltmarkt als in früheren Jahren. Gleichzeitig greifen mehr und mehr Regierungen von Entwicklungsländern zum Schutz der eigenen entstehenden Industrien zu importbeschränkenden Maßnahmen. So werden die Konzerne gezwungen, stärker als bisher im Ausland, d.h. direkt in den umkämpften bzw. geschützten Märkten zu investieren, um nicht jetzige und zukünftige Absatzchancen zu verlieren. So könnte sich für die Bundesrepublik langfristig ein Trend vom Warenexport zum Kapitalexport entwickeln.[2] Gerade in einer so exportabhängige Wirtschaft wie der bundesdeutschen hätte das schwerwiegende Konsequenzen für die Beschäftigungssituation.

Am Beispiel des VW-Konzerns läßt sich dieser Trend verdeutlichen. Mehr und mehr Produktionsstätten im Ausland wurden gegründet, die natürlich nicht nur für völlig neue Nachfrage produzierten, sondern auch den Export aus den deutschen VW-Werken in das betreffende Land bzw. eie ganze Region ersetzten. Anfangs bedeuteten diese Auslandswerke zusätzliche Aufträge für die Stammwerke, da die ersteren zunächst nur montierten, später noch wesentliche Teile aus der Bundesrepublik sich zuliefern ließen. Aber nach und nach verselbständigt sich die Produktion der Auslandstöchter. Und inzwischen hat sich das Verhältnis zum Teil umgekehrt: VW do Brasil liefert wichtige Teile an die deutschen Werke wie übrigens auch an VW of South Africa, das vorher von Deutschland beliefert wurde. Eine besonders deutliche Illustration der Lage war die Eröffnung eines neuen VW-Montagewerkes in Nigeria genau zu dem Zeitpunkt, als in den deutschen VW-Werken Tausende von Arbeitnehmern wegen „Überkapazitäten" entlassen werden mußten. Auch die Diskussion um ein VW-Zweigwerk in den USA gehört in diesen Zusammenhang.

Dr. Gerhard Breidenstein, geboren 1937 in Frankfurt/M. studierte Evangelische Theologie und Sozialwissenschaften. Von 1968 bis 1971 lebte er in Südkorea. Er beschäftigte sich seitdem besonders mit Problemen der entwicklungspolitischen Forschungs- und Bildungsarbeit. Er ist gegenwärtig Referent für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in der Internationalen Abteilung beim DGB-Bundesvorstand.

Die Auswanderung ganzer Betriebe der Leichtindustrie, zum Teil unter Druck sogenannter „Billigimporte", hat schon seit längerem Aufmerksamkeit erregt. Dabei wurden viele Fälle bekannt, wo die Auslandsproduktion nicht nur Exporte ablöste, sondern vom gleichen Unternehmen auf den deutschen Markt importiert wurde.

In diesem Zusammenhang ist schon viel von „internationaler Arbeitsteilung" gesprochen und geschrieben worden. Man argumentiert, daß es volkswirtschaftlich richtig sei, wenn die arbeitsintensiven Produktionen aus den hochindustrialisierten Ländern, wo sie zu teuer geworden seien, in Entwicklungsländer verlagert würden, wo sie u.a. auf Grund des viel niedrigeren Lohnniveaus kostengünstiger hergestellt werden könnten. Das sei gleichzeitig ein Beitrag zur Lösung der riesigen Beschäftigungsprobleme in den Entwicklungsländern. Die Industrienationen sollten sich dafür auf die Entwicklung und Produktion der technologisch fortgeschrittenen Industriegüter spezialisieren. Ein liberalisierter Welthandelt solle den freien Austausch zwischen den spezialisierten Produzenten ermöglichen.

Es wird behauptet, eine solche „internationale Arbeitsteilung" sei insbesondere für die Entwicklungsländer nützlich, ja sogar der einzig mögliche Weg zu ihrer raschen Industrialisierung und Integration in den Welthandel. Diese Behauptung zu prüfen, soll für den Schlußteil aufgehoben werden. Zunächst wollen wir die Rückwirkungen auf unsere eigene Wirtschaft betrachten, die durch deutsche Investitionen im Ausland sowie durch den Aufbau neuer Industrien in den Entwicklungsländern entstehen.

Verschiedene Motive für Auslandsinvestitionen

Je nach Branche und je nach Projekt sind die Gründe für eine Investition im Ausland natürlich verschieden, und im konkreten Fall können mehrere Motive gleichzeitig auftreten.

Bisher häufigstes Motiv deutscher Auslandsinvestitionen ist die *Absatzsicherung bzw. -erweiterung.* Insbesondere bei Märkten, die durch Importschranken geschützt werden, ist ein dauerhafter Verkaufserfolg auf eine Produktion innerhalb des betreffenden Marktes angewiesen. Aber auch ohne Importbarrieren – z.B. innerhalb der EG – ist eine Nähe der Produktionsstätte zum Verkaufsmarkt vorteilhaft, nicht zuletzt wegen der Transportkosten.

Ein anderes, an Bedeutung zunehmendes Motiv ist das der *Kostenersparnis.* Neben den Möglichkeiten, Transportkosten, Steuern (in der Regel Steuerbefreiung oder -ermäßigung für Ausländer in Entwicklungsländern!) oder Umweltschutzkosten zu sparen, spielt insbesondere bei lohnintensiven Produktionen die *Lohnkostenersparnis* eine wichtige Rolle. Auch bei nur durchschnittlichen oder niedrigen Lohnkostenanteilen (z.B. in der heutzutage kapitalintensiven Textilindustrie mit ca. 25 Prozent) ist die Lohnkostenersparnis beachtlich, wenn in einem „Niedriglohnland" die Löhne nur 1/10 von den hiesigen Löhnen (und Lohnnebenkosten) betragen.

Ein für das Privatkapital *„günstiges Investitionsklima"* hängt mit dem niedrigen Lohnniveau meist zusammen und spielt ebenfalls als Motiv eine Rolle. Wenn in einem diktatorisch regierten Land (wie z.B. Spanien, Brasilien, Südafrika oder Iran, Schwerpunktländern deutscher Investitionen außerhalb der EG) freie Gewerkschaften verboten sind, Arbeitskämpfe unterdrückt werden und dem Privatinvestor jede Unterstützung gewährt wird, während bei uns Lohnforderungen, Mitbestimmung und staatliche Kontrollen die Unternehmen einengen, dann entsteht ein Anreiz zur Investition in einem unternehmerfreundlichen Ausland.

Schließlich kann die *Sicherung der Rohstoffversorgung* ein Grund für eine Auslandsinvestition sein, weil die eigene Investition einer Unternehmung die Möglichkeit gibt, jederzeit jede gewünschte Menge unabhängig vom Weltmarktpreis (konzerninterne Preispolitik zur Übertragung von Gewinnen!) zu beziehen. Im Unterschied zu amerikanischen und englischen Auslandsinvestitionen fanden die deutschen Auslandsinvestitionen bisher allerdings nur zu geringem Teil im Rohstoffsektor statt; angesichts der zunehmenden Dringlichkeit der Rohstofffrage könnte sich dies langfristig ändern.

Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß hinter diesen Einzelmotiven für Auslandsinvestitionen das Grundmotiv *privatwirtschaftlicher Investitionspolitik* steht: das Streben nach Kapitalvermehrun und deshalb langfristig maximalem Gewinn. Wenn die Gewinnmöglichkeiten im Inland sich verschlechtern – oder: in dem Maße, wie sich im Ausland bessere Profitchancen ergeben als im Inland –, investieren kapitalistische Unternehmen im Ausland.

Die Industrialisierung der Entwicklungsländer

Durch Direktinvestitionen aus den Industrieländern entstehen neue Produktionsanlagen in Entwicklungsländern. Ferner finanziert staatliche und internationale Entwicklungshilfe Investitionen in diesen Ländern, insbesondere im *Infrastrukturbereich.* Aber der bei weitem größte Teil aller Investitionen in Entwicklungsländern wird aus deren eigener *Akkumulation* aufgebracht. Die Inlandsersparnis ist nach Ländern und Industrien verschieden stark. Sie beträgt jedoch im Durchschnitt in Afrika 80 Prozent, in Asien 89 Prozent und in Lateinamerika sogar 95 Prozent der Gesamtinvestitionen (nach UN- und OECD-Statistiken für die Jahre 1969/71). Das heißt: Auch wenn es keinerlei private oder öffentliche Kapitalübertragungen aus den Industrie- in die Entwicklungsländer gäbe, würden die letzteren sich industrialisieren, also neue Produktionskapazitäten schaffen. Der größte Teil der dabei neu entstehenden Arbeitsplätze produziert für die sprunghaft ansteigenden neuen Bedürfnisse in diesen Ländern und bedeutet insofern keine Konkurrenz für die Produktion und die Arbeitsplätze in den Industrieländern.

Aber ein Teil der in den Entwicklungsländern neu entstehenden Produktionskapazitäten ersetzt bisherigen Import des betreffenden Entwicklungslandes, mindert also bisherigen Export der Industrieländer. Unter dem Druck katastrophaler Zahlungsbilanzdefizite fördern die Entwicklungsländer solche *Investitionen zur Importsubstitution.* Aus dem gleichen Grund forcieren sie außerdem exportsteigende Investitionen. Und da fast nur die Industrieländer aufnahmefähige und aufnahmebereite Märkte haben, bedeutet diese Exportproduktion der Entwicklungsländer ebenso wie ihre Importsubstitution eine Gefährdung von Arbeitsplätzen in den Industrieländern. Unabhängig also von der Finanzierung – durch Inlandsersparnis, durch externe Privatinvestitionen oder durch Entwicklungshilfe – bedeutet die Industrialisierung der Entwicklungsländer teilweise eine Konkurrenz für Arbeitsplätze in den Industriestaaten, jedenfalls in den folgenden Fällen.

Verschiedene Vorgänge der Bedrohung von Arbeitsplätzen

1. Die Bearbeitung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen, die bisher im Rohzustand von den Entwicklungsländern in die Industrieländer exportiert und dort bearbeitet werden, wird zunehmend in den Entwicklungsländern vorgenommen (Beispiele: das Rösten, Verpacken, Pulverisieren von Kaffeebohnen; das Verspinnen, Weben, Nähen

von Baumwolle; die Verhüttung von Bauxit, Kupfer u.a. Mineralien.

2. In den Entwicklungsländern entstehen eigene Fertigwaren-Industrien, die bisherigen Import aus Industrieländern ersetzen (Beispiele: Produktion von Kleinmaschinen, Kunstdünger, gehobenen Gebrauchsgütern).

3. In den Entwicklungsländern entstehen Fertigwaren-Industrien, die für den Export in Industrieländer produzieren (Beispiele: Bekleidungsartikel aus Südkorea, Sportartikel aus Pakistan, Spielwaren aus Hong Kong).

4. Unternehmen der Industrieländer verlagern die Produktion bisherigen Exports ins Ausland (Beispiele: Volkswagen und Mercedes-Benz Lastwagenbau in Brasilien, Argentinien, Mexiko, Südafrika usw.; agrochemische und pharmazeutische Tochterfirmen der deutschen Chemiekonzerne in aller Welt).

5. Unternehmen der Industrieländer verlagern aus Kostengründen Produktionen in Entwicklungsländer und reimportieren die billigere Fertigware bzw. Zwischenproduktion in den heimischen Markt (Beispiele: Müller-Wipperfürth läßt Hosen in Tunesien nähen, die er in Deutschland verkauft; Elektrofirmen lassen Haushaltsgeräte, Radios, Fernsehgeräte für den deutschen Markt in Niedriglohnländern zusammenbauen).

Gesamtwirtschaftliche Betrachtung

Bedeutet nicht die Industrialisierung der Entwicklungsländer andererseits neue, zusätzliche Absatzchancen für die Industrieländer, z.B. für Maschinen und Vorprodukte? Es wäre eine schwierige, wahrscheinlich unmögliche Rechnung, wenn man feststellen wollte, ob die genannten Fälle von indirektem oder direktem Abbau von Arbeitsplätzen in Industrieländern als Folge der Industrialisierung der Entwicklungsländer aufgewogen werden durch den Zugewinn an Arbeitsplätzen durch erweiterte Exportmöglichkeiten der Industrieländer im Gefolge der Industrialisierung der Entwicklungsländer. Überhaupt geht es nicht um die gesamtwirtschaftliche Bilanz, sondern um die Gefährdung einzelner Branchen. Gesamtwirtschaftlich könnte man darauf hinweisen, daß bisher ebensoviel, sogar etwas mehr ausländisches Kapital in die Bundesrepublik geflossen ist (bis Ende 1973 ca. 34 Mrd. DM) wie deutsches Kapital ins Ausland (bis Ende 1973 ca. 32 Mrd. DM).

Ferner könnte man darauf hinweisen, daß 70 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen in andere Industrieländer (vor allem der EG) gingen und gehen, daß also nur 30 Prozent oder 10 Mrd. DM (bis Ende 1973) in Entwicklungsländer investiert wurden. Aber für die einzelnen Branchen sind die angedeuteten Konsequenzen einer propagierten „internationalen Arbeitsteilung" von ernst zu nehmender, zum Teil alarmierender Bedeutung, auch wenn es noch kaum Zahlenmaterial dazu gibt.[3]

Nicht betroffene und betroffene Branchen

Von einer zunehmenden internationalen Arbeitsteilung bzw. vom Kapital-Auswanderungstrend nicht betroffen sind die Produktionen, die unseren eigenen Bedarf befriedigen und deren Produkt bzw. Leistung für einen weiten Transport nicht geeignet ist, also am Ort des Verbrauchs erstellt werden muß. Dazu zählen natürlich alle Dienstleistungsindustrien, die Energiewirtschaft, die Bauwirtschaft, der Bergbau, die Frischwarenproduktion der Landwirtschaft; ferner die Grundstoffindustrie (Eisen, Stahl, Chemie), der Schwermaschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau. Des weiteren werden alle Produktionen, die einen hohen Grad an technischem Wissen und Können voraussetzen, in den Industrieländern verbleiben: Die Elektronikindustrie, der Präzisionsmaschinenbau, der Flugzeugbau u.ä. Forschung und Entwicklung aller Industrien werden sogar in diesen Ländern zusammengezogen.

Dagegen können alle technologisch einfachen sowie die hochgradig automatisierten Produktionen in Entwicklungsländer verlagert werden bzw. von dortiger Produktion verdrängt werden. Sofern dabei für den Markt der Industrieländer produziert wird (Export der Entwicklungsländer bzw. Rückimport von Unternehmen der Industrieländer), kommen wegen der Transportkosten nur die Leichtindustrien in Frage: Textil- und Lederherstellung bzw. -verarbeitung, Spielzeug- und Musikinstrumentenherstellung, Feinmechanik und Optik, Teile der holz- und metallverarbeitenden Industrien, Teile der elektrotechnischen Industrie (Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik). Je lohnintensiver eine Produktion, um so höher der Anreiz, sie in ein „Niedriglohnland" auszulagern bzw. sie dort entstehen zu lassen. Oft werden nur bestimmte arbeitsintensive Produktionsphasen, nicht die ganze Industrie (z.B. das Zusammensteppen von Schuh- oder Handschuhteilen) ausgelagert.

Sofern für die neuen Märkte der Entwicklungsländer produziert wird und also bei einer Verlagerung keine Transportprobleme entstehen, eher frühere Transportkosten entfallen, kommen auch Bereiche der Schwerindustrien in Frage: der Serien-Fahrzeugbau, Zweige des allgemeinen, mittelschweren Maschinenbaus, sogar Eisen- und Stahlherstellung und -verarbeitung bis hin zum Schiffbau. Ferner Teile der Chemieindustrie, insbesondere Pharmazie und Agrochemie.

Die voranstehende Aufzählung zeigt, daß keineswegs nur die immer wieder erwähnte Textil- und Bekleidungsindustrie Arbeitsplätze in Deutschland durch Billigimporte oder/und Betriebsauslagerungen verliert. Allerdings ist in dieser Branche der Rückgang der Beschäftigtenzahlen besonders drastisch. In den Jahren 1967 bis 1974 gingen ihr rund 100 000 Arbeitsplätze verloren; nach Schätzungen werden weitere 70 000 in den nächsten zehn Jahren abgebaut werden. Es ist bisher wohl noch nicht berechnet worden, wie viele davon „wegrationalisiert" wurden und wie viele durch Produktion im Ausland verdrängt wurden. Der Effekt in den anderen Industrien, deren Betroffenheit zum Teil nur als theoretisch möglich dargestellt wurde, ist bis jetzt noch nicht ebenso deutlich (vgl. aberZahlen in Anmerkung 3!). Immerhin schätzt eine kürzlich im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom Kieler Institut für Weltwirtschaft erstellte Studie, daß bis 1985 in der verarbeitenden Industrie 250 000 bis 600 000 Arbeitsplätze durch liberalisierte Einfuhren aus Entwicklungsländern verdrängt würden, wobei einzelne Branchen bis zu einem Drittel ihrer Arbeitsplätze, andere mehr als je 20 000 Arbeitsplätze verlieren werden. Dem stünden nur etwa 200 000 neue Arbeitsplätze durch vermehrte Exporte in Entwicklungsländern gegenüber.

Der andere Effekt, daß nämlich Export durch Auslandsproduktion ersetzt wird, ist vermutlich erst in jüngster Zeit entstanden. So ist erst im vergangenen Jahr (1974) der deutsche Export erstmalig, dafür aber deutlich zurückgegangen. Ist dies nur der *Weltrezession* zuzuschreiben oder verbirgt sich dahinter womöglich auch jener anfangs erwähnte mögliche Trend, Exporte durch Auslandsproduktion zu ersetzen? Dafür spräche, daß die Änderung der *Parität der D-Mark* nicht von heute auf morgen, sondern nur mit einigen Jahren Verzögerung zu einer gesteigerten Auslandsproduktion führen konnte. Jedenfalls besteht Grund genug, sich gründlicher und genauer, als dies in diesem Aufsatz geschehen

konnte, mit der möglichen und tatsächlichen Auswirkung der propagierten und bereits praktizierten „internationalen Arbeitsteilung" auf unsere Wirtschaft, insbesondere die Beschäftigungslage, zu befassen. Die Gefahr einer andauernden, strukturellen Arbeitslosigkeit in bestimmten Industrien sollte uns alarmieren.

Dabei soll hier keineswegs der Standpunkt vertreten werden, daß Produktionsverlagerung ins Ausland prinzipiell verhindert werden müßten – ganz abgesehen davon, daß keine politische Macht zu sehen ist, die sie gegen dieInteressen der multinationalen Konzerne verhindern könnte. Ebensowenig soll einem *primitiven Protektionismus* das Wort geredet werden, mit dem jede Konkurrenz billiger Importe von der deutschen Industrie abgehalten werden solle. Langfristig wäre es volkswirtschaftlich nicht vertretbar, solche Produktionen, die an anderen Stellen der Welt wesentlich billiger hergestellt werden können, durch Protektion und Subvention in unserer Wirtschaft am Leben zu erhalten. Deshalb hat sich der DGB (z.a. bei seinem Kongreß in Hamburg im Mai 1975) für eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel (d.h. natürlich auch als Exporteure) ausgesprochen. Allerdings unter einer wichtigen Bedingung: Daß damit verbundene Schrumpfen einzelner Branchen und der Verlust entsprechender Arbeitsplätze bei uns mit Hilfe vorausschauender Analysen und aktiver, steuernder Strukturpolitik durch neue Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen ausgeglichen werden. Um struktureller Arbeitslosigkeit in einzelnen Branchen zu begegnen, müßte sehr viel genauer als bisher untersucht werden, welchen Effekt die zunehmenden Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen haben und in welchem Umfang die Verdrängung deutscher Arbeitsplätze durch Billigimporte aus Entwicklungsländern (bzw. osteuropäischen Ländern) zu erwarten ist. Wenn die Folgen eines Verdrängungsprozesses in der internationalen Arbeitsteilung vorausschauend analysiert und durch *Investitionslenkung* bzw. gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung aufgefangen werden, dann brauchen sich die deutschen Gewerkschaften diesen Veränderungen nicht entgegenzustellen.

Bisher allerdings gab es diese aktive Steuerung noch nicht in ausreichendem Maße, und es steht zu befürchten, daß unter der gegenwärtigen überwiegend konjunkturellen Arbeitslosigkeit möglicherweise auch ein Anteil struktureller Arbeitslosigkeit verborgen ist. Diese Vermutung muß die Gewerkschaften skeptisch machen. Aber auch einige entwicklungspolitische Überlegungen, die abschließend noch angedeutet werden sollen, warnen vor Enthusiasmus im Hinblick auf eine von interessierter Seite propagierte „internationale Arbeitsteilung".

Entwicklungspolitische Beurteilung der „internationalen Arbeitsteilung"

Im Verhältnis Industrieländer – Entwicklungsländer ist eine internationale Arbeitsteilung keineswegs neu. Schon zur Kolonialzeit bestand eine solche, indem die Kolonien landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe lieferten, während die sich gerade industrialisierenden Kolonialmächte Konsumgüter und später Investitionsgüter lieferten. Die daraus entstandene ökonomische Abhängigkeit ist oft beklagt worden und hat sich auf Grund der entstandenen Monokulturen und neokolonialer Wirtschaftsbeziehungen bis in die Gegenwart hinein fortgesetzt. Diese Abhängigkeit und die durch sie vollzogene direkte und indirekte Ausbeutung der Entwicklungsländer wird in der entwicklungspolitischen Diskussion mehr und mehr als entscheidende Ursache der heutigen Armutsprobleme in der Dritten Welt angesehen.[4]

Bei der jetzt neuerdings geforderten internationalen Arbeitsteilung würde sich an dieser Abhängigkeit kaum etwas ändern. Denn wenn die Entwicklungsländer in Zukunft außer Rohstoffen auch arbeitsintensive Fertigwaren liefern „dürfen", aber für alle technologisch fortschrittlichen Investitionsgüter auf die Lieferung und Betreuung aus den Industrieländern angewiesen bleiben sollen, dann verschiebt sich die Abhängigkeit nur um eine Stufe nach oben. Sie entstammt weiterhin einer Arbeitsteilung zwischen Ungleichen, bleibt also eine „asymmetrische Abhängigkeit", die Beherrschung und Ausbeutung bedeutet.

Langfristig werden die Entwicklungsländer nur zu einer erfolgreichen Nutzung ihrer Reichtümer und zu echten Entwicklungserfolgen kommen, wenn sie auch ökonomisch einen möglichst unabhängigen Weg gehen und statt weitergehender Verflechtung in den krisengeplagten Welthandel eine größere Autonomie anstreben, bei der sie ihre Industrien möglichst vielseitig – eventuell in eregionaler Arbeitsteilung – selbst entwickeln. Einige Länder (z.B. China, Nordkorea, Albanien u.a.) haben demonstriert, daß dieses Autonomiestreben möglichst und sogar sehr erfolgreich ist.

Auch ihre Beschäftigungsprobleme müssen die Entwicklungsländer aus eigener Kraft und mit eigenen (arbeits-, nicht kapitalintensiven) Methoden und Strategien lösen. Die Übertragung unserer hochautomatisierten Arbeitsplätze in die Entwicklungsländer richtet dort vermutlich mehr Schaden (Vernichtung einheimischer, produktiv unterlegener Arbeitsplätze)als Nutzen (geringe Zahl neuer Arbeitsplätze) an. Die heutige Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt wird auf 150 Millionen geschätzt, ihr jährlicher Zuwachs auf 30 Millionen, also eine Verdoppelung auf 300 Millionen Arbeitslose bis 1980. Selbst eine Auslagerung von 15 Millionen Arbeitsplätzen aus den Industrieländern – was bereits eine katastrophale Verdoppelung unserer jetzigen Arbeitslosigkeit bedeuten würde – könnte lediglich 10 Prozent der jetzt bereits Arbeitslosen der Dritten Welt bzw. die Hälfte der neuen Arbeitslosen eines einzigen Jahres beschäftigen. Es ist offensichtlich, daß eine forcierte Auslagerung von Arbeitsplätzen im Rahmen einer „internationalen Arbeitsteilung" nur die multinationalen Konzerne, die dabei die Arbeiterschaft verschiedener Länder in eine gegenseitige Lohnkonkurrenz treiben und alle Kostendifferenzen zu ihren Gunsten ausnutzen könnten.

aus: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1975

1) 1974 investierten deutsche Unternehmen 4,5 Mrd. DM im Ausland; das waren 60 % mehr als 1972.
2) Eine solche Trendwende ist in der HWWA-Studie „Die deutschen multinationalen Unternehmen. Der Internationalisierungsprozeß der deutschen Industrie", hrsg. von M. Holthus, Frankfurt 1974, zumindest für einzelne Branchen und Großkonzerne bereits für die Zeit bis 1971 schon zahlenmäßig nachgewiesen (u.a. S. 8 – 14). Laut Spiegel Nr. 46/1975, S. 98, gaben drei Viertel aller vom Münchner Ifo-Institut befragten Firmen an, bis 1978 mehr im Ausland als zu Hause investieren zu wollen.
3) Allerdings haben die Autoren der o.a. HWWA-Studie eine Reihe von unternehmens- und branchenspezifischen Erhebungen und Schätzungen angestellt. U.a. schätzen sie für 1971 die Relation der Auslandsproduktion zum Inlandsumsatz für die verarbeitende Industrie insgesamt mit 6,5 vH; weit über dem Durchschnitt lagen die Chemie mit 17,5 vH, der Automobilbau mit 14,1 vH, die Elektroindustrie mit 11 vH. Für das uns hier besonders interessierende Verhältnis Auslandsbeschäftigte : Inlandsbeschäftigte lauten die Zahlen: verarbeitende Industrie 7,1 vH, Chemie 20,3 vH, Elektro 15,8 vH, Automobil 10,6 vH. Die Textilindustrie erscheint bei Auslandsproduktion und Auslandsbeschäftigung mit unterdurchschnittlichen Zahlen: 3,4 bzw. 5 vH. Allerdings fallen einzelne Textilunternehmen als Spitzenreiter der Internationalisierung auf, z.B. die Triumph AG mit 41,5 vH Anteil der Auslandsproduktion am Weltumsatz und 51,6 vH Anteil der Auslandsbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten des Konzerns. (Siehe Tabellen 34, 35 und 36, S. 141 – 146 a.a.O.).
4) Insbesondere durch die lateinamerikanische dependencia-Diskussion, aufgenommen und dargestellt vor allem durch Veröffentlichungen von J. Galtung und D. Senghaas (Vgl. vor allem „Imperialismus und strukturelle Gewalt" sowie „Peripherer Kapitalismus", beide in der edition suhrkamp von D. Senghaas herausgegeben).

Indonesien

Zur neuen Strategie des BRD-Imperialismus in Indonesien

Jusuf Suroso, Bochum

1. Veränderte Rahmenbedingungen in den 70er Jahren

In den 70er Jahren haben sich die Bedingungen für den BRD-Imperialismus geändert. Es sind diejenigen Ereignisse eingetreten, welche innerhalb der Imperialismus-Diskussion an den westdeutschen Hochschulen während der Studentenrevolte der 60er Jahre von marxistischen Wissenschaftlern in großen Linien vorgezeichnet wurden.[1] Die realen Entwicklungen in der Weltwirtschaft, durch die diese marxistischen Positionen bestätigt worden sind, können in acht Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die „Ölkrise" von 1973, die nachweislich von den US-Konzernen in ihrem Konkurrenzkampf gegen das westeuropäische Kapital vom Zaun gebrochen wurde, hat das Selbstvertrauen der ölproduzierenden Länder gestärkt. Zum ersten Mal stehen die imperialistischen Mächte einem geschlossenen Verkaufskartell gegenüber, das seine Preise relativ unabhängig von den Industrieländern gestaltet. Den hohen Überschüssen der Ölländer (1974: 65 Mrd. US $) stehen gewaltige Defizite der Industrieländer (1974: 31 Mrd. US $) gegenüber. Diese zusätzlichen Gelder bringen aufgrund ihrer unberechenbaren Anlagemöglichkeiten das westliche Währungssystem in Gefahr, das ohnehin an der Inflation krankt. Bürgerliche Finanzexperten haben vielerlei Anlagemöglichkeiten vorgeschlagen, die die Überschüsse der Ölländer in das Geldsystem des Industrielagers zurückführen sollen („recycling"). Eine davon ist die Anlage in den ärmsten Ländern der Dritten Welt durch „Dreiecksgeschäfte" mit Industrieländern.[2]

2. Aufgrund der rücksichtslosen Ausplünderung durch profithungrige Industriekonzerne verknappen sich die natürlichen Rohstoffvorräte, was u.a. von bürgerlichen Studien wie denen des „Massachusetts Institute of Technology" und des „Klub of Rome" verdeutlicht wird.

3. Als Folge dieser Situation stiegen die Rohstoffpreise 1974 um 38 %. Das wachsende Selbstbewußtsein aller rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer wird auf internationalen Konferenzen sichtbar. Auf der Ölkonferenz von Paris im April 1975 forderten diese Länder eine einheitliche Regelung aller Rohstoffprobleme, insbesondere eine Koppelung der Rohstoffpreise an die Industriegüterpreise. Hiermit sollte vor allem die Inflation bekämpft werden.[3]
Die USA lehnten diese Forderung ab, während die europäischen Länder ihr nicht ungeneigt gegenüberstanden. Das imperialistische Lager zeigt also deutlich Risse, da die europäischen Mächte angefangen haben, eine eigene Rohstoffpolitik zu betreiben.[4]

4. Die USA erlitten eine ihrer schwersten Niederlagen. Sie verloren den Indochinakrieg, in den sie ein Mehrfaches des Waffenmaterials des 2. Weltkriegs gesteckt hatten. Diese Niederlage bedeutete nicht nur einen Gesichtsverlust für den Imperialismus. Darüber hinaus war er gezwungen, eine faktische Einengung seines Einflußbereiches in Südostasien hinzunehmen. Nixon hat für die neue imperialistische Strategie treffend den Namen „Guam-Doktrin" gewählt. Nach dieser Konzeption soll „Asien den Asiaten" überlassen werden. Das bedeutet eine stärkere Einbeziehung von reaktionären asiatischen Kräften in die US-Strategie (Südkorea, Japan, Taiwan). Außerdem soll die Linie Japan – Indonesien – Australien die vorderste und die Guam - Inseln die letzte Verteidigungslinie für den US-Imperialismus bilden.

5. Den Erfolgen der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in aller Welt mußte der Imperialismus mit Einschüchterungsversuchen begegnen – vor allem nach dem Sturz des faschistischen Regimes in Portugal. Dies besorgte z.B. Bundesverteidigungsminister Leber (SPD) mit säbelrasselnden Sprüchen zum Vietnamkrieg.[5] Der sozialdemokratische Minister Leber war es auch, der die Bereitschaft der US-Regierung begrüßte, in bestimmten Konfliktsituationen (hier war der Nahe Osten und Korea gemeint) als erster Nuklearwaffen einzusetzen.[6]

6. Möglicherweise als Folge einer Talsohle der Rüstungs- und Kriegswirtschaft in den USA setzte eine weltweite Rezession ein, die Anfang der 70er Jahre von einem ständigen Rückgang der Dollarkaufkraft eingeleitet wurde. Die Arbeitslosigkeit in der Welt hat heute ihren höchsten Stand seit 40 Jahren erreicht. Die Arbeitslosenquote hat sich in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt. In den USA, Japan, Westeuropa, Kanada und Australien sind 15 Millionen Menschen ohne Stelle.[7] Die höchste Arbeitslosenquote hatten die USA im Januar 1975 mit 7,5 Mio (8,2 %).[8] Die BRD hatte im Juni 1975 über eine Million Arbeitslose (etwa 4,4 % der Gesamtbeschäftigtenzahl).[9] In Japan machte sich die Rezssion 1974 in Preissteigerungen von über 35 % und 1975 in einer Wachstumsrate von nur 0 bis 2,5 % bemerkbar.[10]

7. Entgegen den Erfahrungen aus der Rezession von 1966/67 konnte die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht durch eine Ankurbelung des Exportgeschäfts überwunden werden. Nur der Warenexport in Ölländer erhöhte sich. Die in der Konjunktur- und Stabilitätspolitik der bür-

1) Vgl. dazu die Entwicklungsländerdiskussion in DAS ARGUMENT, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Nr. 34 (1965), Nr. 36 (1966), Nr. 45 (1967), Nr. 51 (1969), Nr. 53 (1969).

2) Vgl. Kölner Stadtanzeiger v. 1.10.74.

3) Vgl. Die Welt, v. 9.4.75.
Vgl. Auch J. Kuczynski, in Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12/74, S. 1263.

4) Eckstein der europäischen Rohstoffpolitik ist das Zuckerabkommen von Lome (1975) mit 47 Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten).

5) FAZ vom 5.4.75.

6) Kölner Stadtanzeiger v. 14.7.75.

7) Kölner Stadtanzeiger v. 16.7.75 Stand v. Jahr 1975.

8) FAZ vom 10.2.75.

9) Kölner Stadtanzeiger v. 20.6.75.

10) Kölner Stadtanzeiger v. 26.6.74.

gerlichen Volkswirtschaftslehre vorgesehenen Investitionsspritzen der Bundesregierung versagten vollends. Die Vorhersage der Bundesbank, daß eine konjunkturelle Tendenzwende im Sommer 1975 eintreten werde, bewahrheitete sich nicht. Otto Wolf von Amerongen (Deutscher Industrie- und Handelstag) war vorsichtiger und prognostizierte Anfang 1975 einen Konjunkturaufschwung erst für das Jahr 1977! Parallelen mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurden vom DIHT allerdings vorbeugend verneint.[11]

8. Zusammenfassend gewinnt man das Bild einer rückläufigen Tendenz im imperialistischen Lager. Die USA als dominierende Macht wurden in die Defensive gedrängt. Die Verschärfung der Widersprüche macht sich auch innerhalb des imperialistischen Lagers bemerkbar. Dort wird der Konkurrenzkampf um Rohstoffe und Einflußgebiete zwischen den verschiedenen Mächten – zu denen komplizierterweise inzwischen die Sowjetunion getreten ist – mit zunehmender Schärfe geführt.

Die Spaltung zwischen den entwickelten Ländern der nördlichen und den Entwicklungsländern der südlichen Hemisphäre haben die Ost-West-Spaltung der Zeit des Kalten Krieges abgelöst, bemerkte 1975 der US-Außenminister.[12] Logische Folge dieser Entwicklung wird sein, daß der um seine Rohstoffquellen und Absatzmärkte bangende Imperialismus nach innen und außen härter auftreten wird.

II. Die Stoßrichtung der neuen Strategie des BRD-Imperialismus

Die BRD ist erst eine junge imperialistische Macht. Typisch hierfür ist, daß die westdeutsche Bourgeoisie nach dem Verlust ihrer Kolonien und dem Wiederaufbau in der Folge des 2. Weltkrieges die Expansion ihres Kapitals zunächst über den Ausbau der Warenausfuhr realisiert hat. Erst relativ spät (ab 1956) erkannte sie die Gefahr einer zu starken Abhängigkeit von Außenmärkten.

Ein bürgerlicher Wirtschaftsprofessor wie M. Schmitt sagt dazu: „Da indessen die durch Struktur und Wachstum unserer Volkswirtschaft bedingte Auslandsabhängigkeit unverändert bestehen bleibt, ergibt sich ein verstärkter Zwang zur Expansion auf den ausländischen Märkten selbst. In den siebziger Jahren werden und müssen rasch ansteigende Auslandsinvestitionen unseren außenwirtschaftlichen Aktivitäten den Stempel aufdrücken." Ausdrücklich betont er „die Notwendigkeit ... einer vertieften Durchdringung der Märkte."[13]

1968 waren schon 7 Mrd. DM als Direktinvestitionen in Entwicklungsländern angelegt, das waren 28 % der gesamten westdeutschen Investitionen im Ausland (23,7 Mrd. DM). Zum Vergleich: Die US-Investitionen in der Dritten Welt betrugen 1970 rund 80 Mrd. DM, die britischen 20 Mrd. DM. Die BRD hält einen zehnprozentigen Anteil am Welthandel. Dabei ist das Verhältnis der Direktinvestitionen zum Export 14 Prozent. In den USA liegt es demgegenüber bei 190 Prozent und in Großbritannien bei 96 Prozent![14]

Es ergab sich die gefährliche Situation für die westdeutsche Bourgeoisie, daß Vollbeschäftigung und Kapazitätsauslastung im Innern zunehmend von der Konjunktur und Stabilität auf ausländischen Märkten abhängig wurden. 1974 beruhte jeder vierte Arbeitsplatz auf dem Export.[15]

Zweites Kennzeichen des westdeutschen Imperialismus ist eine relativ ungünstige Ausgangssituation für den Kapitalexport; „... die deutschen Direktinvestitionen haben nur etwa die Größenordnung der von „General Motors" in einem Jahr ausgeschütteten Dividenden."[16] Eine Bochumer „Analyse der Gesamt-Gewinnsituation der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern" bezeichnet daher 1970 den Umfang der BRD-Investitionen noch als bedeutungslos.

Zum Vergleich führt die Studie die Nettorenditen der BRD-Direktinvestitionen in Entwicklungsländern neben den entsprechenden Zahlen für England und die USA an. Die Renditen beliefen sich für die BRD zwischen 1965 und 1967 „nur" auf 6,25 % im Verhältnis zu 9 und 12 % für die USA und Großbritannien. Die Autoren vergessen aber zu erwähnen, daß dies typisch für junge Investitionen ist, weil nach der ersten Anlaufzeit Erweiterungsinvestitionen durchgeführt werden müssen. Tatsächlich ermitteln dieselben Autoren erheblich unterschiedliche Reinvestitionsquoten in Entwicklungsländern: die amerikanische liege „etwa bei 18 %, die englische ohne Ölindustrie bei 34 % . . ., die deutsche bei 70 %."[17]

Drittens zeichnet sich die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus durch eine stürmische Ausweitung des Kapitalexports aus. Unter dem Militärschutz der USA konnten die westdeutschen Konzerne ihre Privatinvestitionen in Entwicklungsländern seit 1957 um 300 % steigern. Schon 1968 stand die BRD mit ihren Privatinvestitionen in der Dritten Welt an vierter Stelle nach den USA, Großbritannien und Frankreich.[18]

1968 betrugen die westdeutschen Privatinvestitionen in der Dritten Welt erst ein Drittel der entsprechenden Kapitalsumme aus den USA, aber schon 1969 erreichten sie fast denselben Umfang![19] (Siehe Tabelle)

TABELLE: Vergleich Entwicklungshilfeleistungen und Privatinvestitionen 1969 OECD-Länder (in Mio Dollar)

	BRD	Japan	USA
Privatinvestitionen und Darlehen	1265	152	1297
Bilateral	474	339	2833
Multilateral	120	95	330
Nettoleistungen (öffentliche)	543	811	3328
Gesamtleistungen	2045	1263	4645

Quelle: OECD-Development Assitance, 1970 Review, Paris, S. 176 u. 1969 Review, S. 423 (Jahresprüfung)

1975 erhöhte sich der Gesamtbetrag an Auslandsinvestitionen der BRD auf 36,8 Mrd. DM (mehr als 50 % in sechs Jahren). 1974 war der Anteil in der Dritten Welt auf 9,6 Mrd. DM oder 30 % vom Gesamtbetrag angewachsen (über 30 % Erhöhung in sechs Jahren).[20] Gleichzeitig stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD bis 1973 auf

11) Vgl. KSTA vom 18.2.75 u. 20.2.75; Vgl. auch KVZ v. 10.7.75.
12) Vgl. KSTA v. 19.7.75. In derselben Rede drohte Kissinger sogar mit dem Auszug aus der UNO, was eine Kapitulation vor den Entwicklungsländern gleich käme.
13) Vgl. FAZ v. 22.8.73.
14) Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit a.a.O., S.
15) Vgl. KSTA v. 21.5.75, FAZ v. 22.8.73.
16) Vgl. Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, BMZ, Bonn 1972, S. 9-11.
17) Günter Grosche, Rolf Lehmann-Richte: Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, Düsseldorf 1970.
18) Vgl. Chr. Uhlig, a.a.O., S. 45 ff.
19) Vgl. Development Assistance 1969 u. 1970 Review Paris, S. 176 u. S. 423.

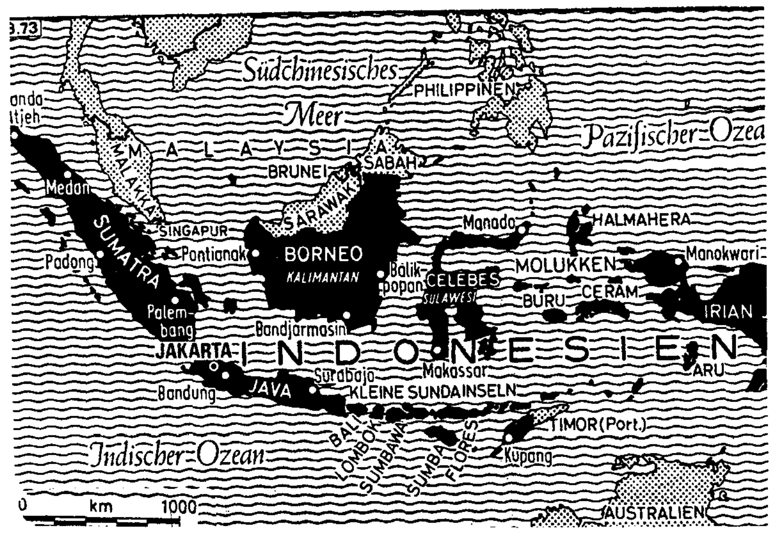
43 Mrd. DM an. Die gegenseitige Verpflichtung, die sich auf wenige Brnachen wie Chemie, Elektrotechnik und Stahl konzentrierte, erbrachte der BRD bis 1973 Nettokapitalimporte von 13 Mrd. DM. Nach der Rezession von 1966/67 hat die westdeutsche Bourgeoisie den Kapitalexport nach Kräften gefördert. Von 1968 bis 1970 wurde mehr Kapital exportiert als importiert.[21]

Viertes Kennzeichen des aufstrebenden westdeutschen Imperialismus ist die tendenzielle Abnahme der Warenexporte bei gleichzeitiger tendenzieller Zunahme der Kapitalexporte:

Kapitalexport aus der BRD	
1971	2,67 Mrd. DM
1972	2,8 Mrd. DM
1973	5,6 Mrd. DM
1974	4,53 Mrd. DM

Fünftes Merkmal des westdeutschen Imperialismus ist, daß er – wenn auch unfreiwillig – schon seit 1918 keine unmittelbaren Kolonien mehr besessen hat. Die BRD konnte sich deshalb zeitweilig das Image des „ehrlichen Maklers" zunutze machen. Dies erwies sich jedoch als wenig dauerhafter Vorteil.

Zwar verfügt die westdeutsche Bourgeoisie aufgrund der star-



ken deutschstämmigen Bevölkerungskolonien in Lateinamerika (Chile, Argentinien, Brasilien) und im südlichen Afrika über eine Vormachtstellung in diesen Gebieten. Jedoch stellen diese Gebiete nur einen relativ kleinen Teil des Weltmarktes dar; der schärfste Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten tobt woanders. Es ist zur Notwendigkeit geworden, den Zugang zu ausländischen Märkten durch Produktionsverlagerung zu öffnen. Politische Unstabilität im Ausland ist damit zu einer unmittelbaren Bedrohung geworden.

Auf staatlicher Ebene entspricht dem die Auffassung, daß Entwicklungspolitik zur „Weltinnenpolitik" (Eppler) geworden ist. Der BRD-Imperialismus hat ein lebensnotwendiges Interesse daran, daß Entwicklungsländer mit großen Märkten (Konsumenten und Arbeitskräfte in Hülle und Fülle) „politisch stabile Ordnungen" erhalten. Westdeutsche Firmen investieren mit Vorliebe in Ländern mit autoritären Herrschaftsstrukturen wie Brasilien, Südafrika, Südkorea, Singapur oder Indonesien. Die Verquickung von Wirtschaftspolitik und Außenpolitik ist unverkennbar.

Sechstes Merkmal des westdeutschen Imperialismus ist, daß die westdeutsche Bourgeoisie aus der Weltwirtschaftskrise und den von Kapitalisten anderer Länder begangenen Fehlern gelernt hat. Die Akkumulation von Kapital auf dem Weltmarkt ermöglichte Extraprofite, womit breite Schichten der Arbeiterklasse in den Industrieländern korrumpiert werden konnten.[22]

Zur Niederhaltung des Proletariats in den Industrieländern war es notwendig, größere Teile der Arbeiterschaft an dem durch die Ausbeutung der Dritten Welt ermöglichten höheren Lebensstandard des Westens teilhaben zu lassen. Die Theorie der „sozialen Marktwirtschaft" (L. Erhard) zielt ohne Zweifel auf eine Verbürgerlichung der Arbeiterklasse. Bauspargesetz und „Volksaktien" sind wesentliche Elemente dieser Politik. Die seit Keynes entwickelte Theorie des „Krisenmanagement" verlangt auch die Konstruktion eines „Sozialsystems". Ein Teil der Extraprofite wird in einen „Sozialfonds" umgeleitet. Mit diesem „Sozialfonds" (Arbeitslosenversicherung) können Schwankungen in der Beschäftigtenzahl, ausgelöst durch Krisen des Systems, aufgefangen werden. Treibendes Element dieser Korrumpierungspolitik sind traditionell die sozialdemoraktische oder die sozialdemokratisierte kommunistische" Partei (Emmanuel).

Sozialdemokratie als Ordnungsfaktor und als Instrument zur Korrumpierung der Arbeiterklasse sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn die Extraprofite aus der Dritten Welt kleiner werden, müssen Teile des „Sozialstaats" abgebrochen werden. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, dies vorzubereiten. Außerdem ist die westdeutsche Bourgeoisie bei einer Verschärfung der Widersprüche gezwungen, neue Gebiete unter ihre Herrschaft zu bringen. „Krisenmanagement" in Entwicklungsländern ist also nur die Verlängerung der kapitalistischen Herrschaft im Innern.

III. Indonesien als neues Vorstoßgebiet des BRD-Imperialismus

a. Die regionale Verteilung des BRD-Kapitals in der Welt

Von den deutschen Investitionen in der Dritten Welt (9,6 Mrd. DM) wurden 70 % in Lateinamerika getätigt, obwohl dort nur 7 % der Weltbevölkerung lebt. 20 % wurden in Asien getätigt (60 % der Weltbevölkerung). Das Schwergewicht liegt auf einigen wenigen Ländern. 75 % der deutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika entfallen auf Brasilien, Argentinien und Mexiko. In Asien 67 % auf Iran und Indien, in Afrika 50 % auf Lybien und Liberia.

Bei der staatlichen Kapitalhilfe entfallen hingegen mehr als 60 % auf Asien, 17 % auf Afrika und nur 8 % auf Lateinamerika.

1970	Anteil Weltbevölkerung	Direkt-Investitionen	Öffentliche Hilfe
Lateinamerika	7 %	70 %	8,2 %
Asien	60 %	20 %	60 %
Afrika	7 %	10 %	17 %

Tatsächlich machen die westdeutschen Privatinvestitionen in Asien, die sich von 150 Mio DM 1961 auf 560 Mio DM 1970 erhöht haben, immer noch einen fast kümmerlichen Eindruck im Vergleich zu den Investitionen in Europa. Die Privatwirtschaft investierte in dem politisch und sozial unruhigsten Kontinent Asien zwischen 1961 und 1970 nur etwas über 2 % ihres Auslandskapitals. Schon der Wert der in Brasilien investierten Anlagen überstieg mit 1,47 Mrd. DM

alle in Asien zu dieser Zeit getätigten Investitionen um fast das Dreifache.[25]

Die geringen Kapitalinvestitionen in Asien können nur erklärt werden durch die Erfolge der Befreiungsbeweungen in diesem Erdteil, der aufgrund seines riesigen ökonomischen Potentials einmal eine zentrale Bedeutung für den Imperialismus hatte und mit Ausnahme Thailands völlig kolonialisiert war. Die Befreiung vor allem Süd- und Südostasiens war „kein einfacher regionaler Territorialverlust . . . , sondern traf die Struktur und Existenz des Kolonialsystems in seiner Gesamtheit." Die nationale Befreiungsbewegung hat gerade in dieser Region einen Höhepunkt erreicht. „Was das Maß an Organisiertheit, das Niveau der theoretischen und praktischen Erkenntnis, und . . . das Ergebnis betrifft", übertraf sie die entsprechenden Bewegungen in Afrika und Lateinamerika bei weitem.[26] Um die Ausstrahlungskraft der asiatischen Befreiungsbewegung zu schwächen und ihren politischen und ökonomischen Einfluß zurückzudrängen, mußte die Entwicklungshilfe als neuartiges Instrument eingesetzt werden. Das erklärt den relativ hohen Anteil an staatlicher Kapitalhilfe in dieser Region.

b. Die regionale Konzentration des BRD-Kapitals in Asien

In Süd- und Südostasien konzentrieren sich die Wirtschaftsbeziehungen der BRD auf die bevölkerungsdichten Länder. 1972 gehörten Indien, Indonesien, Singapur und Taiwan zu den wichtigsten Außenhandelspartnern der BRD. Indonesien war zu der Zeit das viertwichtigste Land für deutsche Kapitalinvestitionen in Asien . 1974 rückte es sogar an die dritte Stelle.[27]

Indonesien ist nach Indien zum Schwerpunktland für die staatliche Entwicklungshilfe geworden (siehe Tabelle). 1975 war die Unterstützung der BRD für das Suhartoregime auf 1,2 Mrd. DM angewachsen. In den letzten zehn Jahren wurde die BRD-Hilfe für das Suhartoregime mehr als verzehnfacht (siehe Tabelle).

1975 wurde Indien 609 Mio DM Entwicklungshilfe von der BRD zugesagt und ist damit zum Hauptempfängerland geworden.[28] Angesichts der engen Kooperation Indiens mit der UdSSR rückt Indonesien jedoch immer mehr ins Blickfeld der westdeutschen Bourgeoisie.

Dafür ist die Rohstoffabhängigkeit der BRD ein Hauptgrund. Der westdeutsche Imperialismus ist an dieser Stelle besonders verwundbar. Studien ergaben, daß strategische


Indonesische Soldaten, Demonstrant

TABELLE Öffentliche Kapitalhilfe der BRD an Indonesien (1960 – 1975) in Mio DM

Zeitraum		Mio DM
1960 – 1965	:	100
1966 – 1971	:	600,7
1972	:	145,0
1973	:	161,0
1974	:	165,0
1975	:	170,0 (geschätzt)
1966 – 1975	:	1 141,7 Mio DM

Quelle: blätter des iz3w, März 74, S. 34; Indonesienkorrespondenz, Dez. 74, S. 4

Erze für die hochtechnisierte Wirtschaft in der BRD zu 80 bis 100 % aus Entwicklungsländern importiert werden müssen. Die branchenübliche Vorratshaltung würde im Kriegsfall nur ein bis zwei Monate reichen (siehe Tabelle).[29]

TABELLE Abhängigkeit der BRD vom Rohstoffimport 1972

	in Prozent	Reichweite der Vorräte (Monate)
Kupfer	97	1
Nickel	100	1,5
Zinn	98	1,5
Cadium	93	1
Magnesium	94	1,5
Quecksilber	100	2,5
Eisenerze	86	2,5
Rohphosphate	100	1,5
Rohdiamante	100	0,75
Sintermagnesit	100	1,5
Radioaktives Material	100	?

Vertreter des indonesischen Militärregimes in der BRD haben die Hauptaufgabe, um mehr Entwicklungshilfe ... und mehr private Investitionen" zu werben. Dabei werden sie nicht müde zu betonen, daß Indonesien alle strategisch wichtigen Rohstoffe besitzt.[30] Zusätzlicher Anreiz für die deutsche Wirtschaft ist das „ausreichende Arbeitskräftereservoir" (General Tirtosudiro), auf der einen Seite „eine Quelle billiger Arbeitskraft und auf der anderen Seite ein potentieller Markt für Industrieprodukte." (Franz Burda jr.)[31] In der gegenwärtigen Situation hat die westdeutsche Bourgeoisie für solche Argumente offene Ohren, da sie die „unproduktiven

20) Vgl. FAZ v. 25.4.74 u. 19.3.75.

21) Vgl. FAZ v. 10.2.75.

22) Vgl. W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 134.

23) Vgl. Arghiri Emmanuel, Das Proletariat der privilegierten Länder partizipiert an der Ausbeutung der Dritten Welt, zit. n. Internationalismus Materialien 1, SVI, Wuppertal 1971, S. 52.

24) Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 3/73, S. 2.

25) Vgl. K.H. Scharrer, Förderung privater Direktinvestitionen, KWWA, Hamburg 1962, S. 603 f.

26) Vgl. K. Unger, a.a.O., S. 672.

27) Vgl. R. Sutter K.W. Menck, Investieren in Südostasien, HWWA, Hamburg 1973.

28) Vgl. FAZ v. 29.4.75.

29) Vgl. H. Scharrer, a.a.O., S. 562, zit. nach K. Unger, a.a.O., S.687. Vgl. auch KSTA v. 10.1.74.

30) Vgl. Interview mit General H.A. Tirtosudiro in: Wirtschaft und Investment, Februar 74, S. 178 ff.

31) Einladung zur Investition in Indonesien, Bonn 1974, u. „Die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens" F. Burda jr.

Produktionszweige" (Eppler) der verarbeitenden Industrie in Entwicklungsländer zu verlagern strebt, um so den Profit zu erhöhen.[32]

Vor allem die chemische Industrie investiert heute jede dritt Fabrik im Ausland. Arbeiter bei Bayer (Leverkusen) oder bei Schering (Berlin) sind von der Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer wie Indonesien unmittelbar betroffen.[33]

Branchenmäßige Aufteilung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland in Prozenten der investierten Gesamtsumme. Stand Ende 1971

Chemie	23,1
Elektrotechnik	11,6
Eisen und Stahl	6,1
Automobilbau	9,1
Maschinenbau	7,2
Erdöl	4,2
Banken	3,9
sonstige Branchen	34,8

Quelle: Auslandskurier Juli 1973

c. Die staatliche Entwicklungshilfe in Indonesien[34]

Ein wesentlicher Teil der deutschen Entwicklungshilfe fließt über „multilaterale Geldinstitute" wie die Weltbank, die „International Development Organisation" (IDO) oder regional untergeordnete Institutionen wie die „Asian Development Bank" (ADB) nach Indonesien. Die Weltbank finanzierte beispielsweise 1973 mit 3,2 Mrd. US $ 174 Projekte. Die BRD ist mit 11,4-prozentigem Anteil an der Weltbank beteiligt, während die USA mit 33 % den Löwenanteil besitzen.[35] Die Weltbank finanzierte die Pearson-Studie über die Ergebnisse der ersten Entwicklungsdekade, in der die Ansätze zu einer neuen imperialistischen Strategie erkennbar wurden.[36] Nach der sich anbahnenden militärischen Niederlage der USA in Indochina war es notwendig, neue Instrumente zur Niederhaltung der asiatischen Völker zu entwickeln. Robert McNamara, Architekt des Vietnamkriegs, hat in seiner heutigen Funktion als Weltbankpräsident die neue Politik so formuliert: „Wo es eine Handvoll Privilegierter und ein Millionenheer verzweifelter Armer gibt . . . ist es nur eine Frage der Zeit, wann eine Entscheidung zwischen den politischen Kosten einer Reform und dem politischen Risiko einer Rebellion getroffen wird." Dies scheint das Leitprinzip der neuen Politik geworden zu sein. „Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent", Schaffung von Arbeitsplätzen, Land- und Verwaltungsreform und mehr soziale Ausgaben sind die Hauptmaßnahmen des neuen Weltbankprogramms.[37]

Die Asian Development Bank (ADB) hat eine regional spezifische „Entwicklungsstrategie" für Südostasien ausgearbeitet. „Auf Grund der komplementären Struktur einiger rohstoffreicher Länder wie Indonesien und Philippinen zum benachbarten Japan oder auch Korea und Taiwan" betont die ADB-Studie die „Notwendigkeit" einer exportorientierten Strategie."[38]

Die sozialen Spannungen dieser Region sollen durch die „grüne Revolution" und die Verbesserung der Infrastruktur aufgehoben werden. Eine neue Industrialisierung soll allmählich die Produktion von Halb- und Fertigprodukten in Südostasien möglich machen.

Die „Neue Arbeitsteilung" wäre: Südostasien exportiert Reis, Rohstoffe und Halbfertigprodukte, Japan (Industrieländer) führt Fertigprodukte aus.[39] Studien wie die der ADB sind für die staatliche Entwicklungshilfe der BRD richtungsgebend. Die BRD gehört zusammen mit 11 anderen Gläubigerländern Indonesiens zu dem Konsortium der Intergovermental Group on Indonesia (IGGI). Innerhalb der IGGI, die ihre Kredithilfe an Indonesien von 167,3 Mio DM im Jahre 1967 auf 876,6 Mio US $ im Jahre 1973/74 gesteigert hat, nimmt die Weltbank den dritten Platz ein.[40] Die Steigerung der Kredite an Indonesien war nicht zuletzt einem Umschuldungsgutachten des westdeutschen Bankiers H. J. Abs zu verdanken.

Im Rahmen dieser neuen Strategie hat die verarbeitende Industrie der BRD eine wichtige Rolle zu erfüllen.

Erste Aktivität war die Unterzeichnung eines Kapitalschutzabkommens zwischen Indonesien und der BRD im Jahre 1968. Artikel 3 verbürgt Schutz und Sicherheit von BRD-Kapitalanlagen, Artikel 4 gewährleistet „den freien Transfer[41] des Kapitals, der Erträge daraus. . ."
Da auch der indonesische Fünfjahresplan (Repelita) auf der ADB-Strategie aufbaut, fallen westdeutsche Entwicklungshilfeprojekte weitgehend mit den Zielsetzungen dieses Planes zusammen.

Schwerpunkte des ersten Fünfjahresplanes waren die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und die Wiederherstellung der Infrastruktur.

Eine Studie der Bundesregierung weist außerdem auf die „Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung" hin.
Diese und „die wenig entwickelte... Infrastruktur erschwert die politische Integration des Landes, behindert die Investitionstätigkeit und hemmt das Wachstum der Wirtschaft." Dies wirke sich „bei den regionalen und ethnischen Gegebenheiten besonders nachteilig aus."[42]

Die deutsche Entwicklungshilfe wird deshalb vor allem auf folgende Gebiete konzentriert:

a) Landwirtschaft
b) Metall- und holzverarbeitende Industrie
c) Verkehrswesen (Eisenbahn, Schiffahrt, Luftfahrt)
d) Weitere Infrastruktur (Fernmeldewesen, Elektrizität, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheitswesen)
e) Klein- und Mittelindustrieförderung[43]
f) Fortbildung v. Verwaltungsbeamten.

Die öffentliche Entwicklungshilfe der BRD zwischen 1968 und 1971 umfaßt 17 Infrastrukturprojekte im Werte von 178,7 Mio DM, 3 Projekte der verarbeitenden Industrie im Wert von 24 Mio DM und Warenhilfe im Werte von 241 Mio DM. Letztere bestand größtenteils aus der Ausstattung von Infrastrukturprojekten oder Nahrungsmittellieferungen.[44]

32) Vgl. E. Eppler, Entwicklungspolitik und Eigentinteressen, in Europa-Archiv v. 6/71, S. 190.
33) Vgl. Kommunistische Volkszeitung v. 10.7.75, S. 5.
34) Vgl. Blätter des iz3w, Nr. 26/27, Nr. 28, Nr. 31, Nr. 32, 1974. und die Indonesienkorrespondenz Nr. 1/1974.
35) Nachrichten für Außenhandel v. 24.9.74.
36) Zur Analyse des Pearson-Berichts siehe F. Kramer: Zukunft des Imperialismus, in: Neues Rotes Forum v. Dez. 1970.
37) Vgl. R. McNamara, Ansprache an die Gouverneure v. 25. Sept. 72, unveröffentlicht. Manuskript, vgl. auch: R. McNamara, Eine Strategie für die Entwicklung ländlicher Gebiete, Landwirt im Ausland, v. Jan. 74, S. 1/3.
38) Vgl. FAZ v. 10.4.72.
39) Vgl. Le Monde v. 9.2.1971.
40) Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 15.7.73.
41) Vgl. Einladung zur Investition, a.a.O., S. 30/31.
42) Vgl. Länderbezogene Hilfsprogramme Indonesien, Bonn 24.1.72, S. 4.
43) Vgl. Länderbezogene Hilfsprogramme a.a.O., S. 13 ff.
44) Hochrechnung lt. Makro- und Sektoranalyse des BMZ, Bucher und Taake, Bonn 1971, S. 137 ff.

Einen Hinweis liefert auch die Tätigkeit der deutschen Experten im Rahmen der Technischen Hilfe an Indonesien. Die deutsche Botschaft verfaßte 1972 eine Expertenliste, aus der hervorgeht, daß von den 130 deutschen Experten in Indonesien 60 % in der Infrastruktur, 30 % im industriellen oder sozialen Bereich und etwa 10 % in der Landwirtschaft tätig waren.[45]

Es ist klar, daß sich eine Volkswirtschaft, die nach kapitalistischen Maßstäben unterentwickelte Produktionsverhältnisse aufweist, kaum mit Kapitalinvestitionen auf dem Sektor der modernen Konsumgüterindustrie durchdringen läßt, wenn nicht vorher die Randbedingungen im Bereich der Kommunikation, des Transports und der Verwaltung durch einen Ausbau der Infrastruktur geschaffen worden sind. Die Menschenmassen Asiens sind für die Arbeits- und Konsummärkte des Imperialismus eine Zukunftsperspektive, die freilich durch „traditionelle Verhaltensweisen" dieser Massen noch beschränkt wird. Das läßt sich jedoch durch technische Hilfe überwinden. Die staatliche Entwicklungshilfe bereitet den Boden vor für deutsche Kapitalinvestitionen und Warenausfuhr nach Indonesien.

d. Der Konkurrenzkamp mit dem japanischen und US-Imperialismus

Eine andere Funktion des Staates ist die Unterstützung der eigenen Industrie in ihrem Konkurrenzkampf gegen die wichtigsten imperialistischen Mächte in dieser Region. USA und Japan. Beide Länder sind nicht nur dem Volumen der Investitionen und des Außenhandels nach die größten Mächte in Indonesien, sondern auch die bedeutendsten kapitalhilfeleistenden Länder (siehe Tabelle). Überdies sind sie durch Scheinfirmen auf den Bahamas, in Panama, Kanada, den Philippinen und Südkorea nochmals vertreten und tauchen als solche nicht in den Statistiken auf.

Dem Investitionsvolumen nach liegt das chinesische Kapital aus den Submetropolen Singapur und Hongkong an dritter Stelle:

Die japanischen und US-Kapitale haben lange Erfahrungen in Indonesien und eine geographisch günstige Ausgangsposition. Die Rolle der USA als Ordnungsmacht in diesem Raum und die Einbeziehung Japans in die von den USA (und der Weltbank) geplante Entwicklungsstrategie für Südostasien bedeuten unübersehbare Vorteile. Der Kampf um Rohstoffquellen und Marktvorteile zwischen beiden Mächten geht jedoch unvermindert weiter. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt fest: „Indonesien stellt Japan zwar eine vertraglich zugesicherte Absatzmenge zur Verfügung, aber in Japan wird befürchtet, daß amerikanischer Druck diese Menge vermindern wird. Entscheidend für das Verhältnis Japans zu den südostasiatischen Staaten wird daher die Entwicklung der internationalen Beziehungen in diesem Raum sein."[46]

Mio Dollar	Kapitalhilfe 1967 - 74	Investitionen 1974	Export	Import
USA	150	963	218	236(72)
Japan	180	800	501	149(71)
Singapur	–	100	72	149(71)
Hongkong	–	347	10	19(71)
BRD	57	162	198	140(73)

Quelle: Sinar Harapan, v. 10.10.72; Blätter des iz3w, Nr. 24/73, S. 37, Aktueller Informationsdienst Asien, Hamburg, Nr. 111 v. 14.8.74, Harapan Tanah Air, Nr. 1/74, S. 25, NZZ v. 10.10.73

Die extreme Abhängigkeit der japanischen Wirtschaft von Rohöl und Rohstoffen sowie die wachsenden Widersprüche im Innern bestimmen das Verhalten der japanischen Wirtschaftspolitik im Ausland.[47] Das rücksichtslose Vorgehen des japanischen Imperialismus wird nicht ohne weiteres von den Völkern Südostasiens hingenommen. Beim Staatsbesuch des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka im Januar 1974 wurden von demonstrierenden Studenten japanische Autos und Geschäfte verbrannt und demoliert. Die Japaner hatten ihr endgültiges Image als „häßliche Japaner" bekommen.

In der BRD ausgebildete Technokraten im Beraterstab Suhartos schlugen unmittelbar nach diesen Äußerungen des Volkszorns vor, statt japanischem deutsches Kapital ins Land zu holen.
Die Saat langjähriger imperialistischer Politik war damit aufgegangen.
Aus den Fehlern der USA und Japans hat die westdeutsche Bourgeoisie gelernt. Im Kielsog beider Mächte konnte sie das Image „des ehrlichen Maklers" pflegen. Tatsächlich stiegen die BRD-Kapitalinvestitionen, die bis 1973 etwa 22 Mio DM betrugen, 1974 sprunghaft auf 162 Mio DM an. Die BRD ist damit viertgrößte Investitionsmacht und wichtigstes europäisches Investitionsland in Indonesien geworden.[48]

e. Der BRD-Imperialismus auf dem aufsteigenden Ast

Bis 1973 gliederten sich die deutschen Investitionsprojekte wie folgt auf:

Deutsche Investitionen in Indonesien bis 1973[49]

Art	Projekte	Summe (Mio DM)
Chemische Industrie	9	14,1
Futter- und	8	7,2
Nahrungsmittel verarbeitende Industrie	7	6,0
Elektroindustrie	2	6,1
Gesamt	26	33

Unter den wichtigsten Investoren trifft man auf illustre Namen wie: Daimler Benz, VW, Siemens, Commerzbank, Deutsche Bank, Schering, Hoechst.

Fragte sich die „Frankfurter Allgemeine" 1973 noch: „Verpassen die Deutschen Chancen in Indonesien?"[50], so war die Lage 1974 schon ganz anders. Siemens verkaufte zwei große Telefonnetze an die staatliche Ölgesellschaft Pertamina. Weiterhin soll ein Nachrichten-Satellitensystem mit zwei Satelliten und 20 Bodenstationen für die Propaganda General Suhartos von westdeutschen Firmen geliefert werden.[51] Einen indonesischen Großauftrag von rund 30 Mio DM bekam Babcock und Wilcox AG (Oberhausen) im selben Jahr. Zwei Kraftwerkkessel für die indonesische Stromversorgungsgesellschaft sollen bis 1977 geliefert werden.[52]

45) Lt. Liste der Deutschen Botschaft „Deutsche Experten in Indonesien", Juli 72.
46) Vgl. Japans Einfluß in Südostasien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1974, S. 24.
47) 10 % des japanischen Erdöls kommt aus Indonesien, Vgl. Japans Einfluß, a.a.O., S. 21.
48) Vgl. Einladung zur Investition, a.a.O., S. 38.
49) Vgl. Einladung zur Investition, a.a.O., S. 40 ff.
50) FAZ v. 18.6.73.
51) Vgl. Transtel Echo III/75.
52) Vgl. dpa Meldung v. 26.6.75.

Die indonesischen Ölmilliarden haben die BRD erreicht. Als „größten Auftrag aller Zeiten" bejubelte die Unternehmerzeitschrift „Capital" einen Exportauftrag an Klöckner, Siemens, Salzgitter und Hochtief[53] für den Aufbau einer Stahlindustrie in Kotabaja bei Cilegon. Dieses Projekt, von der Gute-Hoffnungshütte mit General Ibnu Sutowo von der Pertamina ausgehandelt, wird schätzungsweise 1 Mrd DM an Investitionen verschlingen. Das aufwendige Projekt,vergleichbar mit Rurkela in Indien, soll die Militärbourgeoisie in die Lage versetzen, Stahl auf den südostasiatischen Märkten zu verkaufen.

Entgegen der Weltbankkonzeption für eine Entwicklung in Südostasien möchte das indonesische Militär – gestärkt durch zusätzliche Einnahmen aus dem Ölboom – nicht Vorlieb nehmen mit der Indonesien zugedachten Rolle als Rohstoffexporteur und Lieferant von Halbfertigwaren. In schärfster Konkurrenz mit den Japanern soll die Expansion auf den märkten Südostasiens vorangetrieben werden. Wichtigster Verbündeter bei diesem unternehmen ist die westdeutsche Bourgeoisie. Sie geht dabei keine uneigennützigen Geschäfte ein.

In dem Kampf um Absatzmärkte wird nicht gerade zimperlich vorgegangen. Folgendes Beispiel mag dies verdeutlichen: 1973 reisten drei westdeutsche Experten für Bildungswesen nach Indonesien, mit dem Auftrag der Bundesregierung, eine Rentabilitätsstudie über die materielle Ausstattung der indonesischen Schulen anzufertigen. Die Projektstudie schlug der Bundesregierung vor, an Indonesien technische Hilfe (3,5 Mio DM) und Warenlieferungen (didaktisches Material) im Werte von 75 Mio US $ zu leisten.[55] Bei der Rückkehr der Expertenkommission stellte sich heraus, daß ihr zwei Mitglieder der Direktion von „Leybold Heraeus GmbH und Co KG", einem der größten Lehrmittelhersteller in der BRD, angehörten. Das Kapital von Leybold wird unmittelbar von Degussa und am Ende einiger Schachtelfirmen letztlich von einem Konsortium der Deutschen Bank, Siemens AG und der Allianzversicherung kontrolliert.[56] Die Namen derselben Konzerne tauchen hinter einer anderen deutschen Firma auf, der „Norddeutsche Affinierie AG" in Hamburg. Diese Firma hat für die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik den Vorreiter gemacht. Die Norddeutsche Affinerie Hamburg hat sich schon 1970 durch langfristige Lieferverträge mit der US-Firma „Freeport Sulphur Company" ein Drittel der Kupferförderung Indonesiens gesichert. Zusammen mit der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau ist sie an dem Abbau der Kupfervorräte West-Irans beteiligt.[57]

Der Kreislauf zwischen Staat, konsumgüter- und rohstoffliefernder Industrie ist damit geschlossen. Es ist auch kein Zufall, wenn im südlichen Afrika oder Brasilien dieselben Firmen auftauchen: Siemens AG, Deutsche Bank und Degussa.

f. Interesse der Systemsicherung in Indonesien

Hauptziel des westdeutschen Imperialismus bleibt, den direkten Zugang zu den Rohstoffquellen Indonesiens zu erhalten.

Nächstes Nahziel ist der Nickelabbau auf der Insel Sulawesi, wo die „International Nickel Corporation" ein Förderprojekt von 150 Mio US $ durchführt.[59] Angesichts der internationalen Verflechtung des Kapitals wird es trotz der Konkurrenz aus den USA und Japan nicht schwer sein, eine Beteiligung an weiteren Rohstoffabbauprojekten zu erreichen. Ein wichtiger Trumpf der westdeutschen Bourgeoisie ist es, die Militärdiktatur zu unterstützen bei ihrem Plan, die Expansion auf dem Innen- und Außenmarkt durch den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie abzusichern. Pläne für die Teilindustrialisierung wurden von westdeutschen Wissenschaftlern schon erstellt. Die Grundgedanken solcher „Pull-Strategien" (A. Kruse-Rodenacker) sind immer die gleichen:[60]

Durch die Errichtung von Schwerpunktprojekten als „Inseln der Modernisierung wie das Asahan-Staudammprojekt in Nordsumatra, die großen Holzschlagunternehmen . . . in Kalimantan, die Kupferminen in Iran-Jaya, die . . . Erdöllager auf mehreren Inseln" (Prof. W. Röll) sollen für eine große Anzahl von Javanern Arbeitsplätze besorgt werden.[61]

Die Entwicklungshilfe der westdeutschen Bourgeoisie zielt mit dem Aufbau eines effizienten Verwaltungsapparates auf die Festigung eines starken, von Java aus gelenkten Zentralstaates „zum Ausgleich der regionalen und ethnischen Gegensätze in Indonesien" (BMZ). Sie weiß, weshalb das notwendig ist. Denn die ehrgeizigen Industrialisierungspläne der hauptsächlich javanisch orientierten Militärbourgeoisie erfordern eine Repression der Volksmassen der nicht-javanischen Ethnien auf den Außeninseln.

Die Vorarbeit für diese „Modernisierung" wurde im Zuge der „inneren Kolonisierung" durch das Staatsvolk der Javaner unter holländischer Verwaltung geleistet. Durch die „Transmigrationspolitik" wurden jährlich tausende javanische Arbeiter auf holländische Plantagen Sumatras und der anderen Inseln verschickt. Die Transmigration als Lösung für die Bevölkerungsproblematik des überfüllten Javas wurde nach 1945 vom nationalistischen Regime Sukarnos weitergeführt. Nach der Machtergreifung General Suhartos bekam die innere Kolonisierung jedoch eine neue Qualität: die javanische Militärclique griff zu härteren Mitteln. 1967 flohen über 20 000 chinesische Bauern aus dem Inland Kalimantans vor der Rassenhetze der Militärs. 1973 erreichten Meldungen die Weltöffentlichkeit, daß rund 30 000 in der Steinzeit lebende Papuas von Strafexpeditionen der Militärs auf die Kupferinsel Irian umgebracht wurden.[62] Noch heute leben 35 000 Bewohner der Molukkeninseln in den Niederlanden und weigern sich in ein – vom javanischen Militärregime beherrschtes – Indonesien zurückzukehren. Sie fordern stattdessen die Errichtung eines eigenen Staates der Südmolukken.[63]

Inzwischen wurde ein Forschungsprojekt Berliner Ethnologen über die Anpassung der Papuas an Verhaltensweisen des industriellen Zeitalters (sprich: die Erziehung von Steinzeitmenschen zu brauchbaren Industriearbeitern auf der Insel Irian) ersatzlos gestrichen.[64] Es ist kein Zufall, wenn Entwicklungsprojekte zum Schutz peripherer, auf einer niedrigen Entwicklungsstufe stehender Ethnien eingestellt werden und gleichzeitig Projekte der „modernen Entwick-

53) Capital, Mai 75.

54) FAZ, 16.1.74, Capital, a.a.O.

55) Vgl. Proposal for technical Assistance ard Project Aid 1973-1974, Ministry of Education and Culture, Jakarta 1974.

56) Vgl. Kapitalverflechtung in der Bundesrepublik, Kursbuch 21, und „Wer gehört zu wem?", Commerzbank 1973.

57) FAZ v. 16.7.73.

58) Vgl. Franz T. Lee, Südafrika vor der Revolution, Fischer Tabu 1134.

59) Vgl. FAZ v. 16.7.73.

60) Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit 4/75, S. 4 ff.

61) Vgl. Prof. Dr. W. Röll, Indonesien, sozioökonomische und infrastrukturelle Entwicklungsprobleme im Malayischen Archipel, Hamburg 1974, unveröffentlichtes Manuskript, S. 21.

62) Vgl. Indonesienkorrespondenz Nr. 2 April/Mai 1975, S. 11-14.

63) ebenda.

64) Eine Kurzbeschreibung des Projekts in Zeitschrift für Ethnologie, Vol. 99, Nr. 1/2 1974.

lungsplanung" (Prof. Röll), die eine Industrialisierung durch das Vorantreiben der inneren Kolonisierung empfehlen, Vorrang genießen. Das Kapital zieht die Kolonisierung der Außeninseln mit willigen javanischen Arbeitern einem langwierigen und kostspieligen Erziehungsprozeß aufsässiger Minderheiten vor.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat sich damit zum Gehilfen einer inhumanen Entwicklungspolitik gemacht, die sich in keiner Weise unterscheidet von den rassistischen Vernichtungsfeldzügen in der Ära der Kolonisierung Amerikas und Australiens.

Der westdeutsche Plan sieht vor, die reichen Rohstoffreserven der Außeninseln und den Arbeitskräfteüberschuß Javas auf die oben erwähnte Art für die kapitalistische Submetropole Indonesiens fruchtbar zu machen. Dies würde nicht nur den strukturpolitischen Interessen einer „zukunftsorientierten ... deutschen Entwicklungspolitik" (BMZ) entgegenkommen, sondern auch eine „größere Selbständigkeit gegenüber politischen und wirtschaftlichen Einflüssen" im südostasiatischen Raum schaffen. Daß es nicht nur darum geht, der „Instabilität und Konfliktsituation in dieser Region zu begegnen" (sprich: die nationalen Befreiungsbewegungen niederzuhalten), wird von der Bundesregierung ebenfalls angedeutet. Eine „einseitig an das japanische Wirtschaftssystem gebundene südostasiatische Region kann nicht im Interesse einer ausgeglichenen weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung liegen."[65]

Die westdeutsche Bourgeoisie ist sich bewußt, daß die Niederhaltung der indonesischen Volksmassen durch die Militärdiktatur mit ihrem eigenen Interesse an Systemsicherung konform geht. Wie wichtig die Erhaltung des status quo in Indonesien für den westdeutschen Imperialismus ist, wurde deutlich nach der Befreiung von Südvietnam und Kambodscha. Unmittelbar danach entwickelten deutsche Politiker eine zuvor unbekannte Aktivität: Unter Leitung des Sozialdemokraten Schmitt-Vockenhausen flog eine Parlamentarier-Delegation nach Djakarta.

Vertreter der drei großen Parteien kamen bei dieser Gelegenheit mit der Regierungsspitze Indonesiens zusammen. General Suharto wurde dabei nicht müde zu betonen, daß die Niederlage der USA in Indochina, insbesondere die zurückgelassenen Waffen im Wert von 3,5 Mrd. US $, eine unmittelbare Bedrohung für das indonesische Regime darstellt.[66] Es scheint sehr unwahrscheinlich, daß die bundesdeutsche Delegation beim „goodwill"-Besuch zur Verbesserung der Beziehungen mit dem Suhartoregime keine festen Zusagen hinsichtlich einer stärkeren Unterstützung gemacht hat. Schmitt-Vockenhausen fand jedenfalls eine „positive Entwicklung" in Indonesien vor und lobte das Regime Suhartos als „vernünftig" und „an moderner Entwicklung orientiert".[67] Wenig später besuchte General Suharto Japan und die USA, wobei die verbesserten Beziehungen ihren Ausdruck fanden in umfangreichen Waffenkäufen.

Die Weitsicht des westdeutschen Staates bei der Unterstützung für die „moderne Führung" Indonesiens wurde bereits bei der Unterstützung des indonesischen Geheimdienstes durch den Bundesnachrichtendienst (BND) im Jahre 1965 deutlich. Bei der Machtergreifung Suhartos leistete der BND Amtshilfe für den CIA und besorgte die Beweise für eine angebliche kommunistische Verschwörung in Indonesien. Hunderttausende Unschuldige wurden daraufhin vom Militärregime umgebracht.[68] Dies war nicht das letzte Mal, daß die westdeutsche Bourgeoisie in das politische Leben Indonesiens eingegriffen hat.

Durch das Instrument der „auswärtigen Kulturpolitik" und die Arbeit der politischen Stiftungen im Entwicklungshilfe- und Bildungshilfesektor war die Möglichkeit gegeben, sich besondere Sympathien der indonesischen Oberschicht zu erwerben, da diese traditionsgemäß in holländischen Schulen erzogen wurde und Niederländisch immer noch als Elitesprache gilt.[69] Die Voraussetzungen für den BRD-Imperialismus, als „ehrlicher Makler" oder als der „bessere Holländer" in Indonesien aufzutreten, sind deshalb ausgezeichnet.



Kaum Hoffnung auf Arbeitsplätze, Schulbesuch, Weiterbildung: Indonesier

Daß der BRD-Imperialismus im Konkurrenzkampf mit den Amerikanern und Japanern sein ganzes Gewicht in die Waagschale legt, wurde spätestens klar, als sich der VW-Konzern entschloß, ähnlich wie in Brasilien einen Teil der Produktion nach Indonesien zu verlagern. Dies war nicht nur ein Versuch, auf dem südostasiatischen Markt Fuß zu fassen, sondern kam den Absichten der indonesischen Militärbourgeoisie entgegen, eine eigene industrielle Produktion aufzubauen, um eines Tages ganz Südostasien zu beliefern. Es war der Anfang eines festen Bündnisses der westdeutschen Bourgeoisie mit der indonesischen Militärclique. Als Suharto 1974 durch Erlaß die Einfuhr ausländischer Autos untersagte, war die Produktion des VW-Werks in Djakarta bereits voll

65) Vgl. Dr. Haniel, Die zukünftige Bedeutung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern der ASEAN, unveröffentlichtes Manuskript 1974, S. 12.

66) Vgl. Zeitschrift Esprit, Bonn Juli 1975.

67) Vgl. dpa-Meldung v.7.5.75, auch Graf von Lambsdorff (FDP) wurde am 5.6.75 von General Suharto empfangen, vgl. DDP v. 5.6.75.

68) Vgl. Herman Zolling in DER SPIEGEL, v. 3.3.71 und G. Zwerenz in KONKRET v. 24.2.72.

69) Vgl. Indonesien Korrespondenz v. Dezember 1974/Nr. 2, S. 11 ff.

im Gang und aufgrund der hier praktizierten „joint-production" und des „joint venture" – Musterbeispiele der Zusammenarbeit des ausländischen Kapitals mit der einheimischen Kompradorenbourgeoisie – nicht nur unbetroffen, sondern durch die indonesische Gesetzgebung sogar besonders geschützt.

Daß der VW-Konzern sich lediglich durch eine klügere Bestechungspraxis von seiner japanischen Konkurrenz unterscheidet, zeigt die Tatsache, daß er General Suharto öffentlich zwei VW-Wagen als Geschenk übergab. Wenig später ordnete das Innenministerium Indonesiens an, daß alle Kreisämter bis in die tiefste Provinz mit VW-Geländewagen ausgestattet werden. Diese Maßnahme war für die Kreisämter noch bis zum Jahre 1973 ein ernstes Problem, da Anschaffungs- und Fahrerkosten von ihnen selbst getragen werden mußten. In den meisten Fällen war gar kein Bedarf vorhanden, da die Kreisämter bereits mit Militärwagen ausgestattet waren.[70]

Vertreter deutscher politischer Stiftungen waren jahrelang damit beschäftigt, durch Eindringen in den Kulturbereich Indonesiens „Korrespondenzgruppen" für die westdeutsche Bourgeoisie aufzubauen.

1974 wurde von indonesischen Studenten gegen das japanische Kapital und chinesische Geschäfte demonstriert. Viele Kader der Studentenbewegung wurden im Rahmen eines westdeutschen Programms ausgebildet. Die Demonstration artete aus in wilde Vernichtungsaktionen gegen japanische Autos und das Eigentum der chinesischen Minderheit in der Hauptstadt. Danach stellte sich heraus, daß Mitarbeiter eines BRD-Projektes inbesondere Mitglieder der einheimischen islamischen Bourgeoisie gefördert hatten, die sich weniger gegen das japanische Kapital in Indonesien im allgemeinen richtet als auf eine gewisse Kontrolle der japanischen Aktivitäten und vor allem auf eine Ablösung der Geschäftspartner der Japaner, die meist zur chinesischen Minderheit Indonesiens gehören, durch „reinrassige" („ASLI") Geschäftsleute.[71] Die BRD hat sich damit ähnlich wie die USA in Indochina aktiv in innerindonesische rassische Auseinandersetzungen eingemischt.

Auch die deutsche Botschaft war aktiv. Sie unterhielt in den Jahren 1972/73 gute Beziehungen zu hohen indonesischen Offizieren, von denen viele auf Bundeswehrakademien (u.a. in Hamburg) ausgebildet worden sind, einer von ihnen, General Sumitro, war wie die Studenten gegen das japanische Kapital eingestellt. Er galt als einer der härtesten Widersacher Suhartos in der Armee.

Die Sympathien General Sumitros für die antijapanischen Studenten wie auch seine Antipathien gegen die verfolgte chinesische Minderheit war allgemein bekannt. Nach den Massakern an den Kommunisten im Jahre 1966 rief General Sumitro alle Indonesier ausländischer Herkunft aus seinem Wehrbereich zusammen und hielt eine lange Ansprache, in der er seinen Haß auf die nicht „reinrassigen" Indonesier wiederholt betonte. Die unmittelbare Konsequenz der Ansprache war ein Religions- und Schulverbot für die chinesische Minderheit sowie das Verbot, die chinesische Sprache zu verwenden. Nach den Unruhen vom Januar 1974 wurde der große Ehrgeiz und die Popularität Sumitros dem Präsidenten Suharto unheimlich. 1975 ist Sumitro, der wahrscheinlich insgeheim von der westdeutschen Bourgeoisie begünstigt wurde, frühzeitig in den Ruhestand versetzt und damit ausgeschaltet worden.

Ein weiterer Einmischungsversuch der westdeutschen Bourgeoisie ist die Aktivität der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Bildungshilfesektor. Durch ihren Vertreter in Djakarta, Walter Böhm (später durch Spionage-Anschuldigungen des DGB-Hauptvorstandes bekannt geworden), hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnete Beziehungen zum Suharto-Regime. Als dessen besonders loyaler Vertreter unternahm Böhm bei einem Heimatbesuch 1970 Schritte im DGB-Hauptvorstand, um die Publikation eines kritischen Indonesien-Artikels des Autors in einem Gewerkschaftsorgan zu verhindern.[73]

Im Jahre 1975 zeichnete sich die Friedrich-Ebert-Stiftung durch besondere Loyalitätsbezeugungen gegenüber dem Suharto-Regime aus. Sie unterstützt ein „Reintegrationsprojekt" der indonesischen Regierung und finanziert die Herausgabe einer Zeitschrift für 12 000 in der BRD auszubildende Fach- und Führungskräfte aus Indonesien. Die Haupttendenz dieses in 10 000er Auflage erscheinenden, kostenlosen Indoktrinierungsorgans („Hoffnung des Vaterlandes") für die Militärdiktatur ist die Aufforderung zur Rückkehr nach der Ausbildung und zur Mitarbeit am Aufbau eines „modernen Indonesiens". Die Ironie dieses „Reintegrationsprojektes" liegt darin, daß 90 Prozent der auszubildenden Indonesier in der BRD zur chinesischen Minderheit gehören, die wegen rassischer Diskriminierung in ihrer Heimat nicht zum Studium zugelassen wurden oder wegen Aussichtslosigkeit ihrer Lage das Land verlassen hatten.

Schon 1966 leistete die Universitätsbürokratie in der BRD tatkräftige Amtshilfe für die indonesischen Behörden, als diese zwecks Überprüfung der politischen Gesinnung nach der Machtübernahme General Suhartos die Adressen mehrer tausend indonesischer Studenten in der BRD verlangte. Die dafür zuständigen Akademischen Auslandsämter stellten der indonesischen Botschaft bereitwillig Adressen und Universitätsräume für die politische Überprüfung ihrer Studenten zur Verfügung.

Diese Disziplinierungsmaßnahmen gegen indonesische Studenten der verfolgten chinesischen Minderheit bedeutet die aktive Abstützung der rassistischen Politik der Militärdiktatur und zeigt, wie weit die Kooperation zwischen den Bourgeoisien Westdeutschland und Indonesiens schon gediehen ist. Es ist eine Aufgabe für die fortschrittlichen Kräfte in der BRD, sich darüber zu informieren und dagegen aufzutreten.

---

70) Vgl. Zeitschrift Tempo 5.12.73.

71) Vgl. dazu Dr. Moh. Hatta, der islamischen MASJUMI-Partei nahestehend, der als Wirtschaftstheoretiker großen Einfluß auf die Studentenbewegung in den Jahren 73/74 ausübte. Auf einer Podiumsdiskussion vertrat er Ende 73 die Position: „Diejenige, die am meisten von den Auslandskrediten des Staates profitiert haben, sind die neuen Staatsbürger chinesischer Herkunft ... ich bin nicht gegen das Auslandskapital. Aber es muß darauf geachtet werden, daß das Fremdkapital nicht einer neuen Wirtschaftskolonisierung gleichkommt." Hatta vertrat in seinem Beitrag weiterhin die Auffassung, daß die Kooperation des Fremdkapitals mit „reinrassigen" Unternehmen kein Neiokolonialismus darstellen würde. Vgl. Zeitschrift Horison, Januar 1974, S. 4 ff.

72) Vgl. dazu „Informationspolitik und Investitionspolitik der BRD in Indonesien" in Südostasienkorrespondenz Nr. 2/ 1972.

73) Vgl. dazu Entwicklungsländer (EW) Nachrichten, Bonn, WUS, v. 23.1.67.

Weltbank

Das neue Weltbankprogramm zur Selbstzerstörung der Landbevölkerung in der Dritten Welt

Ernest Feder, Institute of Social Studies, Den Haag

1. Die Weltbank ist ein internationales Kreditinstitut[1]. Regierungen, darunter auch Regierungen von Entwicklungsländern, bietet sie Kredite für sogenannte Entwicklungsprojekte an. Sie ist die mächtigste „Entwicklungsbehörde" der Welt, aber nicht die einzige. Die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Asiatische Entwicklungsbank arbeiten nach denselben Grundsätzen und mit denselben Interessen und arbeiten in Lateinamerika und Asien mit der Weltbank zusammen.

Ungefähr 120 Industrie- und Entwicklungsländer, fast alle nicht-sozialistisch, sind Mitglieder der Weltbank, d.h. sie sind ihre Aktionäre. Im Gegensatz zu anderen internationalen Behörden arbeitet die Weltbank nicht nach dem Grundsatz „ein Land – eine Stimme", sondern nach dem Grundsatz: je reicher ein Land ist und je größer deshalb sein Anteil am Bankkapital ist, desto größer ist sein Einfluß im Entscheidungsprozeß der Bank. Die Bank arbeitet fast wie eine private Aktiengesellschaft. Fünf Industrieländer beherrschen die Bank: Die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Japan, wobei die USA mit Abstand den größten Anteil und das größte Stimmrecht haben. Traditionsgemäß ist der Präsident der Weltbank immer ein Bürger der USA aus der Spitze der Geschäfts- und Finanzwelt. Der heutige Präsident ist Robert McNamara. Von ihm heißt es, daß seine früheren Posten in einem riesigen multinationalen Automobilkonzern (Ford) und als US-Verteidigungsminister[2] während der Eskalation des Vietnamkriegs ihm ausgezeichnete Voraussetzungen für seinen heutigen Posten als „Entwickler" der Entwicklungsländer schafften.

Natürlich sind Kapitalanteil und Stimmrecht einerseits und der Umstand, daß der Präsident ein Amerikaner ist, andererseits eine stahlharte Garantie dafür, daß die Weltbank in erster Linie die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen der USA vertreten muß und diese Politik wird sogar durchgesetzt, wenn sie offen gegen die Satzung der Bank verstößt.[3] Daher ist es keine Überraschung, daß Kredite der Weltbank in großen Mengen an Länder gehen, die die USA und andere Industrieländer „päppeln" wollen (z.B. Brasilien), oder Länder vorenthalten werden, deren Wirtschaft sie schwächen wollen (z.B. Chile unter Allende). Es gibt auch Fälle, in denen die Bank ihre Kredite oder ihre Kreditversprechen benutzt, um Regierungen zu einem bestimmten politischen Verhalten zu zwingen, das stark von den inneren Wirtschaftsplänen abweicht.[4] Zweifellos ist die Weltbank deshalb eine politische Waffe der großen Industrieländer, vor allem der USA. Dies wäre an und für sich nicht völlig zu verurteilen, wenn die Bank nicht ständig leugnen würde, daß sie diese Macht hat und sie häufig ausübt: Jeder Kreditgeber legt Wert darauf, Geld an Personen und Regierungen zu geben, die ihre Schulden zurückzahlen wollen und können. Zu Verurteilen ist im Fall der Entwicklungsländer jedoch, daß das politische und wirtschaftliche Verhalten, das von ihnen verlangt wird, oft, wenn nicht praktisch immer, „Entwicklung" schwierig oder sogar unmöglich macht.

Es nützt den reichen Nationen mehr als den Kredit nehmenden Nationen der Dritten Welt und nützt innerhalb der Kredit nehmenden Länder nur einer kleinen Gruppe von Industriellen, Kaufleuten, Großgrundbesitzern oder einheimischen Banken. Wir werden diese Frage später noch einmal behandeln.

Das wichtigste Interesse der Weltbank ist die Stärkung des Freien Unternehmertums in der Dritten Welt. Als wichtigste Vertreterin der Finanz- und Geschäftswelt der kapitalistischen Länder (eingeschlossen der multinationalen Gesellschaften und der großen internationalen Privatbanken) bekämpft sie praktisch alle Formen des Sozialismus. Es ist kein Geheimnis, daß die Projekte, bei deren Finanzierung die Bank hilft, praktisch immer das private Unternehmertum einführen oder stabilisieren sollen, direkt oder indirekt. Indirekt, da die Unterstützung des privaten Unternehmertums in großem Ausmaß in Form von öffentlichen (infrastrukturellen) Arbeiten, die von der Bank finanziert werden geschieht. Das war jahrelang sehr deutlich im Bereich der Landwirtschaft, obwohl die Bank während ihrer gesamten Existenz – bis vor einigen Jahren – auffallend wenig Interesse an der Landwirtschaft gezeigt hat (dabei ist der Kapitalmangel der Landwirtschaften der Dritten Welt ungeheuer groß). Erst in den Jahren von 1969 bis 1973 begannen Landwirtschaftskredite einen nennenswerten Anteil an dem gesamten Kreditvolumen der Bank zu bilden (etwa 23 %). Es ist überhaupt kein Geheimnis, daß die Mehrheit der Landwirtschaftsprojekte, die die Weltbank auswählte und förderte, auf die großen Landbesitzer ausgerichtet waren. Zum Beispiel wurde der größte Vorrang systematisch ausgedehnten Bewässerungsprojekten gegeben. In Landwirtschaften, in denen die Landverteilung sehr ungleich und das Landbesitzsystem die Kleinbauern benachteiligt, wie es in allen Entwicklungsländern vorkommt, nützen Bewässerungsprojekte nur den reichen Bauern. In nicht wenigen Fällen unterstützte die Weltbank vorgeblich die Finanzierung von Bewässerungsprojekten, die „Familienunternehmen" aufbauen sollten; am Ende nützten sie nur bereits vorhandenen oder aufsteigenden Großgrundbesitzern. Überdies werden die großen Bewässerungsanlagen oft von multinationalen Unternehmen gebaut und bringen ausländischen Firmen enorme Gewinne ein; private Beratungsfirmen, die Zementindustrie, die Händler für schwere Maschinen (z.B. für Erdbewegungen) und technische Ausrüstungen und ausländische technische Experten können absahnen. Bewässerungsanlagen sind (fremd) kapital- und technologie-intensiv, nicht arbeitsintensiv.

Man kann natürlich fragen: Warum erlauben arme Länder der Weltbank, die meisten der wichtigsten Bedingungen zu diktieren, unter denen sog. landwirtschaftliche und andere Entwicklungsprojekte durchgeführt werden müssen? Die Antwort hat einen wirtschaftlichen und einen politischen Aspekt. Wirtschaftlich sind die kreditaufnehmenden Länder in der Regel nicht in der Lage, selbst die Devisen aufzubringen, die notwendig sind, um die Projekte durchzuführen. Bei

der gegenwärtig vorherrschenden Weise, Entwicklungsprojekte durchzuführen, sind Devisen oft eine entscheidende Bedingung für die Umsetzung der Projekte in die Praxis. Die Weltbank kann und will diese Mittel liefern. Weltbankkredite werden stets unter Beteiligung örtlicher und ausländischer Firmen oder Banken, darunter multinationaler Konzerne und ihrer örtlichen Tochtergesellschaften, oder Mischkapitalfirmen vergeben. Dabei erhält die lokale städtische und ländliche Bourgeoisie ihren Anteil und so kann man sich darauf verlassen, daß sie auf die Annahme der Kredite drängt. Die Kredite können und werden gewöhnlich auch über kurz oder lang die Devisensituation verschlechtern[5] und damit über die Weltbank das Entwicklungsland in immer stärkere Abhängigkeit von den Industrieländern bringen. Dies kümmert die örtliche Bourgeoisie nicht besonders, denn per Saldo werden die Kosten des Projektes von den unterbezahlten Arbeitskräften des kreditnehmenden Landes bezahlt. Auch die Weltbank kümmert das nicht besonders, denn je komplizierter und heikler die Devisenlage eines kreditnehmenden Landes wird, desto größer ist die zukünftige Abhängigkeit von internationaler Finanzierung und den Industrienationen. Solange die örtliche Bourgeoisie an der Macht bleibt, sind die Interessen der ausländischen Investoren auf beiden Seiten voll geschützt.[6]

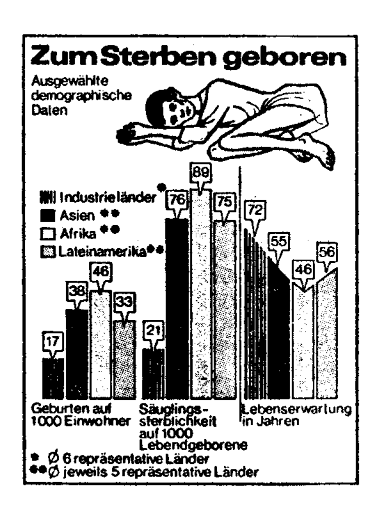
Der politische Aspekt ist folgender: Eine Alternative zu den bestehenden Praktiken wäre für ein Entwicklungsland, sich zu allererst auf unabhängige örtliche Planung und Planungsausführung zu verlassen, dabei vor allem die verfügbaren örtlichen Hilfsquellen, besonders einheimische Arbeitskräfte, örtliche Technologien, Materialien und Experten zu verwenden und Devisen eigenständig nur soweit einzukaufen, als sie gebraucht werden.

Dies würde die Förderung und Organisierung örtlicher Fachkräfte voraussetzen. Das wirtschaftliche und politische System der Länder der Dritten Welt verhindert weitgehend solche Entwicklungsprojekte. Diese Länder werden von kleinen, mächtigen Führungsgruppen beherrscht, die auf die Industrieländer orientiert sind und sich lieber auf ausländische Hilfe und Entwicklungshelfer verlassen, als auf die Ausbildung örtlicher Fachkräfte, was für sie weniger einträglich wäre. Außerdem würde dies die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessern, ihr Einkommen und ihre Erwartungen erhöhen, reichlich Arbeitsplätze schaffen und letzten Endes die Machtverhältnisse im eigenen Lande ändern. Solche Änderungen versuchen die Führungsgruppen eifrig im Keim zu ersticken, und die Industrienationen halten mit ihrer Weltbank mit, um ihre einträglichen gegenwärtigen und zukünftigen Investitionen zu schützen und die Kontrolle über die Länder der Dritten Welt aufrecht zu erhalten.

2. Die Bank bekam größeres Interesse an der Landwirtschaft gegen Ende der 1960er Jahre. Das ist kein Zufall. Man kann es nicht damit erklären, daß die Weltbank allein auf einmal erkannt hat, wie wichtig die Landwirtschaft für die Entwicklung der Dritten Welt ist. Glaubhafter kann man es mit den neuen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen innerhalb der Industrieländer und in ihren Beziehungen zur Dritten Welt erklären. Das neue Interesse der Bank ist nur ein Teil – wenn auch ein wichtiger Teil – einer neuen weltweiten Strategie der Industrieländer, besonders der USA, gegenüber den Landwirtschaften der Dritten Welt. Ich sollte jedoch betonen, daß dieser neue Trend erst in letzter Zeit sichtbar geworden ist und noch schwer mit Daten zu belegen ist.

Es gibt zwei voneinander abhängige Hauptgründe für die neue Strategie, einen politischen und einen wirtschaftlichen.

Vor etwa 15 Jahren drohte in großen Teilen der Welt, vor allem in Lateinamerika, die politische Forderung nach Landreform die Struktur der einheimischen Wirtschaften und die Beziehungen mit den Industrieländern umzustürzen. Nach der kubanischen Revolution begannen die USA deshalb mit einer Doppelstrategie: einerseits ermutigten sie milde Landreformen, die durch die etablierten, von den Großgrundbesitzern unterstützten, nationalen Regierungen durchgeführt wurden, um die Bauern zu beschwichtigen,[7] andererseits ermutigten sie, auch durch eigene Teilnahme, weltweite Unterdrückungsmaßnahmen gegen Bauernbewegungen und -Organisationen und half den Großgrundbesitzern bei der „Verteidigung gegen die Bauern". Dies waren jedoch negative Maßnahmen. Das neue „konstruktive" Programm bestand aus einer massiven Übertragung von Kapital und ausgefeilter Technologie in die unterentwickelten Landwirtschaften.



Hiermit sollten große dahinsiechende Landgüter und Plantagen modernisiert und gestärkt werden, um sie – fast nur in Bewässerungsgebieten – in kapitalintensive kommerzielle Unternehmen mit hohem Niveau von Verwaltungsorganisation und Technologie umzuwandeln. Außerdem war geplant, neue Unternehmen in neuen Bewässerungsgebieten oder anderen bisher nicht genutzten Gebieten aufzubauen. Die sogenannte „Grüne Revolution" war ein Teil dieses Modernisierungsprogramms. Ihr Zweck war es, die landwirtschaftliche Produktion rasch zu erhöhen und selbst vorher unproduktive Güter dazu zu verwenden, wichtige Beiträge zur landwirtschaftlichen Produktion zu liefern und dadurch dem Argument entgegenzuwirken, daß Landreformen notwendig seien, weil große Güter Land und Wasser monopolisieren, ohne es intensiv zu nutzen.

Ausländisches – in der Regel US-amerikanisches – Kapital und ausländische Technologie wurden massiv auf zwei Ebenen übertragen: auf der Ebene der landwirtschaftlichen Produktion (z.B. bei Landkäufen, langfristigen Landpachtverträgen, beim Kauf von Landmaschinen, Bewässerungsanlagen und anderen hochtechnisierten Ausrüstungsgütern), und bei landwirtschaftsbezogenen Industrien und Dienstleistungen (z.B. Veredelungsanlagen, Fabriken zur Herstellung und Montage von Maschinen, Absatzorganisationen, Beratungsfirmen, Export- und Importfirmen.[8] An diesem Unternehmen nahm eine ganze Reihe von Organisationen teil: die multinationalen Konzerne, bilaterale und miltilaterale Hilfsorganisationen, die „philanthropischen" Stiftungen (z.B. Rockefeller, Ford) und natürlich die Weltbank, in erster Linie durch ihre Bewässerungs- und Landwirtschaftskreditprojekte.

Diese Anstrengungen entsprachen in keiner Weise breitangelegten unabhängigen landwirtschaftlichen Entwicklungsplä-

nen, in die die gesamte Landbevölkerung einbezogen wird. Sie stellten im Gegenteil einen systematischen und koordinierten Versuch dar, einen kleinen „hochgepäppelten", effizienten und hoch subventionierten Sektor reicher Landbesitzer und Agrarproduzenten aufzubauen.

Dies wirft jedoch eine sehr wichtige Frage auf. Wie kommt es, daß die Kapitalisten der Industrieländer auf einmal Interesse an Investitionen in landwirtschaftlichen und landwirtschaftsbezogenen Industrien bekamen, von denen es immer hieß, sie würfen geringere Gewinne ab, als z.B. Investitionen in der Industrie oder im Bergbau? Nach meiner Ansicht gibt es verschiedene Antworten, doch die, die der Sache am nächsten kommt, liegt in der allmählichen Abnahme der Rentabilität der industriellen und anderer nichtlandwirtschaftlichen Übersee-Investitionen, die Mitte der sechziger Jahre Formen annahm.[9] Anders ausgedrückt, es wurde deutlich, daß die Gewinne aus landwirtschaftlichen Investitionen relativ höher wurden, als in früheren Zeiten. Die Investoren aus den Industrienationen sahen jetzt in der Landwirtschaft ein neues Investitionsgebiet. Die neue Strategie bedeutet somit *eine neue Phase der Ausdehnung des Kapitalismus in der Dritten Welt* und bei dieser Ausdehnung hat die Weltbank offensichtlich eine wichtige Rolle zu spielen. Rückblickend kann man feststellen, daß die Gegenreform-Strategie der Industrienationen zu den wirtschaftlichen Interessen der Auslandsinvestoren kam und damit schlagkräftiger wurde.

3. Die Ergebnisse des Modernisierungsprogramms waren katastrophal, wie jeder, eingeschlossen die konservativen Wirtschaftswissenschaftler innerhalb und außerhalb der Weltbank, anerkennt. Sie waren am verheerendsten in den Ländern der Grünen Revolution, wo Kapital und Technologie am stärksten konzentriert wurden. Wir wollen zuerst den Aspekt der Produktionsergebnisse betrachten. Wie zu erwarten war, führte die massive Kapitalübertragung in extrem kapitalarme Landwirtschaften zu sofortigen starken Erhöhungen der Produktion von Grundnahrungsmitteln, Plantagenerzeugnissen, Fasern und Luxusnahrungsmitteln und erlaubte es in einigen wenigen Fällen den Ländern sogar, auf dem Lebensmittelsektor Selbstversorger zu werden und Überschüsse zu verkaufen, obwohl die Ernährung der Massen weiterhin wegen deren geringer Kaufkraft völlig unzureichend blieb.[10] Dieser Aufschwung war jedoch nicht von Dauer. Er dauerte, wie vorauszusehen war, nur einige Jahre.

Alle diese Länder sind wieder gezwungen, ihre knappen Devisenreserven für umfangreiche Lebensmitteleinfuhren zu verwenden, oder sich auf Schenkungen zu stützen. Der Grund dafür scheint klar zu sein. Sobald der kleine „hochgepäppelte" Elitesektor, der von der Modernisierung profitiert hatte, genug an Kapital und Technologien hatte, mußte die Wachstumsrate der Produktion absinken und konnte nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. Die Ernährungslage kehrte zum „Normalzustand" zurück. Ebenso wichtig war der Umstand, daß Kapital und Technologie immer mehr in die landwirtschaftsbezogenen Industrien und Dienstleistungsbereiche flossen, anstatt in andere, noch nicht modernisierte Bereiche, eingeschlossen die Kleinbauern. Diese blieben kapitalarm und konnten deswegen ihre Produktion nicht entsprechend steigern, wenn überhaupt. Industrien und Dienstleistungen erlaubten große Profite und die Steigerung der Kontrolle der ausländischen Investoren über Gebrauch und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte. Somit wuchs die Summe des in der Landwirtschaft und landwirtschaftsbezogenen Bereichen investierten Kapitals schneller, als die Produktion und ohne, daß die Massen in den Entwicklungsländern etwas davon hatten.

Die sozialen und politischen Konsequenzen waren demgegenüber noch katastrophaler. Die Modernisierungsstrategie führte zuerst zu einer starken Konzentration des Landbesitzes in wenigen Händen, weil die Gewinne der marktorientierten Bauern und der städtischen Unternehmer immer mehr in Ackerland investiert wurden, so daß im Verlauf der neueren Expansion des Kapitalismus in der Landwirtschaft den Bauern immer mehr Land vorenthalten oder weggenommen wurde. In der Folge dieses Prozesses wurden kleinere Produzenten aufgekauft oder durch Verarmung und Überschuldung gezwungen, ihr Land aufzugeben. Kleinpächter wurden vom Land vertrieben und wurden entweder landlose Landarbeiter oder wanderten in die Städte. Diese Entwicklung verstärkte deutlich einen Trend, der mehrere Jahrzehnte, wenn nicht Generationen gedauert hatte. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die oft vom Einsatz von arbeitssparender Ausrüstung herrührten,[11] stiegen rasch an und soziale Konflikte hören in den „begünstigten" Regionen nicht mehr auf. In Indien z.B. sind Landbesetzungen, Zerstörungen von Traktoren und bewaffnete Konflikte zwischen Arbeitern und Landbesitzern und sogar zwischen Gruppen von Arbeitern an der Tagesordnung. Dasselbe geschieht in anderen Ländern der Grünen Revolution. Die Armut auf dem Lande steigt rapide. Diese sozialen Konflikte scheinen eine ernsthafte Bedrohung der Stabilität der Entwicklungsländer darzustellen. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie eine unmittelbare Gefahr für die etablierten Regierungen werden, ist jedoch nicht besonders groß, da sie ein riesiges Arsenal an Waffen, Militär und paramilitärischen Kräften haben, um den Unmut des Volkes unter fester Kontrolle zu halten, selbst um den Preis großer Blutbäder.

Es gibt kaumeinenZweifel daran, daß die Weltbank ihren Anteil an der Verarmung der Bauern durch ihre Kreditpolitik hat.

4. Es war jetzt praktisch unmöglich, selbst für die Weltbank, weiter die sich rasch verschlechternde Lage der unterentwickelten Landwirtschaften zu ignorieren und weiterhin einseitig finanzielle Hilfe an die örtlichen Großgrundbesitzer zu geben. Es wurde für die Bank eine politische Notwendigkeit, ihren Ruf als weltgrößter Freund der Reichen loszuwerden. McNamara schien gerade der richtige Mann für diese Aufgabe zu sein. Ich muß deshalb den Rest dieses kurzen Artikels seiner neuen Strategie, „den Armen auf dem Land zu helfen" und ihren möglichen katastrophalen Folgen widmen.

Aber bevor ich in die Einzelheiten gehe, muß ich darauf hinweisen, daß die Bank nicht die Urheberin dieser neusten Strategie war. Vor ungefähr fünf bis sechs Jahren begannen einige kleinere US-Organisationen – „philanthropische" Stiftungen, bilaterale und multinationale Hilfsorganisationen, internationale Gesellschaften – die arme Landbevölkerung zu entdecken. Teils aus Besorgnis über die wachsende politische Unsicherheit, die aus „einer immer ungerechteren Situation" herrührte, wie McNamara es später nannte, aber eher noch weil es gut für das Geschäft schien, begannen sie, im Kleinbauern-Bereich der Entwicklungsländer zu investieren.[12] Ein typischer Fall war ein Rockefeller-Ford Stiftungs-Projekt. Nachdem sie ihre Wundersorten von Weizen, Mais und Sorghum für die berühmte Grüne Revolution in Mexiko entwickelt hatten, was die Großgrundbesitzer ungeheuer bereicherte und die Bauern immer ärmer machte, dachten die beiden Stiftungen, daß es politisch vernünftig sein würde, „etwas für die Bauern zu tun". Daher entstand das Puebla-Projekt, das Kredite und neue Produktionsmittel an etwa 5 000 arme Kleinbauern lieferte. Das kennzeichnende an diesem Projekt ist, daß es nur ein Versuchsprojekt für einen unbedeutenden Teil der Armen Mexikos war, während von der Grünen Revolution eine ganze Großgrundbesitzer-Schicht

in den Bewässerungsgebieten profitierte, so daß man von keinem Versuchsprojekt mehr sprechen konnte. Überdies waren die Produktionsmittel, die man den Bauern gab, weit weniger aufwendig, als die, die die Nutznießer der Grünen Revolution bekamen. Bei einer Untersuchung des Plans kam heraus, daß die Ergebnisse des Plans aus der Sicht der Betroffenen negativ waren.[13]

Die Weltbank schaltete sich in die Entwicklung mit der Absicht, den Armen zu helfen, erst ein, als diese Entwicklung bereits in vollem Gang war. Und es wäre naiv anzunehmen, daß es purer Zufall war. Im Gegensatz zu den anderen, zusammen mit den anderen Finanzgiganten durchgeführten Projekten, wird jedoch das Weltbankprogramm für die Armen von außerordentlicher Bedeutung sein, weil sie enorme Geldmittel darauf verwenden will. Ich werde das kurz erläutern.

McNamara trug seinen neuen Plan in einer Rede vor dem Verwaltungsrat der Bank of Nairobi 1973 vor. Offensichtlich mußte er seinen Vortrag auf die Eigenheiten dieser Vertreter der Finanzwelt abstimmen und ihn Menschen schmackhaft machen, die fest daran glauben, daß was für die Reichen gut ist, auch für die Armen gut sein muß. Aber selbst wenn wir eine Menge von dem, was McNamara vortrug und wie er es vortrug, abstreichen, wäre es ein Fehler, seinen Vorschlag als *reine* Propaganda und Image-Kosmetik abzutun. Wie ich zu erklären versuchen werden, vernebelt er nur die Interessen der Armen, nicht die der anderen Beteiligten. McNamaras Argumente waren:

(1) Es gibt jetzt etwa 100 Millionen arme Kleinbauern in der Dritten Welt (700 Millionen arme Landbewohner) auf Landstücken, die nicht größer als fünf Hektar sind, wobei die meisten von ihnen viel weniger als fünf Hektar haben.

(2) Die Produktion der Kleinbauern wächst zur Zeit um 2,5 % jährlich.

(3) Die Wachstumsrate der Produktion muß auf 5 % pro Jahr wachsen, so daß sich die gegenwärtige Produktion bis zum Ende des Jahrhunderts verdoppeln wird.

(4) Um ihre Produktion zu erhöhen, brauchen die Kleinbauern die notwendigen Produktionsmittel – aber keine aufwendigen Ausrüstungen, sondern relativ einfache Gegenstände.

(5) Damit der Kleinbauer diese Mittel erhält, braucht er Kredit:
McNamara: „ohne Kredit kann (der Kleinbauer) nicht besseres Saatgut kaufen, den notwendigen Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel verwenden. *Ausrüstung mieten* oder seine Wasserversorgung entwickeln". (Hervorhebung von mir).

(6) Die Weltbank würde den Umfang der Landwirtschaftskredite in der kommenden 5-Jahresperiode von 3,1 Millarden Dollar 1969 – 1973 auf 4,4 Milliarden Dollar 1974 – 1978 erhöhen:[14]
McNamara: „70 % unserer landwirtschaftlichen Kredite (von 4,4 Milliarden Dollar sind das 3,1 Milliarden) werden *einen Teil* für die Kleinbauern enthalten."

Verschiedene Aspekte von McNamaras Vortrag fallen auf. Erstens setzte er ländliche Armut nur mit den Kleinbauern gleich und sieht über die Millionen Landlosen hinweg.[15] Das ist keinesfalls ein Versehen. Nach seiner Ansicht können die Kleinbauern zu einer kapitalistischen Wirtschaft weit mehr als die Landlosen beitragen, nämlich ihr Land. Außerdem können sie mit den Ergebnissen ihrer Arbeit auf ihrem Land Produktionsmittel kaufen, d.h. auf dem Markt für landwirtschaftliche Produktionsmittel, der vor allem den multinationalen Unternehmen gehört, auftreten. Die Landlosen können dies nicht leisten.

Indem er jedoch die Landlosen von möglichen Einkommensverbesserungen ausschließt, wird er wahrscheinlich soziale und politische Konflikte zwischen den beiden Gruppen ländlicher Arbeitskräfte verschärfen und den Erfolg seines eigenen Konzeptes in Gefahr bringen. Durch den Ausschluß der Landlosen verurteilt er sie zum Hungertod in absehbarer Zeit.[16]

Zweitens ist es äußerst zweifelhaft, ob die Produktion der Kleinbauern derzeit um jährlich 2,5 % steigt. Man kann nur rätseln, wie McNamara auf diese außergewöhnlich hohen Werte kommt. Nach meiner eigenen Erfahrung wächst die Produktion der Kleinbauern insgesamt mit einer Rate, die nahe bei 0 liegt, wenn sie nicht sogar abnimmt. McNamaras Ziel (Verdoppelung der Produktion bis zum Ende des Jahrhunderts) kann weder in dem von ihm vorgeschlagenen Zeitraum noch bis zum Jahr 2100 erreicht werden. Das heißt nicht, daß die Produktion *aller* Kleinbauern notwendig stagniert. Einige schneiden besser als andere ab und es handelt sich höchstwahrscheinlich um die größeren Produktionseinheiten. Hierauf werde ich aber später noch gesondert eingehen. Hier muß jedenfalls gesagt werden, daß bei den bestehenden Landbesitzverhältnissen die Kleinbauern kaum ihre Produktion deutlich erhöhen können. Selbst wenn sie es könnten, würden sie, da sie meist Pächter sind, wahrscheinlich wenig davon haben. Der Gewinn wird eher an die Verpächter, die Händler und die Geldleiher gehen.

Drittens sind die Produktionsmittel, die vorgesehen sind, nicht aufwendig, sondern einfacherer Natur. Schwere Ausrüstungsgegenstände, wie Traktoren, würden von reichen Großbauern oder Landmaschinenverleihern gekauft werden, die diese Maschinen dadurch abzahlen könnten, daß sie sie an Kleinbauern vermieten. Dies würde nicht nur die Betriebskosten der Kleinbauern (zahlbar in Geld oder Waren) drastisch in die Höhe treiben, sondern die Produktion der Kleinbauern völlig von den Eigentümern der Landmaschinen abhängig machen. Was noch wichtiger ist: diesem Element des McNamara-Plans scheint der Wunsch der Weltbank zugrunde zu liegen, das Kleinbauerntum als Brutstätte für Armut und Arbeitslosigkeit zu verewigen. Sie will



Haben Sie eine Ahnung, welchem verhungernden Volk mit dieser Veranstaltung gerade geholfen werden soll?

die Armut auf dem Lande nicht beseitigen. Ihr Ziel ist es, die Armut eine zeitlang abzuschwächen und Zeit zu gewinnen.

Viertens trug McNamara seinen neuen Plan als „ehrgeiziges" Programm vor. Gleichzeitig gab er jedoch zu, daß es die Produktion (nicht das Einkommen!) der Kleinbauern bis zum Ende des Jahrhunderts verdoppeln sollte. Wenn McNamara so einen Vorschlag einer Gruppe von Geschäftsleuten und Bankiers machte, die ihre Investitonen gewöhnlich in zwei, vier oder sechs Jahren abschreiben und in der Zwischenzeit beträchtliche Gewinne machen, würde es ihre andauernde Heiterkeit erregen, denn bis zum Ende des Jahrhunderts dürften sie wohl alle tot sein.[17]

Schließlich wurde McNamara sehr undeutlich, als er feststellte, welche Mittel die Bank den Armen geben würde. Der Ausdruck „einen Teil" (oben Nr. 6) kann alles bedeuten. Dies bringt uns zur nächsten Frage.

Wie führt die Weltbank ihr neues Programm im Rechnungsjahr 1973/74 aus? Ich habe den Jahresbericht 1974 der Bank sorgfältig untersucht und kam zu den folgenden Ergebnissen:

(1) Von den 928 Millionen Dollar[18] für Landwirtschaftsprojekte gab die Bank wahrscheinlich 480 – 577 Millionen Dollar[19] für Projekte aus, die ihrer Ansicht nach der armen Landbevölkerung dienten. Das heißt, daß sie im Zeitraum von 1973 bis 1978 2,4 bis 2,8 Milliarden Dollar[20] von den vorher erwähnten 4,4 Milliarden für die Armen ausgeben würde. Dies ist natürlich für die Kleinbauern ein massiver Kapitalzufluß, wenn alles an die Armen geht. Als ich diese Zahlen ausrechnete, habe ich angenommen, daß diese Mittel *nur* an die Armen gehen würden – eine Annahme, die jedoch nicht realistisch zu sein scheint.[21]

(2) Nach meinen Berechnungen kamen 1973/74 die landwirtschaftlichen Projekte der Bank 1,5 – 1,7 Millionen armen Familien zugute und etwa 1,7 – 1,8 Millionen anderen

---

(1) Zwei Tochtergesellschaften bilden mit der Weltbank die sogenannte Weltbankgruppe: die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA), die ähnliche Kredite wie die Weltbank vergibt, aber zu günstigeren Bedingungen, und die Internationale Finanzkorporation (IFC), die „kommerzielle Investitionen in produktiven privaten Unternehmen in Entwicklungsländern, die Mitglieder sind" vornimmt und fördert.

(2) McNamaras Charakter und Verhalten werden umfassend beschrieben in David Halberstam, The Best and The Brightest, London 1972. Siehe vor allem S. 213 ff, 248-250, 515 ff., 630 ff.

(3) Einen guten Einblick in die Arbeitsweise des Weltbanksystems, allein oder im Zusammenhang mit dem Internationalen Währungsfond, der sich mit den Währungs- (einschließlich Devisen-) Problemen der Länder befaßt, gibt Teresa Hayter, Aid as Imperialism, (Penguin) 1971 und Cheryl Payer, The Dept Trap, (Penguin) 1974.

(4) Nach einem Artikel in The Guardian (3.12.1974) „flatterte dem Präsidenten Julius Nyerere von Tansania, Daressalaam, ein vertraulicher Bericht der Weltbank ins Haus, der in dürren Worten feststellte, daß Tansanias Ziele geändert werden müßten. Das wirtschaftliche Überleben des Landes ... hinge von Abstrichen an den sozialistischen Entwicklungsplänen ab." Dies habe sich nach einer Überprüfung von Tansanias Leistungen durch Experten der Bank ergeben. „Um die Sache klar auszudrücken, drohte die Bank mit dem Rückzug eines Hilfsprojekts von 30 Millionen Dollar (78 Millionen DM, d. Übers.) und ließ ein großes Fragezeichen über zukünftiger Hilfe, wenn die Empfehlungen nicht berücksichtigt würden."

Bemerkung
Nachdem diese Fußnote geschrieben worden ist, berichtete die Weltbank, daß sie an Tansania und andere „zum Sozialismus neigende" Länder in Afrika Kredite gegeben hat. Gleichzeitig organisierte sie eine weltweite Propagandakampagne, um zu demonstrieren, daß sie, wie diese Kredite zeigen, nicht gegen den Sozialismus ist. Nach meiner Ansicht wäre es ein Fehler, aufgrund dieses augenscheinlichen „Gesinnungawechsels" der Bank zu glauben, daß sie an der Entwicklung der tansanischen Landwirtschaft stärker interessiert sei als an der äußeren politischen Ausrichtung des Landes.

Im Gegenteil, in der Strategie der Weltbank gegenüber Tansania sehe ich den Versuch, ihr Image zu verbessern und einen weiteren Beweis dafür, daß die Kreditpolitik der Bank völlig von politischen Gesichtspunkten abhängt, daß die selbst verkündete „Neuorientierung" ihrer Strategie beileibe keine Neuorientierung ist, sondern Beweis ihrer Feindschaft gegenüber dem Sozialismus. Dies wird klar, wenn man die Begleitumstände des Falles Tansania untersucht.

Wie es sich für mich darstellt, sollte der Tansania-Kredit angeblich an die Ujamaa-Dörfer gehen. Die Hilfe der Bank geht jedoch auf das Ende der sechziger Jahre zurück, vor die tansanischen Versuche, das landwirtschaftliche Entwicklungsprogram mit einigen sozialistischen Prinzipien zu versehen. Die Weltbank wollte damals einige bereits produzierende Tabakplantagen in Ujamaa-Dörfern unterstützen, marktorientierte Entwicklungsprojekte, und dabei einzelne Produzenten unterstützen, getreu ihrer Absicht, Bauern zu Handelsunternehmern zu machen.

Später gab die tansanische Regierung ihr neues Ujamaa-Dörfer-Programm bekannt, dessen wichtigster Punkt die Errichtung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften war. Zuerst wehrte sich die Weltbank angeblich heftig gegen diese Pläne, aber nach Neuverhandlungen erlaubte sie 1970 der tansanischen Regierung eine Versuchsphase, in der die Tabak-Produktionsgenossenschaften ihr Glück versuchen sollten. Die Kredite sollten natürlich aus den Gewinnen der Plantagen zurückgezahlt werden. In der Folgezeit sah sich Tansania ernsten Problemen bei den Ujamaa-Projekten gegenüber, vor allem wegen des mehrjährigen großen Mangels an Lebensmitteln und Haushaltsmitteln. Im Inneren wurde das sozialistische Programm in der Anfangsphase nicht von allen Gruppen unterstützt. Unter diesen Umständen nutzte die Weltbank die Schwierigkeiten des Landes aus und beschwerte sich, daß die neuen Plantagen nicht richtig funktionierten, gab die Schuld den neuen Produktionsgenossenschaften und drängte die Regierung, diese Entwicklungsprojekte wieder auf die alte privatwirtschaftliche Basis zu stellen. Im Ergebnis machte Tansania Zugeständnisse an die Weltbank, die von einigen einheimischen Gruppen unterstützt wurden und, nach Ansicht vieler tansanischer und ausländischer Beobachter, eine bedeutende Abweichung vom sozialistischen Entwicklungsweg bedeuteten und dem ursprünglichen Ujamaa-Geist beträchtlich schadeten.

Kurz gesagt, die Weltbank nutzte vier miteinander verschränkte Elemente aus, um die tansanische Regierung zu zwingen, ihre Pläne aufzugeben: eine langdauernde Dürre, die Abhängigkeit des Landes von Devisen, innere politische Kämpfe und vor allem die Tatsache, daß es nicht genug Zeit gab, um eine gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Neuorganisierung der tansanischen Landwirtschaft wirkungsvoll durchzuführen. Es ist klar, daß so eine Neuorganisierung nicht in ein paar Jahren erreicht werden und sofort gute Ergebnisse unter schwierigen Bedingungen zeigen kann.

So werden die Weltbankkredite als Hebel benutzt, um die Entwicklungsländer nachgiebig zu machen gegenüber den Vorstellungen der Weltbank wie, mit welcher Organisation und mit welchen Einrichtungen eine Wirtschaft funktionieren sollte.

Der Kredit ist wichtig für ein kleines und armes Land wie Tansania. Aus der Sicht der Weltbank ist der tansanische Kredit nur ein unbedeutender Bruchteil des gesamten Kreditumfangs der Bank. Ihre riesigen Mittel sind mehr als zwei Jahrzehnte lang weltweit dem privatwirtschaftlichen System und vor allem dem Monopolkapital zur Verfügung gestellt worden, um die natürlichen Reichtümer der Entwicklungsländer unter Kontrolle zu bekommen. Aber während der Kredit klein ist, ist der politische Gewinn beträchtlich: er ist eine Garantie dafür, daß Tansania innerhalb des weltweiten kapitalistischen Systems verbleiben wird. Beträchtlich ist auch der langfristige wirtschaftliche Gewinn. Die tansanische Verschuldung bei der Bank ist, wie bei anderen Entwicklungsländern, der Anfang eines Teufelskreises finanzieller Schwierigkeiten: Schulden, mehr Kredite, größere Verschuldung, größere Abhängigkeit von der Bank und anderen Institutionen der Industrieländer, größerer Einfluß der Industrieländer und ihrer multinationalen Konzerne auf Tansanias natürliche Reichtümer und Bevölkerung und damit Wachsen von Gewinn und Einfluß der multinationalen Konzerne und natürlich auch der Weltbank.

Familien mit mittlerem und großem Landbesitz.

Hieraus kann man den Schluß ziehen, daß es selbst bei den relativ großen Ausgaben für die Armen etwa 58 – 59 Jahre dauern würde, um die Lage der mehr als hundert Millionen armen Familien zu verbessern, auf die sich McNamara bezogen hatte. Zweifellos wußte McNamara, was bei dem ersten Jahr seines Programmes herausgekommen war und so versprach er 1974: „die Kreditvergabe der Bank zu verdoppeln". Kürzlich teilte die Bank der Presse mit, daß sie statt 4,4 Milliarden über 6,0 Milliarden Dollar[22] für die Landwirtschaft ausgeben würde davon ein (wahrscheinlich ziemlich großer Teil) für die Armen. Selbst bei diesen Raten würde es Jahrzehnte dauern, den 100 Millionen armen Familien zu helfen.

(5) Ich muß jetzt über den Rahmen von McNamaras eigenem Vorschlag hinausgehen und ihn in Hinblick auf die Dynamik des landwirtschaftlichen Sektors der Entwicklungsländer untersuchen.

Es ist klar, daß die Bank, selbst wenn sie ihre Hilfe verstärkt, bis weit ins 21 Jahrhundert arbeiten muß, um die Lage der 100 Millionen Familien zu verbessern. Die jährlich verfügbaren Mittel sind begrenzt, und die Armen, die in einem Jahr nichts bekommen, werden auf die folgenden Jahre warten müssen, bis das Programm sie schließlich erreicht. Gegen Ende des Jahrhunderts werden aus den 100 Millionen Familien 150 Millionen geworden sein. Das Problem, das die Bank zu lösen versucht, erweist sich also als Faß ohne Boden. Nicht alle der neuen 50 Millionen Familien werden Kleinbauern sein, aber viele von ihnen. Da sie, wenn überhaupt, nur in geringem Umfang Zugang zu neuem Land haben werden, werden die Kleinbetriebe durch Unterteilung immer kleiner. Die Produktionsprobleme werden dadurch

---

(5) Zum Beispiel wollte die Weltbank ein riesiges Millionen Dollar schweres Projekt in Sri Lanka (Ceylon) finanzieren, das bei einer Bevölkerung von nur zwölf Millionen das kleine Land bei der Bank für Generationen verschulden würde (Mahaweli Ganga-Projekt).

(6) Der Umstand, daß Militärregierung (eingeschlossen sogenannte „Linke" Militärregierungen) an die Macht kommen, ändert gewöhnlich die Lage nicht. Sie vertreten gewöhnlich weiterhin die dortige Führungsschicht. Offensichtlich sind Militärregierungen gute Verwahrer der Reichtümer der Nationen für ausländische Investoren und werden von letzteren den Zivilregimen vorgezogen.

(7) Zu Einzelheiten über diese Reformen in Lateinamerika siehe meinen Aufsatz Counterreform in R. Stavenhagen (Hrsg.), Agrarian Problems and Peasant Movements in Latin America, New York, 1970.

(8) Einzelheiten dazu in meinem Artikel The New Penetration of the Agricultures of the Underdeveloped Countries by the Industrial Nations and their multinational concerns, der im Herbst 1975 in Deutschland in einem Buch über Multinationale Konzerne veröffentlicht werden soll und The Transfer of Capital and Technology and its Impact on Marketing in underdeveloped Countries, Paper presented at The Economist Intelligence Unit Ltd., London (auf Wunsch erhältlich).

(9) Es scheint so (aber es ist nie überprüft worden),daß, historisch gesehen, große Kapitalübertragungen in den landwirtschaftlichen Sektor in großen Zeitabständen dann vorkamen, wenn nichtagrarische Investitionen weniger ertragreich wurden (d.h. während Zeiten von Rezessionen)

(10) Modernisierung zielt immer auf Steigerung des Exports ab, obwohl sie mit diesem Ziel nicht immer erfolgreich ist. Jedenfalls erlaubt sie eine verstärkte Kontrolle des ausländischen Kapitals über Produktion und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

(11) Das Argument, daß die Modernisierung der Landwirtschaft eine höhere Beschäftigungsrate bringt, ist völlig falsch. Siehe Andrew Pearse, The Social and Economic Implications of the Large-Scale Introduction of High Yielding Varieties of Foodgrain, UNRISD, Genf (1974), vor allem S. 17 f., 23.

(12) Einen aufschlußreichen Einblick in die Methoden der Geschäftswelt, den Armen zu helfen gibt das wenig bekannte Buch von S. Williams und J. A. Miller, Credit Systems for Small-Scale Farmers, Studies in Latin American Business, No. 14, Bureau of Business Research, Graduate School of Business, University of Texas, 1973.

(13) Siehe den ausgezeichneten Artikel von Cynthia Hewitt de Alcantara, Die Geschichte der Grünen Revolution: Die Erfahrungen in Mexiko, in Gewalt und Ausbeutung, (Hrsg. Feder) Hamburg 1973 (auf Englisch Development and Change, Den Haag, Vol. V, No 2, 1973/1974).

(14) 8 bzw. 11,4 Milliarden DM, d. Übers.

(15) In seiner Rede vor dem Washingtoner Verwaltungsrat 1974 erwähnte McNamara beiläufig auch die Landlosen, aber kam doch wieder bei 700 Millionen armen Landbewohnern an. Die Arithmetik ist in diesem Fall sehr schwach.

(16) Anders ausgedrückt, das Kleinbauern-Projekt kann den Landlosen keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten als Ausgleich für die weggefallenen Arbeitsplätze auf den großen Gütern bieten.

(17) Ich will damit nicht sagen, daß das Problem der unterentwickelten Landwirtschaften schnell gelöst werden kann. Im Gegenteil. Aber McNamaras Vorschlag scheint für die arme Landbevölkerung unannehmbar zu sein (wenn man sie nach ihrer Meinung fragte), und zwar aus wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Wirtschaftlich, wegen seiner offensichtlichen Unbestimmtheit betreffend möglicher Einkommensverbesserungen: politisch, weil ihr Status und politische Verhandlungsposition unberührt bleiben würden.

(18) 2,4 Milliarden DM, d. Übers.

(19) 1,2 – 1,5 Milliarden DM, d. Übers.

(20) 6,2 – 7,2 Milliarden DM, d. Übers.

(21) Die Bank beschrieb die meisten Projekte, die Gebiete betreffen, die von Reichen wie von Armen bewohnt sind und sagt nichts über die Landbesitzverhältnisse dort. Ihre Begründung für den Nutzen für die Armen bleibt vage. Nehmen wir z.B. ein philippinisches Projekt, das mit einheimischen Mitteln zusammen Investitionen von 100 Millionen DM (Werte umgerechnet, d. Übers.) vorsieht, darunter einen Weltbankkredit von 50 Millionen DM. „Wasser, das aus dem Bett des Aurora-Flusses abgeleitet wird, wird etwa 253 Quadratkilometer Reisland ganzjährig bewässern und zwei Ernten im Jahr hervorbringen. Die Reisproduktion soll sich in diesem Gebiet mehr als verdoppeln von 74 000 auf 183 000 Tonnen; die Einkommen von etwa 10 000 Bauernfamilien sollen sich von jährlich 700 – 1370 DM auf mehr als 2500 DM erhöhen."

Ich habe dies in die Kategorie der Projekte für die Armen genommen – indem ich den Zweifel für die Bank habe sprechen lassen.

(22) 15,5 Milliarden DM, d. Übers.

(23) McNamara erwähnt Landreformen und andere Änderungen der Rechtsverhältnisse in seiner Nairobier Rede. Dies kann jedoch nicht sonderlich ernst genommen werden. Siehe auch Chenery u.a., Redistribution with Growth, Oxford University Press, 1974, wo das Denken der Weltbank sehr ausführlich dargestellt wird, vor allem in den Kapiteln III, V und VI.

(24) Der Grund dafür ist, daß die Betriebskosten der Kleinbauern mit der Notwendigkeit, neue Produktionsmittel zu kaufen, stark ansteigen werden, so daß viele sich überverschulden und ihr Land verlieren. Die Glücklicheren oder Brutaleren werden überleben. Die Geschichte der Entwicklung der Landwirtschaft zeigt, daß Modernisierung unausweichlich zu einer größeren Konzentration des Landbesitzes auf allen Ebenen führt, in Industrieländern wie in Entwicklungsländern.

(25) Es ist interessant, in einem nicht veröffentlichen Bericht der Weltbank festzustellen, daß landwirtschaftliche Entwicklung als „Wachstumstrategie für eine bestimmte Zielgruppe – die arme Landbevölkerung" bezeichnet wird. Abgesehen davon, daß dieser Satz mit Wörtern, die an militärische Ausdrücke erinnern, gebildet wird, handelt es sich hier um eine völlige Vernebelung der Angelegenheit. Landwirtschaftliche Entwicklung ist Entwicklung der Landwirtschaft, die reiche und arme Bauern umfaßt, und die Entwicklungsstrategie der Weltbank richtet sich offensichtlich an Reiche und an Arme.

(26) 19,1 – 27,6 Milliarden DM, d. Übers.

immer schwieriger zu lösen ganz zu schweigen vom Problem der Armut. Damit wird deutlich, daß die Annahme, daß ländliche Armut, wie sie von McNamara derfiniert wird, durch Hinzufügen von Geld beseitigt wird, in eine Sackgasse führt. Ländliche Armut kann nur durch radikale Landreformen beseitigt werden und dies mag die Kollektivierung der Landwirtschaft mit sich bringen.[23] Die Wucherung und ständige Verkleinerung der Kleinbauernparzellen ist jedoch eher eine von den geringeren Gefahren, mit denen man rechnen muß. Andere Kräfte werden durch die Weltbank in Bewegung gesetzt und noch schlimmere Folgen für die Bauern haben.

Die Bank leiht Geld an Projekte, die so vielversprechend sind, daß man mit der Rückzahlung rechnen kann. Die Hilfe muß deshalb zuerst an solche Kleinbauern gegeben werden, die wahrscheinlich überdurchschnittlich gut auf die Anreize reagieren werden, die die neuen Produktionsmittel liefern. Dies können nur die Kleinbauern sein, die von Anfang an besser dran sind, als andere, d.h. solche mit mehr Land. Viele Kleinbauern haben so winzige Parzellen, daß jeder Versuch ihre Produktion auf eine festgesetzte Wachstumsrate zu heben, unüberwindbaren Hindernissen in Größe und Qualität des Landes begegnet. Dies muß, zusammen mit der stückweisen Vergabe der Kredite, einen kleinen, aber sich ständig vergrößernden Prozeß von kapitalistischem Wachstum unter den Kleinbauern in Bewegung setzen. Für die besser gestellten Bauern, die die Bank zu „Unternehmern" machen will, werden, oder besser: müssen um ihres eigenen Überlebens willen, sich um Land und andere Produktionsmittel der schlechter gestellten Bauern Konkurrenz machen.[24]

Dies heißt, daß die „kleine grüne Revolution", die die Bank im Kleinbauernsektor durchführen will, ähnliche Ergebnisse wie die der großen Grünen Revolution haben wird. Der Unterschied liegt darin, daß sie noch verheerender sein wird, was Verarmung, Arbeitslosigkeit, Landmangel und Hoffnungslosigkeit betrifft. Die große Grüne Revolution wird dagegen wie ein Kinderspiel aussehen.

Hierzu müssen wir die Auswirkungen der andauernden Unterstützung des Großgrundbesitzes durch Industrieländer und Weltbank anführen. Nicht nur die Modernisierung der großen Güter und die Verwendung arbeitssparender Geräte werden ihren Teil dazu beitragen, daß die Bauern von dem Land vertrieben werden, sondern die Kleinbetriebe, die von den neuen von der Weltbank finanzierten Produktionsmitteln profitiert haben, werden auch an Wert gewinnen und attraktiver Grundbesitz werden, den die Großgrundbesitzer aufkaufen oder widerrechtlich an sich reißen.[25]

Aus diesen Gründen bedeutet das neue Weltbankprogramm die Selbstzerstörung der Landbevölkerung der Dritten Welt.

Der einzige positive Aspekt von McNamaras Plan liegt, so wie ich es sehe, in größeren Umstätzen für die multinationalen (oder nationalen) Firmen, die Futtermittel, Saatgut, Düngemittel, Bewässerungsanlagen und andere Produktionsmittel herstellen oder Handel betreiben. Viel von dem Geld, das die Kleinbauern bekommen, wird schließlich in ihren Händen landen. Ich habe geschätzt, daß die neuen Produktionsmittel, die die Kleinbauern kaufen sollen, zusätzliche Umsätze von ca. 7,4 – 10,7 Milliarden Dollar [26] über einen Zehnjahreszeitraum bedeuten. Das ist der Grund dafür, daß McNamara seinen „Wohlfahrtsplan" für die arme Landbevölkerung dem Verwaltungsrat der Weltbank verkaufen konnte.

Rezension

Baumhögger u.a.

Ostafrika, Reisehandbuch Kenya – Tanzania

2. neubearbeitete Auflage 1975, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Mai; 570 S., 8 Bildtafeln, 2 Karten DM 28,–

Ein angenehmes Klima und die Möglichkeit „Exotische Abenteuer ohne Risiko" zu Preisen zu erleben, die der Armut Ostafrikas entsprechen, haben Kenia zu einem Zentrum des europäischen Ferntourismus gemacht. Daß manche Reisen über Nairobi in die Nachbarländer Tansania und Uganda führen, pflegen die Touristik-Manager aus Furcht vor Ressentiments nur im Kleingedruckten der Reiseprospekte zu erwähnen.

An die Pauschaltouristen und unternehmungslustigen Einzelreisenden, die mit Mietwagen oder öffentlichen Vekehrsmitteln auf eigene Faust reisen möchten, wendet sich das Reisehandbuch Kenya – Tanzania. Die Neubearbeitung weist gegenüber der bei der ehemaligen Deutschen Afrika-Gesellschaft erschienen Erstauflage erhebliche Verbesserungen auf.

Der Teil A beschreibt die Touristenzentren Nairobi, Mombasa, Arusha-Moshi und Daressalaam und alle wichtigen Reiserouten in Kenia und Tansania. Dabei findet erstmals auch die neue Bahnverbindung von Daressalaam zur sambischen Grenze im Süden Tansanias Berücksichtigung. Häufig wird auf die Geschichte einzelner Orte und die Problematik örtlicher Entwicklungsprojekte eingegangen.

Der Teil B bringt umfangreiche Informationen über Landschaften, Bevölkerung, Kultur- und Wirtschaftsformen, Geschichte und gegenwärtige Probleme Kenias und Tansanias.

Ein Anhang mit wichtigen Hinweisen für Reisevorbereitung und Aufenthalt in Kenia und Tansania bietet allein schon mehr und brauchbarere Informationen als vergleichbare Werke.

Der Reiseführer ist ein unbedingtes Muß für Touristen, die sich näher für ihr Urlaubsland interessieren. Auch Nichtreisenden, die sich für Kenia und Tansania interessieren, kann er sehr empfohlen werden. An deutschsprachiger allgemeinverständlicher kritischer Literatur über diese Länder ist uns nichts Vergleichbares bekannt.

as

DELEGIERTENKONFERENZ ZUM SÜDLICHEN AFRIKA

23. – 25. April 1976 auf Burg Feuerstein bei Erlangen. Es wird informiert über Zimbabwe, Angola, Südafrika und Namibia.
Zudem werden materielle Hilfsprojekte zu diesen Ländern vorgestellt und diskutiert. Von jeder Gruppe oder Organisation, die zum Bereich des südlichen Afrika arbeitet, sollten maximal zwei Delegierte entsand werden.

Informationen und Anmeldung bei:

Organisationskomitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

c/o Josef Senft, Rheinweg 34, 5300 Bonn

Solidarität MIT INHAFTIERTEN CHILENISCHEN LANDARBEITERN

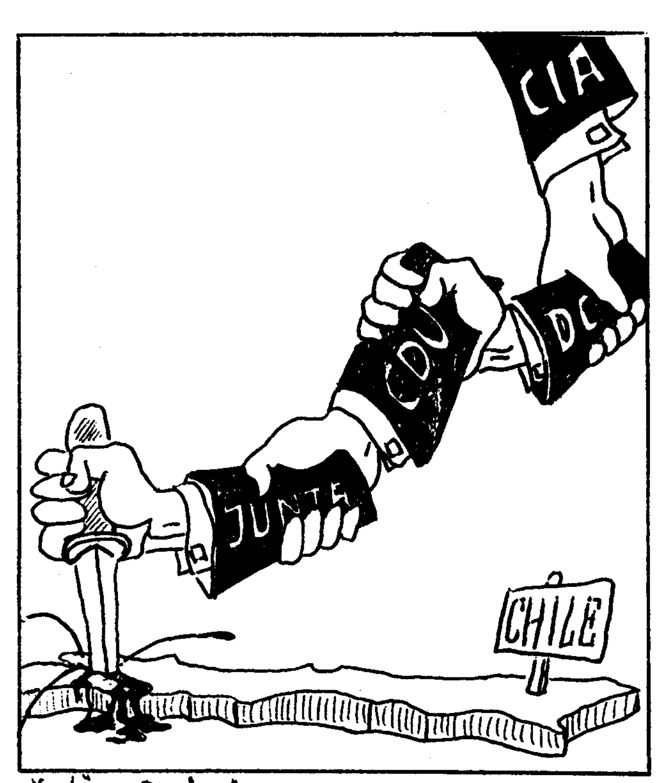
In der Nacht nach dem Putsch vom 11. September 1973 versammelten sich 60 Landarbeiter in Panguipulli. Da der Gewerkschaftsverband CUT an diesem Tag zum Widerstand aufgerufen hatte, beschlossen sie, das Polizeirevier des Dorfes Neltume anzugreifen, um mit dieser Aktion den Landarbeitern auf anderen Großgrundbesitzen Mut zu machen, ihren Widerstand gegen den Militärputsch zu organisieren. Irrtümlicherweise glaubten sie, daß zu diesem Zeitpunkt in ganz Chile Widerstand geleistet würde. Weil die Arbeiter jedoch auf einen Putsch kaum vorbereitet waren, fehlte eine Koordinierung oder Führung des Widerstandes völlig.

Der Versuch scheiterte. 14 Personen wurden in Folge der mißlungenen Aktion hingerichtet. 29 Landarbeiter sind weiterhin eingekerkert und warten seit nunmehr zweieinhalb Jahren auf ihren Prozeß.

Das Chile-Komitee Freiburg fordert die Öffentlichkeit auf –insbesondere die Gewerkschaften–, im Rahmen einer politischen Patenschaft für die bedingungslose Freilassung der 29 Landarbeiter von Panguipulli und die Unterstützung ihrer Familien einzutreten und dabei über die Hintergründe ihrer Einkerkerung zu informieren.

Warum ist eine politische Patenschaft für die Landarbeiter von Panguipulli notwendig?

Der internationalen Solidarität ist es seit dem Militärputsch gelungen, Tausende von politischen Häftlingen aus den chilenischen Gefängnissen und Folterkammern zu befreien. Die Kampagnen erstreckten sich jedoch hauptsächlich auf die bekannteren Führer der Arbeiterbewegung sowie Intellektuelle, die zum Ausland persönliche Beziehungen hatten. Die Arbeiter mit ihren Familien aber, die bis 1970 nur Armut und Rechtlosigkeit kannten, die sich unter der Regierung der Volkseinheit 1970 bis 1973 gegen die Kapitalistenklasse zu organisieren begannen, und die seit dem Putsch von der politischen u n d wirtschaftlichen Repression besonders betroffen sind, diese Arbeiter sind bis jetzt in Freilassungskampagnen vernachlässigt worden.



„Verlängerter Arm"

Da Freilassungen von der Junta meist an die Bedingung geknüpft werden, daß die Personen Chile verlassen – was eine Ausweisung aus ihrem Heimatland bedeutet –, muß die b e d i n g u n g s l o s e Freilassung der Landarbeiter von Panguipulli gefordert werden. Dies kann geschehen durch Briefe von allen Gewerkschaftsebenen und Einzelpersonen an die chilenische Militärjunta und an die chilenische Botschaft in Bonn sowie an die Bundesregierung und amnesty international.

Die Patenschaft zur Freilassung der Landarbeiter von Panguipulli erfordert aber nicht nur humanitäre Hilfe. Die Erschießung von 14 ihrer Kollegen und ihre Einsperrung können nicht losgelöst von der politischen Entwicklung in Chile vor, während und nach der Zeit der Unidad Popular gesehen werden. Man muß wissen, w a r u m die Landarbeiter – gegen die bestehenden Gesetze verstoßend – die großen Güter besetzten, und w a r u m sie die blutige Gewalt der putschenden Militärs sogar mit bewaffneter Gegengewalt erwidern wollten, in der Annahme, daß das ganze Volk dies tue und dadurch die Errungenschaften des Volkes verteidigt werden könnten.

Diese Aktionen sind beispielhaft für die Kämpfe der ganzen chilenischen Arbeiterklasse; es ist notwendig, sie bei Veranstaltungen und in Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der politischen Patenschaft für die Landarbeiter von Panguipulli zu diskutieren.

Soziale und politische Entwicklung des land- und forstwirtschaftlichen Komplexes von Panguipulli

Im Vorkordillerenland in der Provinz Valdivia ist die Forstwirtschaft seit jeher der wichtigste Wirtschaftszweig. Seit Beginn dieses Jahrhunderts kamen europäische Siedler, vor allem aus Deutschland, in diese Gegend und vertrieben mit Hilfe von Polizei und Militär die Mapuche-Indianer, die dieses Land bewirtschafteten. Die Landnahme und Vertreibung der Indianer durch die Einwanderer dauerte in diesem Gebiet bis 1960 an.

Es bildeten sich 24 Großgrundbesitze in Größenordnungen zwischen 1.000 und 80.000 ha, auf denen etwa 4.000 Personen Arbeit fanden. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren miserabel: nur zweimal im Jahr erhielten die Arbeiter ihre Löhne, die jedoch nicht ausgezahlt, sondern im Laden des Großgrundbesitzers gutgeschrieben wurden. Während die Arbeiterfamilien gezwungen waren, dort einzukaufen, konnte der Gutsherr beliebig hohe Preise verlangen; das hatte zur Folge, daß den Arbeitern immer mehr Geld abverlangt wurde, als sie verdienten, und über die Verschuldung hielt sie der Gutsherr in totaler Abhängigkeit. Die Landarbeiter besaßen gar nichts, weder Land noch Hütte, und sie hatten keinerlei Sicherheit des Arbeitsplatzes. Bis Ende 1970 mußten die Landarbeiter in diesen menschenunwürdigen Verhältnissen leben.

Unter der erstarkenden Arbeiterbewegung wurde seit Anfang 1969 geplant, die Güter zu besetzen und im Interesse der Arbeiter zu bewirtschaften. Eine Landbesetzung erschien unter dem christdemokratischen Präsidenten Frei aber zu gefährlich, weil man einen Militäreinsatz zur Unterstützung der Großgrundbesitzer befürchten mußte.

Ab März 1970, als schon mit der Wahl von Salvador Allende zum Präsidenten gerechnet werden konnte, legten die Großgrundbesitzer auf den Gütern die Produktion völlig still. Sie versuchten, die verzweifelten Arbeiter zu erpressen, indem sie ihnen nach der Wahl Arbeit für den Fall versprachen, daß der reaktionäre Kandidat Alessandri Präsi-

dent würde. Nachdem aber Ende 1970 Allende gewählt wurde, verkauften die Gutsherrn innerhalb kürzester Zeit alles Gerät und trieben das Vieh nach Argentinien. Für die Arbeiter wurde die Notwendigkeit, sich zu organisieren und etwas zu unternehmen, immer größer, denn sie wollten die Produktion für sich und für die Gesellschaft wieder aufnehmen.

Anfang November 1970 wurde als erstes das Gut Carranco besetzt. Es war die 1. Landbesetzung in Chile, und die Arbeiter nannten es „1. befreites Gebiet von Chile". Innerhalb von 2 Monaten wurden die übrigen 23 Güter ebenfalls besetzt.
Das Land wurde nicht parzelliert, sondern gemeinsam bewirtschaftet. Auf allen Gütern wurden Gewerkschaften gebildet, deren Ziel die Unterstützung der Regierung Allendes war, denn sie wollte für die Interesse der Arbeiter und Bauern kämpfen. Da die Landbesetzungen gesetzlich nicht erlaubt waren, und die Rechtslage daher sehr unsicher war, baten die Gewerkschaften den Präsidenten Allende um die Verstaatlichung der Güter, was dann auch erfolgte. Die 24 Güter schlossen sich unter dem Namen „Complejo agricola y maderero de Panguipulli" (land- und forstwirtschaftlicher Komplex von Panguipulli) zusammen. Die Verwaltung des Komplexes wurde an einen Leitungsrat („consejo de dirección") delegiert, dem gewählte Arbeiter und einige Regierungsvertreter angehörten. Der Kontakt mit der Regierung ermöglichte es, die Produktion mit der staatlichen Agrarpolitik zu koordinieren. Die Lebensbedingungen der Arbeiter verbesserten sich in dieser Zeit erheblich: es gab geregelte Arbeitszeiten, und alle erhielten die gleichen Löhne, und zwar ebensoviel wie die Industriearbeiter.

Der Angriff auf das Polizeirevier

In der Nacht nach dem Militärputsch geschah der eingangs erwähnte Angriff auf das Polizeirevier. Die Arbeiter gingen davon aus, daß das ganze Volk an diesem Tage seine Produktionsstätten und Wohnsiedlungen verteidigen würde; die Regierung hatte jedoch keine Vorbereitungen gegen den zu erwartenden Putschversuch getroffen.

Der Angriff dauerte etwa 2 1/2 Stunden. Niemand wurde dabei verletzt oder gar getötet. Zunächst hatten die Arbeiter die Kaserne erobern wollen; als sie aber feststellten, daß dort die Frauen und Kinder der Polizisten und Soldaten Schutz vor den Auseinandersetzungen gesucht hatten, änderten sie ihren Plan und zogen zum Polizeirevier.

Den 60 Landarbeitern, die nur Pistolen kleineren Kalibers sowie etwas Dynamit bei sich hatten, standen bei dem Angriff fünf Polizisten gegenüber, die jeder eine Maschinenpistole sowie genügend Munition besaßen. Auf Grund ihrer besseren Ausrüstung konnten sie den Angriff zurückschlagen. Das politische und militärische Ziel der Landarbeiter wurde aus diesem Grunde nicht erreicht. Kurz darauf besetzten Angehörige der Luftwaffe und Spezialtruppen des Militärs, die in Temuco stationiert waren, den „complejo maderero". Der Widerstand der Landarbeiter war damit gebrochen. Sie mußten ins 30 km entfernte Argentinien flüchten, aber nur wenigen gelang die Flucht. Ungefähr 54 Kollegen wurden verhaftet, bevor sie die Grenze erreichten. 5 Tage später wurden 12 dieser Kollegen, die am Angriff beteiligt waren, werschossen mit der Begründung, sie seien die geistigen Urheber dieser Aktion gewesen. Mit derselben Begründung wurden auch 2 Mitglieder des Regionalkomitees des MIR hingerichtet, die nicht beteiligt gewesen waren. Die Militärgorillas beschuldigten sogar den gelähmten José Toledo der Mittäterschaft. Ihr Sadismus ging so weit, daß 2 Personen ihn bei seiner Hinrichtung durch Erschießen stützen mußten.

Ihnen allen wurde während des überstürzten Prozesses keinerlei Verteidigung zugestanden. 13 der ursprünglich verhafteten Kollegen wurden für nicht schuldig befunden und freigelassen.

Der Prozeß gegen die übrigen 29 Landarbeiter läuft seit mehr als 2 Jahren. Es handelt sich um folgende Personen:

Prozeß Nr. 1597 – 1973

Osvaldo Guillermo Alvarado Pérez, 29 J., led.
Mario Eugenio Fuentelba Cárdenas, 25 J., verh.
Dionosio Bonifacio Baeza Cabrera, 28 J., verh., 2 Ki.
Ramón 20. Cousiño Arias, 22 J., led.
Juan 20. Burgos Figueroa, 29 J., verh., 2 Ki.
Celso Antonio Campos Inzunza, 25 J., led.
René Eduardo Bravo Aguilera, 19 J., led.
Ramón Segundo Pezo Jara, 21 J., led.
Juan Pezo Jara, 22 J., led.
Benedicto Lagos Lemun, 27 J., verh., 2 Ki.
Sergio S. Amoyante Amollao, 19 J., led.
Guido Omar Cain Arias, 19 J., led.
Juan Angel Ojeda Aguayo, 20 J., led.
José Sebastian Beltra Muñoz, 22 J., led.
Juan Manquepillán Lleufuman, 20 J., led.
José Antonio Monsalve Sandoval, 22 J., verh., 1 Ki.
Guido O. de la Fuente Martinez, 24 J., led.
Oscar Raúl Llanguel Huentrupillay, 48 J., verh., 4 Ki.
Teodocio Genaro Vásquez Bustos, 21 J., led.
José Toloza Sánchez, 62, verh.
Germán Boza Pailamilla, 26 J., verh., 1 Ki.
Baldomero José Santana Nuñez, 42 J., 7 Ki.
Segundo Miguel Candia Poblete, 28 J., verh., 3 Ki.
Próspero del Carman Guzmán Soto, 21 J., led.
Froilán 20. Apablaza Medina, 30 J., verh., 3 Ki.
José Abel Ruiz Bascuñán, 23 J., verh., 2 Ki.
Jorge Lleufumán Catripán, 27 J., verh., 3 Ki.
Manuel de la Cruz Bravo Amollao
Carlos Arturo Esparza Aravena, 32 J., led.

Nach letzten Informationen soll der Prozeß demnächst beginnen. Die voraussichtlichen Strafen liegen zwischen 2 und 15 Jahren. Es ist aber auch möglich, daß die Prozesse noch länger verschleppt werden.

Trifft das wirtschaftliche Elend in Chile derzeit schon diejenigen, die eine Arbeit haben, so sind die Familien der Inhaftierten dadurch noch sehr viel härter getroffen, wenn die Familienväter und älteren Söhne als Ernährer ausfallen. Da die Gefangenen aber im Gefängnis nicht richtig ernährt werden, sondern nur wenig und vor allem ungenießbaren Fraß vorgesetzt bekommen, obliegt den Familien auch noch die Ernährung der politischen Gefangenen. Diesen Familien sollte die materielle Solidarität gelten.

Spenden für die Angehörigen der inhaftierten
Landarbeiter von Panguipulli auf das Konto:
Nr. 5692709 Volksbank Freiburg
Chile-Komitee Kennwort: Patenschaft

Im Februar dieses Jahres erschien die von amnesty international herausgegebene Broschüre „Politische Verfolgung und Folter in Uruguay". Seit dem Staatsstreich der uruguayischen Armee (1973) ist die Folter zur gängigen Verhörmethode geworden. Amnesty international berichtet über 22 ihnen bekanntgewordene Menschen, die an Folter gestorben sind, allein in der Zeit zwischen November 1975 und Januar 1976. Darüber hinaus wird über die politischen Zustände in Uruguay informiert – ein Land, in dem die politische Repression nicht weniger brutal ist als in Chile oder Brasilien, aber die bisher weniger beachtet worden ist. Uruguay ist weltweit das Land mit der prozentual höchsten Zahl an politischen Gefangenen.

Bestelladresse: amnesty international
Stückenstraße 70
2 Hamburg 76



Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf ca. 24 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Aktionsmodelle, Berichte aus der Linken international. "links" ist eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Die letzten drei Nummern enthalten u.a. folgende Beiträge:

APRIL '76

Aufruf und Materialien zur Antirepressions-Kampagne des SB
Gespräch mit Genossen aus dem Betrieb
E. Krippendorff: **Zur politischen Situation in Italien**
Osteuropa-Komitee: **Zur politischen Unterdrückung in der UdSSR**

MÄRZ '76

U. Schmiederer: **Linke Partei-Diskussion**
Glaeßner/Haensch: **Öffentlicher Dienst**
J. Huhn: **Arbeitskämpfe und Politik in Spanien**
G. Armanski: **Krise und Arbeitskämpfe in den USA**

FEBRUAR '76

A. Buro: **Angola**
H. Erd-Küchler: **Eherechtsreform**
OB Arndts 200 000-Mark-Ding
Gespräch R. Rossanda mit Carillo: **Strategie der spanischen KP**

Preis für das Einzelheft DM 1,50
Jahresabonnement DM 21,-- incl. Versand
Probeexemplare und Bestellungen bei Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH 605 Offenbach 4, Postfach 591

Spendenaufruf

Schulmaterialien und Sportausrüstungen für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique

Eine Solidaritätsfracht von 35.000 Schulheften, 50.000 Bleistiften, 10.000 Bleistiftspitzern und Radierern, 5.000 Linealen, 1.500 Zirkelkästen, 200 Schulranzen etc. und 500 Paar Turnschuhen, 500 Turnhemden und Turnhosen etc. wurde vom Antiimperialistischen Informationsbulletin (AIB) am 16. Januar d.J. nach Angola, Guinea-Bissau und Mocambique gesandt.

Als Gegenstand der Sammelaktion wurden Schulmaterialien und Sportausrüstungen deshalb ausgewählt, weil zur Überwindung des kolonialen Erbes dem Kampf gegen den Analphabetismus von den Befreiungsbewegungen eine zentrale Bedeutung beigemessen wird.

Das unterstrich die MPLA in einem Schreiben an das AIB: „An den Bedürfnissen unseres Volkes gemessen, sind unsere Leistungen gering. Auch weiterhin bedürfen wir daher Eurer Solidarität und danken Euch dafür. Schulmaterialien und Sportgeräte sind nach wie vor von großer Wichtigkeit, da – wie Ihr wißt – die Analphabetenrate sehr hoch ist und wir es unbedingt schaffen müssen, sie auf Null zu senken."

Nachdem Guinea-Bissau 1973 die Unabhängigkeit erringen konnte, Mocambique seit dem 25. Juni 1975 unabhängig ist, will die Aktion in Anbetracht des besonders schweren Kampfes der MPLA und der Volksrepublik Angola gegen die Intervention der südafrikanischen Rassisten und ihrer Verbündeten neue Impulse geben für die Stärkung der Solidarität mit dem angolanischen Volk.

Das AIB ruft auf, zur Unterstützung der MPLA Spenden auf das Sonderkonto Prof. E. Wulff, PSchA Frankfurt/M. 527055-602, Stichwort: Angola einzuzahlen.

Marburg, 22. Januar 1976

Antiimperialistisches
Informationsbulletin
Liebigstr. 46
3550 Marburg

Hinweis für unsere Schweizer Leser:

In der Schweiz findet zur Zeit eine MEDIKAMENTEN- UND GELDSAMMLUNG FÜR ERITREA statt, mit der die Arbeit der Eritrean Relief Association (ERA) unterstützt werden soll. Die ERA sorgt dafür, daß die gespendeten Mittel der Versorgung der eritreischen Bevölkerung zugute kommen.

Dringend benötigt werden Antibiotika, Sulfonamide, Tuberculostatica, Vitamine usw.; besonders um Sammlungen bei Ärzten wird gebeten. Benötigt werden ferner Wolldecken und Leintücher sowie Geldspenden

(Postscheckkonto 80-55 486).

Die Spenden erbittet das

Komitee Äthiopien-Eritrea
Postfach 299
CH 8035 Zürich